

FÜR UNSERE KINDER

Den Kindern müssen besondere Pflege und besonderer Schutz gewährleistet werden. Sie müssen vor Ausbeutung geschützt sein, das Recht auf Bildung haben... Natürlich versteht die Völkergemeinschaft ihre Verpflichtung vor den Kindern. Ebendeshalb nahm die UNO-Vollversammlung vor 23 Jahren die Erklärung der Rechte des Kindes an, der auch diese unbestrittenen Forderungen entnommen sind.

In manchen Ländern sind diese Forderungen bereits verwirklicht. Man nehme nur die sowjetische Verfassung, die Gesetze über den Schutz von Mutter und Kind in den anderen sozialistischen Ländern, deren Budgets, die Struktur des Gesundheits- und Bildungswesens sowie die Erziehungsprinzipien, um zu verstehen: Die junge Generation ist dort von der Fürsorge des Volkes umgeben. Natürlich lassen sich alle "Kinderprobleme" nicht ein für allemal lösen. Die Vorstellungen von den Bedürfnissen des Kindes wandeln sich, die Möglichkeiten und Bedürfnisse der Gesellschaft wachsen. Der Sozialismus hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, damit auch die neuen Aufgaben gelöst werden.

Achtung verdienen auch die bislang vielleicht noch nicht so wirksamen Anstrengungen der jungen Nationalstaaten.

In vielen Teilen der Erde aber hat man selbst die elementarsten Probleme der Kinder nicht einmal in Angriff genommen. Ende des 20. Jh. werden 51 Millionen Kinder unter 15 Jahren bei verschiedenen, für Kinder nicht geeigneten Arbeiten eingesetzt. Über 200 Millionen Kinder in der dritten Welt besuchen keine Schule. Der Hunger hat ganze Bevölkerungsschichten erfaßt. Hier eine fast alltägliche Meldung: In der Ortschaft Onverwacht bei Bloemfontein (RSA), wohin die Afrikaner aus den "weißen" Städten zwangsausgesiedelt wurden, verhungert jeden Tag ein Kind. Und für viele Einwohner Chiles, meldet der ABC-Korrespondent, "bedeutet die Fortdauer der jetzigen Lage kirchliche Suppenküchen für die Kinder..."

Kürzlich veröffentlichte der Mitarbeiter des US-Instituts für Politische Studien, Michael Parenti, die Ergebnisse von Untersuchungen über die Lage der Werktätigen in den USA. Erschütternde Zahlen einer zutiefst kranken Gesellschaft: Morde, Selbstmorde, Überfälle, Vergewaltigungen, die steigende Zahl von Gefängnissen, Alkoholismus

und Rauschgiftsucht. Doch das, was in der Untersuchung über die Lage der Kinder gesagt wird, ist eine noch härtere Anklage gegen den Kapitalismus. In dem gepriesenen und reichen Amerika — man stelle sich das vor! — sind über 500 000 Kinder in Waisenheimen, Strafkolonien und Gefängnissen für Erwachsene untergebracht. Über 4,5 Millionen leiden an Unterernährung. Eine Million läuft jährlich von Zuhause fort, vor allem wegen Mißhandlungen. 900 000 Kinder, einige 7 Jahre alt, arbeiten 10 Stunden täglich.

Der Kapitalismus ist unmenschlich — an dieser Feststellung ist nichts Neues. Doch tausendmal recht hat der Führer der amerikanischen Kommunisten, Gus Hall, mit seiner Feststellung, daß der "Kapitalismus Reagans unmenschlich ist durch seinen gezielten Sadismus". Er vergiftet das Leben im Lande und auch die Außenpolitik der USA.

Am Internationalen Kindertag, dem 1. Juni, denken wir vor allem daran, wie ein gesundes, normales Leben jedes Kindes wo auch immer zu gewährleisten sei. Aber kein Problem der Kindheit wird gelöst werden können, wenn wir die Gefahr eines nuklearen Infernos nicht abwenden. Auch die Kriegsvorbereitung bringt zweifelsohne großes Unglück für die Gesellschaft und bewirkt vor allem eine Verarmung der Kinder. Doch die wachsende Gefahr eines Nuklearkrieges stellt die Frage um vieles akuter.

Am 1. Juni 1983 werden, wie jeden Tag, über 334 000 Mädchen und Jungen geboren werden. Wenn sie einen glücklichen Stern haben, werden sie mit 17 Jahren in das dritte Jahrtausend eintreten und können sich über Sonne und Leben freuen. Doch leider führen die schwerwiegenden sozialen Probleme in einem Großteil der Welt dazu, daß fast jedes zehnte Kind im ersten Lebensjahr stirbt. Bei einem nuklearen Inferno, in das der Imperialismus die Welt treibt, kann man überhaupt schwerlich hoffen, daß jemand von ihnen das 21. Jahrhundert erlebt.

Man könnte meinen, sie seien nicht zur rechten Zeit geboren worden. Doch dem ist nicht so. Unsere heutige Welt ist kompliziert, doch sie ist die schönste der Welten. Sie zu bewahren ist die Pflicht jedes Erwachsenen. Das schrieb kürzlich Juri Andropow an die amerikanische Schülerin Samantha Smith. "Wir wollen den Frieden", hieß es in seiner Antwort auf den Brief des Mädchens aus dem US-Bundesstaat Maine. "Wir haben genug zu tun: Getreide anzubauen, zu bauen und zu erfinden, Bücher zu schreiben und in den Weltraum zu fliegen. Wir wollen Frieden für uns und für alle Völker des Planeten, für unsere Kinder und für dich, Samantha."

Der Brief Juri Andropows fand ein großes internationales Echo. Er gibt den Menschen die Gewißheit, daß es Kräfte in der Welt gibt, die die Kinder vor der Kriegsgefahr schützen können.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 22 MAI 1983

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Für unsere Kinder	1
Aufruf der Unionskonferenz der Wissenschaftler für die Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, für Abrüstung und Frieden	4
L. Semejko — Die Kraft gemeinsamen Denkens	5
D. Swerew — Naher Osten, Anreiz zu Aggression	7
L. Skuratow — UdSSR—Angola, Neuer Impuls	8
L. Besymenski — Präsidentenpädagogik	9
W. Midzew — Auf dem alten Kurs	10
Jack Stone — USA, Bischöfe gegen den Kernkrieg	10
I. Titow — Großbritannien, Wo wird's langgehen!	12
N. Schmeljow — Die Welt steht auf	13
E. Carlebach — Der Tagebuchtrick	14
O. Morgatschow — UdSSR—Frankreich, Dialog von Partnern	14
L. Mironow — Erpressung zieht nicht	15
Notizen • Glossen	16
L. Sabelnikow — Spiel ohne Regeln	18
A. Baryschew — Monroe-Doktrin, abgewandelt	20
L. Charkow — Jugoslawische Wirtschaftsprobleme	22
W. Rubzow — Unvergessenes	22
V. Sobolew — Suriname, Das Volk und die Söldner	24
S. Kusmin — Lebendig begraben	26
M. Iljinski — Lotos aus Nghia Do	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



1. Juni — Internationaler Kindertag

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Ploščad, Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Ploščad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 20. Mai wurde die Mitteilung über die turnusmäßige Tagung des Politbüros des ZK der KPdSU veröffentlicht. Das Politbüro erörterte die Ergebnisse der Moskauer Gespräche mit dem Vorsitzenden der MPLA-Partei der Arbeit und Präsidenten der VR Angola, Jose Eduardo dos Santos, billigte die Ergebnisse der Gespräche und bekräftigte die Linie der KPdSU und des Sowjetstaates auf die weitere Entwicklung und Festigung der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Bei der Erörterung wurde betont, daß die Sowjetunion auch weiterhin die VR Angola bei der Verteidigung ihrer Souveränität und der revolutionären Errungenschaften unterstützen sowie die Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia und der anderen Völker Afrikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus festigen wird. Die Ergebnisse des Gesprächs Dmitri Ustinows mit dem Verteidigungsminister der VR Kampuchea, Bu Thong, wurden gebilligt. Das Politbüro behandelte ferner eine Reihe anderer Fragen der Außen- und der Innenpolitik.

Am 20. Mai endete der freundschaftliche Arbeitsbesuch des Vorsitzenden der MPLA-Partei der Arbeit und Präsidenten der VR Angola, Jose Eduardo dos Santos, in der Sowjetunion (S. 8).

Vom 16. bis 23. Mai hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Michail Gorbatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Ausschusses für Gesetzgebungsvorlagen des Unionsowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, zu einem offiziellen Besuch in Kanada auf. Es fand eine Begegnung des Ministerpräsidenten Kanadas, Pierre Trudeau, mit Michail Gorbatschow statt, der Pierre Trudeau eine persönliche Botschaft Juri Andropows übergab. Die sowjetische Delegation besuchte das kanadische Parlament und wurde von dem Speaker des Senats, Marchand, und dem Speaker des Unterhauses, Sauve, empfangen. Es kam zu Begegnungen mit Mitgliedern des Senatsausschusses für Auswärtiges, des Ausschusses des Unterhauses für Auswärtiges und nationale Verteidigung sowie der Landwirtschaftsausschüsse beider Kammern. Michail Gorbatschow traf ferner mit dem Staatsminister für internationale Beziehungen, Lapointe, zusammen. Am 19. Mai kam Michail Gorbatschow mit dem Generalsekretär der KP Kanadas, William Kashtan, zusammen. Die sowjetische Delegation unternahm eine Reise durch das Land.



In Moskau ging am 19. Mai die Wissenschaftlerkonferenz der UdSSR für die Rettung der Menschheit vor der Gefahr eines Atomkrieges, für Abrüstung und Frieden zu Ende. Die Konferenz verabschiedete einen Aufruf an alle Wissenschaftler der Welt. Ein Komitee sowjetischer Wissenschaftler für den Frieden, gegen den Nuklearkrieg konstituierte sich. Es wird von Jewgeni Welichow, Vizepräsident der AdW der UdSSR, geleitet. T A S - F o t o: Im Präsidium der Konferenz

Am 20. Mai empfingen der Sekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Ryshkow, und der Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Rostislaw Uljanowski, eine Delegation der Bewegung für die Befreiung von Sao Tome und Principe unter dem Sekretär des ZK der Partei für Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung, Henrique Pinto da Costa. Er informierte über die Arbeit der Partei zur Festigung der politischen Unabhängigkeit und zur Erreichung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der DR Sao Tome und Principe, über die Maßnahmen, die die Führung des Landes im Interesse der werktätigen Massen ergreift.

Vom 21. bis 23. Mai tagte im Stockholmer Volkshaus der XXVII. Parteitag der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußbotschaft: "Unter Bedingungen, da die reaktionären imperialistischen Kreise einen 'Kreuzzug' gegen die sozialistischen Länder, die kommunistische Bewegung und den Freiheitskampf der Völker zu organisieren versuchen, erteilt die Arbeiterpartei-Kommunisten dem Antisowjetismus und Antikommunismus eine entschiedene Abfuhr, verteidigt von konsequent internationalistischen Positionen aus den realen Sozialismus und tritt für die Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion und Schwedens ein." Zum Vorsitzenden des Parteivorstandes wurde Rolf Hagel wiedergewählt.

"NEUE ZEIT" 22.83

Vom 21. bis 23. Mai fand in einem Vorort von Lausanne, Prilly, der XII. Kongreß der Partei der Arbeit der Schweiz statt. Das ZK der KPdSU sandte eine Grußbotschaft: "Die sowjetischen Kommunisten, treu den großen internationalistischen Ideen von Marx, Engels und Lenin, zeigen Solidarität für den Kampf der Kommunisten der Schweiz für die Interessen der Arbeiterklasse ihres Landes, gegen die Allmacht der Monopole. Wir wünschen der brüderlichen Partei der Arbeit der Schweiz Erfolge in ihrer Tätigkeit und die Festigung ihrer Reihen auf klassenmäßiger, internationalistischer Grundlage". Als Generalsekretär der Partei wurde Armand Magnin wiedergewählt.

Am 25. Mai beging die internationale Öffentlichkeit den Tag Afrikas, der vor 20 Jahren von den afrikanischen Staats- und Regierungschefs in Addis Abeba proklamiert worden war. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR wandten sich an die Staats- und Regierungschefs und die Völker Afrikas mit einer Grußadresse, in der sie diese zu dem Festtag beglückwünschten: "Die Sowjetunion steht konsequent und entschieden auf Seiten der Völker des Kontinents in deren Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid. Ganz Afrika muß frei und unabhängig sein, wie das die Interessen seiner erfolgreichen Entwicklung zu wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt verlangen."

Am 19. Mai fand in Moskau eine Anti-kriegskundgebung von Vertretern der Öffentlichkeit statt. An ihr nahmen 12 000 Personen teil. Die Kundgebungsteilnehmer richteten ein Telegramm an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar.

Am 21. Mai empfing der Erste Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzende des Ministerrats der VR Polen, Wojciech Jaruzelski, in Warschau den Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, Stepan Schalajew. Es fand ein Meinungsaustausch über die Rolle der Parteimitglieder bei der Arbeit der Gewerkschaften statt. Die Notwendigkeit einer Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften der beiden Bruderländer wurde betont.

Am 18. Mai endete in Phongjang die turnusmäßige Tagung der sowjetisch-koreanischen beratenden Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Fragen. Fragen der Erfüllung der beiderseitigen Verpflichtungen, des Standes und der Perspektiven der Zusammenarbeit beim Bau und der Rekonstruktion von Industriebetrieben und anderen Volkswirtschaftsobjekten in der KDVR sowie der weiteren Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit wurden erörtert. Die sowjetische Delegation wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Talsin, die koreanische vom Stellvertreter des Premiers des Verwaltungsrates, Kye Eung Tae, geleitet.

In London ging die 11. Tagung der ständigen sowjetisch-britischen Regierungskommission für wissenschaftliche, technische, kommerzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit zu Ende. Während der Tagung wurden einige Kontrakte zur Lieferung verschiedener Anlagen in die UdSSR unterzeichnet.

Am 23. Mai verübte die rassistische RSA einen Luftüberfall auf die Hauptstadt Mocambique, Maputo. Wohnviertel wurden bombardiert. Es gibt menschliche Opfer.

Am 19. Mai wurden die Wiener Truppenabgespräche wiederaufgenommen. Die 30. Runde begann.

Am 18. Mai wurde in Wien nach langwierigen Verhandlungen zwischen den größten Parteien eine Koalitionsregierung aus SPÖ und FPÖ gebildet. Sie wird von Fred Sinowatz (SPÖ) geleitet. Außenminister wurde E. Lanc (SPÖ), Vizekanzler der FPÖ-Vorsitzende N. Steger.

A U F R U F

der Unionskonferenz der Wissenschaftler für die Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, für Abrüstung und Frieden

Wir sowjetischen Wissenschaftler wenden uns mit diesem Aufruf an die Wissenschaftler der ganzen Welt. Uns bewegt dazu die besorgniserregende Lage in der Welt. Unsere Berufskenntnisse gestatten uns, mit voller Verantwortung zu erklären: Die Zerstörungskraft der angehäuften Kernwaffen nähert sich einer kritischen Grenze und wächst durch das zunehmende Wettrüsten immer weiter an.

Alle Opfer und Leiden der blutigen Kriege in der Geschichte der Menschheit, einschließlich der beiden Weltkriege, würden vor dem verblasen, was im Ergebnis eines weltumfassenden nuklearen Konfliktes geschehen würde. In der ganzen Geschichte der Kriege hat die Gesamtmenge der Explosivstoffe 10 Megatonnen nicht überschritten. Heute aber sind Waffen in den nuklearen Arsenalen angehäufter, deren Gesamtprengkraft über 50 000 Megatonnen beträgt! Quantitative Messungen allein genügen jedoch zur Beurteilung der kolossalen Stärke der modernen Massenvernichtungswaffen nicht. Es handelt sich um eine qualitativ neue Gefahr von wahrhaft globalem Charakter: Die Existenz der menschlichen Zivilisation und vielleicht des Lebens selbst auf der Erde steht auf dem Spiel.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Erhaltung des Friedens heutzutage das erste und dringendste Anliegen der Menschheit ist. Für die Völker und Regierungen gibt es jetzt keine wichtigere und dringendere Aufgabe als die Abwendung der Gefahr des Nukleartodes.

Zur Lösung dieser wahrhaft allgemeinen menschlichen Aufgabe ist es vor allem erforderlich, daß die breitesten Volksmassen, alle Menschen guten Willens den Charakter und die Ausmaße des drohenden Unheils deutlich erkennen, daß sie eine klare Vorstellung von den Urhebern der Kriegsgefahr gewinnen und daß die Aktionen aller Friedenskräfte des Planeten vereinigt werden. Bei diesem erhabenen Anliegen kommt den Wissenschaftlern eine wichtige Rolle zu. Durch ihre Kenntnisse, Erfahrung und Geltung müssen sie zur Entfaltung des Kampfes der Völker für die Rettung der Erde vor einer nuklearen Vernichtung aktiv beitragen.

Die sowjetischen Wissenschaftler stehen immer in den ersten Reihen der Kämpfer für den Frieden. Von den Positionen eines aktiven Humanismus aus sagen sie die harte Wahrheit über die Bedrohung eines Nuklearkrieges, sei es ein "begrenzter" oder ein globaler, ein kurzer oder ein lang anhaltender Krieg. Entschieden verurteilen sie die

Träger dieser Bedrohung — die militanten Kräfte des Imperialismus, vor allem die USA, die bereit sind, zur Erreichung ihrer Hegemonieziele die Menschen in den Abgrund eines nuklearen Infernos zu stoßen. Die sowjetischen Wissenschaftler sind mit ihren Kollegen in der ganzen Welt solidarisch, die gegen das geplante Verbrechen an der Menschheit, gegen den nuklearen Wahnsinn protestieren und für die Vernunft eintreten.

Die sowjetischen Wissenschaftler unterstützen aktiv die Friedenspolitik der KPdSU und des Sowjetstaates, deren Kernstück das konstruktive und realistische Programm zur Abwendung eines Nuklearkrieges bildet. Voll und ganz pflichten sie der von der Sowjetunion eingegangenen Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen sowie dem Appell an die anderen Nuklearmächte bei, ihrem Beispiel Folge zu leisten. Die sowjetischen Vorschläge zum Einfrieren der gegenwärtigen nuklearen Waffenarsenale, zu ihrer wesentlichen Reduzierung auf der Grundlage der Gleichheit und gleichen Sicherheit sind lebenswichtig, um zu einer realen Abrüstung bis hin zu der vollständigen Befreiung der Welt von jeglichen Massenvernichtungswaffen, bis zu der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu gelangen.

Unserer tiefen Überzeugung nach gibt es eine feste objektive Grundlage, auf der das Wettrüsten eingestellt und rückgängig gemacht werden kann und muß — das in der Welt entstandene militär-strategische Kräftegleichgewicht. Es ist die Vernunft, die uns zwingt, nicht nach der Illusion einer militärischen Überlegenheit, nicht nach einem Selbstmord durch einen nuklearen Erstschat, sondern nach der Verankerung des erreichten annähernden Gleichgewichts und einem konsequenten Abbau seines Standes zu streben. Man muß nicht an Maßnahmen zum Schutz vor Kernwaffen, sondern an deren Begrenzung, Reduzierung und völlige Abschaffung denken. Daher unterstützen die sowjetischen Wissenschaftler den Vorschlag Juri Andropows für ein Treffen mit amerikanischen Wissenschaftlern, um eventuelle Folgen eines von der USA-Administration geplanten breitangelegten Raketenabwehrsystems zu besprechen. Eine objektive wissenschaftliche Analyse wird zweifelsohne die Aussichtslosigkeit und Gefährlichkeit dieser neuesten amerikanischen Konzeption verdeutlichen.

Die geplante Stationierung amerikanischer nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa birgt die Gefahr, daß es zu einer

Störung des entstandenen Gleichgewichts sowie zu einem qualitativen Sprung beim Wettrüsten mit allen unvorhersehbaren Folgen für die internationale Sicherheit kommt. Solange es noch nicht zu spät ist, muß einer derartigen gefährlichen Entwicklung der Ereignisse vorgebeugt werden. Bei den Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa kann und muß ein gerechtes Abkommen erzielt werden, vorausgesetzt, die amerikanische Seite schenkt den Forderungen der Völker Gehör und revidiert ihre unrealistischen Vorschläge, die eine gegenseitig annehmbare Lösung des Problems blockieren, von dem das Schicksal Europas und der ganzen Welt wesentlich abhängt.

Wir glauben an die reale Möglichkeit, die Menschheit von den Rüstungslasten zu befreien. Wir sind davon überzeugt, daß die Einstellung der sinnlosen Vergeudung der Kräfte und Ressourcen, die Umpolung des riesigen industriellen sowie wissenschaftlich-technischen Potentials auf friedliche Bahnen äußerst umfangreiche Möglichkeiten zur Erzeugung materieller Güter, zur Verbesserung der Lebensqualität schaffen werden. Wir haben einen klaren Begriff davon, welche günstigen Ergebnisse die Abrüstung für die Entlastung der internationalen Atmosphäre von Mißtrauen und Angst, die Entwicklung einer fruchtbaren internationalen Zusammenarbeit und die gemeinsame Lösung der globalen Probleme der Gegenwart — die Bekämpfung von Krankheiten und Hunger, die Versorgung der Menschheit mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen, die Erhaltung der Umwelt, die Nutzbarmachung von Ressourcen des Weltmeeres und der kosmischen Weiten — haben würde.

Wir wenden uns an die Wissenschaftler der ganzen Welt mit der Aufforderung, die Anstrengungen zu vereinen, um das Gemeingut der Menschheit — den Frieden in der Welt — vor der Gefahr einer nuklearen Vernichtung zu schützen. Die Kräfte des Friedens sind stärker als die des Krieges. Wenn alle Friedenskräfte in Aktion treten, sind sie imstande, den aggressiven Kräften unüberwindbare Schranken entgegenzustellen und den Völkern einen dauerhaften Frieden zu sichern.

Die vereinte Vernunft und der gemeinsame Willen der Menschheit können und müssen der unheildrohenden Tendenz zur Verstärkung der Kriegsgefahr Einhalt gebieten! Einer nuklearen Katastrophe kann und muß vorgebeugt werden!

DIE KRAFT GEMEINSAMEN DENKENS

Lew SEMEJKO

Wissenschaftler treffen sich aus unterschiedlichen Anlässen: zum beruflichen Meinungsaustausch, zur beschleunigten Durchsetzung eines neuen Gedankens oder zum Resumieren von Forschungen im einen oder anderen Bereich. Jetzt aber beschäftigt sie immer häufiger, daß uns allen die Möglichkeit erhalten bleibt, auf der Erde zu leben und zu denken. Die in Moskau eben beendete Wissenschaftlerkonferenz der UdSSR galt dieser Aufgabe: die Menschheit vor der Gefahr eines Kernkriegs zu bewahren und für Abrüstung und Frieden zu kämpfen. Mehr als 500 sowjetische und 45 ausländische Wissenschaftler, unter ihnen 207 Akademiker und 60 Korrespondierende Mitglieder, äußerten vom 17. bis zum 19. Mai ihre Standpunkte zu diesem universellen Problem der Gegenwart. Sie repräsentierten die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Akademien der Unionsrepubliken, viele andere Zentren der AdW der UdSSR sowie verschiedene Ministerien, Dienststellen und wissenschaftliche Einrichtungen.

Das Ausmaß der Gefahr

Eine so maßgebliche Zusammensetzung der Konferenz garantierte nicht nur die wissenschaftliche Analyse der heutigen Probleme von Frieden und Krieg, sondern auch ihre Untersuchung von den unterschiedlichsten Standpunkten unter Berücksichtigung der neuesten Leistungen der Wissenschaft. Die Wissenschaftler waren sich einig: Ein Mißbrauch der modernen Wissenschaft gestattet es praktisch, nicht nur alle Errungenschaften der menschlichen Zivilisation, sondern auch das Leben auf der Erde auszurotten. Die Forscher bestätigten voll und ganz die Worte Juri Andropows: "Die Menschheit kann sich nicht endlos mit Wetrüsten und mit Kriegen abfinden, wenn sie nicht ihre Zukunft aufs Spiel setzen will."

Die Zukunft steht tatsächlich auf dem Spiel. Eigentlich sollte jeder wissen, daß der Kernkrieg in die Katastrophe führt. Untersuchungen der letzten Jahre jedoch haben die Vorstellungen von ihrem möglichen Ausmaß bedeutend erweitert.

Dazu einige Beispiele. Wissenschaftler mehrerer Länder behaupten, daß in einem Nuklearkrieg zwischen 2,2 und 2,5 Milliarden Menschen umkämen. Die Medizin wäre dabei ohnmächtig. Um den Opfern eines weltweiten Kernkriegs medizinische Hilfe zu leisten, würden 30 Millionen Ärzte benötigt, während es gegenwärtig nur 3,5 Millionen auf der Welt gibt, ging aus der Ansprache des Präsidenten der Medizinischen Akademie der UdSSR, Nikolai Blochin, hervor. Einige Monate nach einem massierten nuklearen Schlagabtausch — so das Mitglied des Exekutivkomitees der Pugwash-Bewegung, Ehrenmitglied der Londoner Universität Joseph Rotblat — würden die Sommertemperaturen auf der Erde bis auf 20 Grad minus sinken, da die Sonne hinter der Schicht verborgen wäre, die sich durch die riesigen Brände und durch die in die Stratosphäre gewirbelte Asche entwickeln würde. Gleichzeitig würden in der Stratosphäre 80–90% der Ozonschicht zerstört, die alles Lebende gegen die Raumstrahlung schützt.

Ein Kernkrieg wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit. Selbst wenn die Physik eine tausendmal stärkere Waffe als die Kernwaffe entwickeln würde, wäre das nicht von besonderer Bedeutung, so gefährlich sind die Folgen des Einsatzes der bereits vorhandenen Nuklearwaffen! Auf der Konferenz wurde verdeutlicht, daß diese Folgen den Schäden von 5000 Kriegen ähnlich dem zweiten Weltkrieg gleichkämen. Unter diesen Umständen, erklärte der Präsident der AdW der UdSSR Anatoli Alexandrow bei der Konferenzöffnung, muß das maßgebende Wort der Wissenschaftler, ihre Warnung vor den eventuellen Folgen eines Kernkriegs Mittel zur weiteren Mobilisierung der Friedenskräfte werden, um die Zivilisation und das Leben selbst zu retten.

Der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Akademiemitglied Boris Ponomarew, betonte in seinem Referat, Pflicht der Gelehrten — der Naturwissenschaftler wie der Vertreter der Gesellschaftswissenschaften — sei es vor allem, allseitig die Wahrheit über die Folgen eines Kernkriegs für die ganze Menschheit zu offenbaren. Die Welt muß

die Urheber der Kriegsgefahr erkennen, die aggressiven Kreise des Imperialismus der USA und der NATO, die den Weltsozialismus mit Hilfe von Waffen in ein "Aschenfeld der Geschichte" verwandeln und die Weltentwicklung rückgängig machen wollen. Obwohl der Imperialismus unwiderruflich die Fähigkeit verloren habe, die Geschicke der Welt zu regieren, dürfe die Kriegsgefahr nicht unterschätzt werden.

Die Dimensionen der gefährlichen Folgen des Kurses der USA unter den heutigen Bedingungen verdeutlichte der Vizepräsident der AdW der UdSSR, Akademiemitglied Jewgenij Welichow, der in seinem Referat das aggressive Wesen der Außenpolitik und der Militärdoktrin der USA sowie die Möglichkeiten analysierte, die Massenvernichtungswaffen zu Selbstmordwaffen umzufunktionieren. Die Selbstvernichtung der Menschheit kann in einer relativ kurzen Zeitspanne, geschichtlich gesehen sogar in praktisch einem Augenblick vollzogen werden.

Zu den Versammelten sprachen auch UdSSR-Militärs. Marschall der Sowjetunion Sergej Achromejew hob hervor, wie verhängnisvoll die Hoffnung der USA auf den Sieg in einem Kernkrieg und auf den nuklearen Erstschat sei, die die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion bringen sollten. Diese Hoffnung könne den Imperialismus zur Entfesselung eines weltweiten Nuklearkonflikts veranlassen. Der Marschall verwies auf die Aussichtslosigkeit derartiger aggressiver Vorhaben. Der von dem Aggressor durch einen nuklearen Erstschat errungene Vorteil würde ihm nicht den Sieg bringen.

Gleichzeitig verdeutlichten viele Reden der sowjetischen Wissenschaftler die vor der Menschheit stehenden dringenden ökologischen, energetischen, Nahrungs- und anderen Probleme, die nur im Frieden und in gemeinsamen Anstrengungen aller Staaten zu bewältigen sind. Hier hat die Wissenschaft eine unschätzbare Rolle zu spielen. Ihre Anstrengungen werden aber — vorsätzlich oder gezwungenermaßen — auf die Kriegsvorbereitung gelenkt, wodurch das politische Phänomen

der "verschenkten Möglichkeiten" entsteht. Für die Kriegsvorbereitung werden gigantische materielle, menschliche und finanzielle Reserven aufgewendet, was sich äußerst negativ sowohl auf die sozialökonomische Lage einzelner Länder als auch auf den weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt auswirkt. Das Wettrüsten führt im Westen zu steigender Arbeitslosigkeit, erschwert die Bekämpfung der Inflation und bringt die Kürzung der Sozialprogramme mit sich. Die verstärkte Militarisierung der Wirtschaft führt zur Verstärkung des Militarismus in der Politik und umgekehrt, wofür die heutige Politik und Wirtschaft der USA ein klassisches Beispiel liefern.

Die Rolle der Wissenschaftler

Die Wissenschaftler sind durch ihre Kenntnisse, Erfahrungen und ihr Ansehen dazu berufen, die Entfaltung des Kampfes der Völker zur Rettung der Welt vor der nuklearen Vernichtung, zur Beendigung des Wettrüstens, zu seiner vollständigen Einstellung und zum nachfolgenden Rüstungsabbau bis hin zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung intensiv zu fördern. Der bedeutende Wissenschaftler Frederic Joliot-Curie sagte vor drei Jahrzehnten:

"Die Wissenschaftler müssen Pioniere des neuen großen Friedensheeres sein, da sie besser als irgend jemand sonst begreifen, was ein moderner Krieg bedeutet."

Solche Pioniere zu sein ist schwer. Unter den Verhältnissen des Westens ist es nicht einfach, den Weg zur Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung zu finden. Davon sprach auf der Konferenz Akademiemitglied Klaus Fuchs (DDR), der als Emigrant aus dem faschistischen Deutschland an der Entwicklung der ersten amerikanischen Atombombe beteiligt war. Die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki, erklärte er, hätten ihn sein Leben lang verfolgt. Heute ist er wie die meisten Wissenschaftler ein aktiver Teilnehmer des großen Marsches gegen den Kernkrieg. Unter seinen Verfechtern aber sind noch immer der "Vater" der Wasserstoffbombe, Edward Teller, der "Vater" der Neutronenwaffe, Samuel Cohen, und ihre Hintermänner, die die These vertreten, es gebe "wichtigere Dinge als den Frieden". Teller nannte in einem kürzlichen Artikel den Kernkrieg lediglich eine Variante konventioneller Kriege, was sich nun wirklich nicht als wissenschaftlich bezeichnen läßt. Dabei geht es nicht nur um das ungeheure, keinem Vergleich standhaltende Ausmaß

der Verluste in einem Kernkrieg, sondern auch darum, daß die physiologischen Schäden auf viele Generationen nachwirken und letztlich zum Aussterben der Menschheit führen würden.

Desto aktueller ist der Aufruf der sowjetischen Wissenschaftler an ihre Kollegen im Westen, die Anstrengungen zu vereinen, um das Gemeingut der Menschheit — den Weltfrieden — vor der Gefahr einer nuklearen Vernichtung zu schützen.

Die sowjetischen Wissenschaftler und viele ihrer anwesenden ausländischen Kollegen wandten sich entschieden gegen die Pläne zur Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen in Europa sowie gegen die geplante Aufstockung des strategischen Kernpotentials der USA und die C-Waffen. Von der Durchkreuzung dieser Pläne hängt wesentlich das Schicksal Europas und der ganzen Welt ab.

Das gemeinsame Denken und der geeinte Wille der Menschheit können die überaus verhängnisvolle Steigerung der Kriegsgefahr aufhalten. Das ist die Ansicht der sowjetischen Wissenschaftler, die daran glauben, daß die Kraft des gemeinsamen Denkens die Oberhand gewinnt.



Der riesige Sportpalast in Lushniki war am 19. Mai bis auf den letzten Platz gefüllt. Hierher kamen Arbeiter und Angestellte, Studenten und Schüler, Wissenschaftler und Schriftsteller zu einer Antikriegskundgebung.

Die Vorsitzende des Komitees der Sowjetfrauen, Valentina Tereschkova, sagte zur Eröffnung: "Die Gefahr einer Nuklearkatastrophe schwebt über der Menschheit. Besonders gefährlich sind die Absichten der USA und der NATO, in Westeuropa neue US-Nuklearraketen zu stationieren. Die Friedensbewegung vereint heute viele Millionen Menschen auf dem Planeten. Die Aufgabe, die Welt vor einer nuklearen Apokalypse zu bewahren, vereint sie."

Von der Entschlossenheit der Sowjetbürger, das Recht der Menschheit auf Leben zu verteidigen, sprachen der Arbeiter I. Malzew, der Regisseur J. Simonow, Akademiemitglied N. Blochin und die Journalistin V. Fedotowa.

Die Kundgebungsteilnehmer richteten ein Telegramm an UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar, in dem sie an die UNO appellierten, die Aktionen zur Abwendung der Kriegsgefahr und zur Behauptung der Ideale der Gerechtigkeit, der Zusammenarbeit und des Vertrauens zwischen den Völkern zu verstärken.

Foto: TASS

ANREIZ ZU AGGRESSION

Die Lage in Libanon spitzt sich weiter zu. Die israelischen Aggressoren, die die Kriegsvorbereitungen in der Bekaa-Ebene forcieren, versuchen, ihre Positionen zu verbessern und unter Artillerieschutz in die "Pufferzone" vorzurücken. Doch die Interventionen stoßen auf den Widerstand der syrischen Verbände der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte in Libanon. Entlang der gesamten 80 km langen Konfrontationslinie wurden die Truppen des Aggressors in Kampfbereitschaft versetzt. Nach Meinung örtlicher Beobachter hat die Kriegsgefahr in der Region jäh zugenommen.

Was steht hinter der Verstärkung der Kriegsvorbereitungen Israels in der Bekaa-Ebene? Zweifelsohne hängt das mit der Unterzeichnung des libanesisch-israelischen "Friedensabkommens" zusammen.

Am 17. Mai 1983 wurde in der libanesischen Stadt Khaleh und dann in der israelischen Stadt Qiryat Shemona das libanesisch-israelische Abkommen unterzeichnet. Die dritte Unterschrift unter dem Dokument lautet: "Im Auftrag der Vereinigten Staaten von Amerika ...", da der Text des Abkommens bei unmittelbarer Mitwirkung des US-Außenministers George Shultz abgefaßt wurde.

Der Unterzeichnung in Khaleh und Qiryat Shemona waren fast 5 Monate Verhandlungen vorausgegangen, mit 35 Sitzungen unter Teilnahme der US-Delegation. In dieser Zeit bereiste Shultz Länder der Region, um die Zustimmung zum Abkommensentwurf von den arabischen Führern zu erlangen. Ging es ja angeblich um Frieden in Libanon. Doch um welchen Preis! Nicht von ungefähr konstatierte der ehemalige libanesishe Präsident Suleiman Frangie, der Libanon sei durch die Unterzeichnung dieses Dokuments "in eine amerikanische Falle gegangen" und habe "der israelischen Okkupation den Anschein von Gesetzlichkeit verliehen".

Angefangen damit, daß das "Friedensabkommen" jeder Seite vorschreibt, die "Präsenz oder Schaffung unrechtmäßiger Kräfte oder bewaffneter Gruppen sowie von Organisationen, Stützpunkten, Vertretungen und Institutionen" nicht zuzulassen, "deren Absichten Anschläge auf das Territorium des anderen Landes, beliebige terroristische Aktivitäten innerhalb seiner Grenzen oder Aktionen sind, die eine Bedrohung bilden oder der Sicherheit der anderen Seite bzw. deren Bevölkerung abträglich sind. Infolgedessen werden alle Abkommen und Maßnahmen ungültig und unwirksam, die es erlauben, daß sich auf

dem Territorium einer der Seiten Elemente, die der anderen Seite feindlich gesinnt sind, befanden und agierten."

Der Sinn dieses Artikels ist mehr als klar: Er ist natürlich nicht an "beide Seiten" gerichtet, sondern nur an Libanon. Eben ihm wurde befohlen, nicht nur die Palästinensische Widerstandsbewegung zu ächten, sondern auch die gesamte libanesische Opposition gegen die Aggressoren. "Befindet sie sich und agiert" sie ja auf dem Territorium Libanons.

In einem anderen Artikel wird die Präsenz militärischer Kräfte, "die einem den Seiten feindlichen Staat angehören", auf dem Landesterritorium verboten. Dadurch werden die Arabischen Sicherheitsstreitkräfte, die 1976 den Bürgerkrieg beenden halfen und 1982 die Souveränität Libanons verteidigten, geächtet. Dieses Abkommen "erlaubt" der Republik, beliebige internationale Kräfte "von jenen, die diplomatische Beziehungen mit beiden Seiten unterhalten," einzuladen.

Doch zur Einschätzung der explosiven Lage reicht eine Analyse des in Khaleh unterzeichneten Abkommens nicht aus. Buchstäblich am nächsten Tag wurde bekannt, daß es bereits ein weiteres Dokument gibt — ein zwischen Israel und den USA geschlossenes Geheimabkommen. Allein schon die Existenz eines solchen Dokuments ist alarmierend. Um so mehr, als einige Punkte des Abkommens bekannt wurden. So gestanden die USA dem israelischen Aggressor das Recht zu, nach eigenem Gutdünken auf dem Territorium Libanons gegen "Terroristen" (jene, die gegen die zionistischen Besatzer kämpfen) vorzugehen und die Truppen aus Libanon überhaupt nicht abzuziehen, solange sich dort syrische Kontingente der Arabischen Sicherheitsstreitkräfte und Einheiten des palästinensischen Widerstands befinden. Selbst jene "Möglichkeiten" für eine gewisse Begrenzung des Besatzungsregimes, die in dem libanesisch-israelischen Abkommen enthalten sind, werden also durchkreuzt. Davon zeugt zumindest die Tatsache, daß Israel weiterhin über libanesisches Territorium Truppen und Kriegstechnik zur Bekaa-Ebene verlegt, wo sich die syrischen Kontingente befinden. Die israelische Zeitung "Ha'aretz" zitierte unlängst eine Äußerung des israelischen Generalstabschefs Levy, in der dieser "die Möglichkeit eines militärischen Zusammenstoßes mit Damaskus nicht ausschließt".

Man könnte das libanesisch-israelische Abkommen als innere Angelegenheit Libanons selbst betrachten, wenn da nicht die vielen gefährlichen Aspekte dieser Aktion wären, die ernsthafte Beunruhigung in der arabischen Welt auslösen.

Erstens ist das Abkommen selbst nur eine Etappe des amerikanisch-israelischen Plans zur Liquidierung der Palästinensischen Widerstandsbewegung. Seine erste Etappe ist mit dem 6. Juni 1982 datiert, als der Einmarsch der zionistischen Horden sowie die physische Vernichtung der palästinensischen und libanesischen Patrioten begann. Jetzt haben Washington und Tel Aviv durch stärksten Druck auf die libanesische Regierung sie gezwungen, die palästinensische Bewegung zu ächten.

Das Abkommen führt die Camp-David-Politik der Separatabmachungen fort. Früher, als Israel Ägypten aus den arabischen Reihen herausführte, sicherte es sich die Südfanke. Darauf folgten Massenslieferungen amerikanischer Waffen und dann die Aggression gegen Libanon, wo sich Einheiten der Palästinensischen Widerstandsbewegung befanden. Das jetzige "Friedensabkommen" soll Israel auch die nördliche Flanke sichern. Als offene Ermunterung für Israel zu weiteren Abenteuern betrachtet man in den arabischen Ländern den Beschluß der USA, Tel Aviv F-16-Kampfflugzeuge zu liefern, obgleich Israels Truppen auf libanesischem Territorium stehen und zweifelsohne einen Schlag gegen Syrien planen. Eine unheilvolle Abfolge wird bereits deutlich: Die Abkommen von Camp David wurden von Friedensphrasen begleitet, in Wirklichkeit folgte die Aggression. Verständlich ist die Unruhe, besonders in Syrien: Was wird nach dem jetzigen Handel kommen?

Nicht weniger alarmierend ist auch ein anderer Umstand: Das Abkommen Libanons mit Israel schafft ein weiteres Sprungbrett für Aktionen der US-Eingreiftruppe im Nahen Osten. Nach Camp David hat das Pentagon seine Einheiten auf der Sinai-Halbinsel stationiert. Jetzt haben sie sich in Beirut einquartiert. Diese Kräfte tragen nicht zur Konfliktverhütung bei. Genau im Gegenteil! Sie fördern Aggressionsakte Tel Avivs gegen die Araber.

Die arabischen Länder können natürlich die Tatsache, daß sie dem Abkommen zufolge zu Feinden der Republik Libanon werden, nicht als innere Angelegenheit Libanons betrachten. Wenn Beirut dem Buchstaben dieses Dokuments folgen wird, muß es faktisch alle seine multilateralen Verträge und Verpflichtungen im Rahmen der Arabischen Liga, der arabischen Welt insgesamt annullieren und sich voll und ganz auf Israel und dessen Beschützer orientieren. Bei den kürzlichen Gesprächen mit dem libanesischen Außenminister Salem betonte der Präsi-

NEUER IMPULS

Die VR Angola gehört zu jenen afrikanischen Staaten, die in vorderster Front des Kampfes gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus stehen. Sie schreitet in den ersten Reihen der Kämpfer für sozialen Fortschritt in Afrika, wobei sie progressive sozialökonomische Umgestaltungen zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus im Lande durchführt. Die VRA steht auf der Seite jener, die für die Bewahrung der Entspannung, gegen das Wettrüsten und die Pläne für die Entfesselung eines Nuklearkrieges kämpfen.

All das hat der Republik Ansehen und Achtung innerhalb und außerhalb Afrikas eingebracht, doch zugleich gegen sie die Feinde des Friedens und der Unabhängigkeit der Völker aufgebracht. Sie wurde zum Objekt von Aggressionsakten der RSA-Rassisten. Aufgestachelt von Washington, verübt die RSA bewaffnete Überfälle auf Angola und hält einen Teil seines Territoriums besetzt.

Doch Angola ist nicht allein. Es hat zahlreiche Freunde in Afrika selbst wie auf anderen Kontinenten erworben. Darunter die Sowjetunion, alle Länder der sozialistischen Gemeinschaft.

Eine weitere Bestätigung der brüderlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VRA war der Sowjetunion-Besuch

des Vorsitzenden der MPLA-Partei der Arbeit und Präsidenten der VRA, Jose Eduardo dos Santos (16.—20. Mai d. J.).

Jose Eduardo dos Santos wurde in Moskau von Juri Andropow und anderen Mitgliedern der sowjetischen Führung empfangen. Bei diesen Zusammenkünften fand ein Meinungsaustausch zu einem weiten Kreis internationaler Fragen statt, wobei die Übereinstimmung der Positionen der UdSSR und der VRA in den Kardinalfragen der Gegenwart bekräftigt wurde. Wie es in dem gemeinsamen Kommuniqué heißt, bekundete Jose Eduardo dos Santos volle Billigung und Unterstützung für die sowjetischen Friedensinitiativen sowie die Vorschläge der Prager Politischen Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Seiten der Lage in Afrika, vor allem im Süden des Kontinents. In dieser Region ist eine gespannte Lage entstanden. Spannungsherd ist die RSA mit ihrer Politik der Apartheid, des Rassismus und Kolonialismus. Zur Durchführung des aggressiven RSA-Kurses gegenüber den Frontstaaten trägt, wie es im Kommuniqué heißt, die ständig zunehmende Unterstützung der Rassisten durch die USA und die anderen NATO-Länder sowie Israel bei.

Die Frage der Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia ist eine der akutesten für ganz Afrika. Bereits vor diversen Jahren hat der UNO-Sicherheitsrat die Resolution Nr.435 verabschiedet, in der ein für die namibischen Patrioten und die Frontstaaten annehmbarer Plan für Wahlen in Namibia dargelegt wurde, um in diesem Land eine verfassungsgebende Versammlung zu schaffen, die dessen Unabhängigkeit proklamieren würde. Doch die fünf Westmächte unter Führung der USA, die ungebeten die "Kontaktgruppe" bildeten, haben die Lösung dieses akuten Problems keineswegs vorangebracht, sondern es vielmehr in die Sackgasse geführt. Sie weigern sich, konkrete Fragen der Erfüllung der Resolution Nr.435 zu erörtern — unter dem in den USA erfundenen absurden Vorwand, die Präsenz des kubanischen Militärkontingents in Angola störe die Lösung der Namibia-Frage.

Bei der Erörterung der Lage im südlichen Afrika schätzten die UdSSR und Angola die "Rolle der kubanischen internationalistischen Kräfte, die sich in Angola zur Gewährleistung der Sicherheit des Landes angesichts der andauernden Aggressionsdrohung von außen befinden", hoch ein. Die Teilnehmer der Moskauer Gespräche lehnten die Absicht der USA und der RSA ab, die Frage der Gewährung der Unabhängigkeit an Namibia mit der Präsenz des kubanischen Militärkontingents in Angola zu verknüpfen, und bekundeten ihre Solidarität mit



US-Marineinfanteristen in Libanon
Foto aus: "Newsweek" (USA)

dent Syriens, Hafiz al-Assad, gerade die Tatsache, daß dem Abkommen zufolge alle arabischen Länder, darunter Syrien, als Feinde sowohl Israels als auch Libanons anzusehen seien.

Noch akuter wird die Frage des Schicksals der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten der Westbank

und des Ghaza-Streifens. Kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens versicherte Schultz, daß der "Abzug der ausländischen Truppen" (aus Libanon) "die Aussichten für eine Regelung der Palästinenser-Frage im Westjordanland und im Ghaza-Streifen verbessern werde". Die Verlogenheit dieses Arguments liegt auf der Hand. Gleich nach der Unterzeichnung des Abkommens sandte der israelische Generalstabschef Levy an den Verteidigungsminister Empfehlungen, "Maßnahmen zu verstärken, welche gegenüber den Palästinensern zu ergreifen sind, die sich gegen die israelischen Behörden im Westjordanland und im Ghaza-Streifen wenden, und diese in benachbarte arabische Länder zu deportieren".

Das libanesisch-israelische Abkommen betrifft die Sicherheit nicht nur der Palästinenser, sondern der gesamten arabischen Welt, hieß es auf dem internationalen Symposium zu Fragen der Bildung des Central Command der USA (Mitte Mai, Nikosia). In dem von den Symposiumsteilnehmern angenommenen Dokument heißt

es, daß die von den USA vorgeschlagene Regelung in Libanon der Forderung nach vollständigem und bedingungslosem Abzug der israelischen Truppen aus diesem Land entsprechend den UNO-Sicherheitsratsresolutionen Nr. 508 und 509 widerspricht: Sie ist gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Libanons gerichtet, bedroht die Sicherheit Syriens und der anderen arabischen Länder und fördert die Verwirklichung der militärischen Pläne der USA im Nahen Osten und in der Golf-Region.

In Libanon selbst hat das Abkommen keineswegs einmütige Unterstützung gefunden. Kurz vor seiner Unterzeichnung demonstrierte eine Umfrage, daß sich 88% der befragten Libanesen gegen einen Separatvertrag und eine Normalisierung der Beziehungen zu den Besatzern aussprechen.

In der arabischen Welt wird das libanesisch-israelische Abkommen scharf kritisiert. In einer Erklärung des algerischen Außenministeriums, die von der Zeitung "El-Moudjahid" veröffentlicht wurde, heißt es: "...Algerien bleibt davon

dem Kampf des Volkes von Namibia unter Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und des Volkes von Südafrika unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses.

Jose Eduardo dos Santos betonte die große Rolle der internationalistischen Hilfe durch die Sowjetunion, Kuba und andere sozialistische Länder bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Festigung der Verteidigungsfähigkeit der VRA. Juri Andropow seinerseits erklärte, die Sowjetunion werde fest auf seiten der VRA bei der Verteidigung ihrer Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität stehen.

In den Gesprächen von Jose Eduardo dos Santos mit der sowjetischen Führung bekundeten beide Seiten Genugtuung darüber, wie sich die vielseitige bilaterale Zusammenarbeit, die auf dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit basiert, entwickelt. Sie unterstrichen ferner die immer engeren brüderlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der MPLA-Partei der Arbeit.

Jose Eduardo dos Santos besuchte nicht zum erstenmal als VRA-Präsident die Sowjetunion. Seine Begegnungen mit der sowjetischen Führung gaben stets der Entwicklung der Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den beiden geographisch weit voneinander entfernten, doch in ihren Idealen und ihrer Politik nahen Staaten neue Impulse. So wird das zweifelsohne auch diesmal sein.

L. SKURATOW

überzeugt, daß eine friedliche Regelung des Nahostkonflikts nicht ohne die Gewährleistung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes erzielt werden kann." Der syrische Außenminister Khaddam erklärte, Hauptvoraussetzung für die nationale Einheit, Sicherheit und Stabilität in Libanon sei der bedingungslose Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus Libanon. Was hingegen das libanesisch-israelische Abkommen, das mit Beteiligung der USA ausgearbeitet wurde, angeht, so entspricht es, wie der Minister betonte, faktisch nur den Interessen Tel Avivs.

Durch das Abkommen hat Israel mit Hilfe Washingtons seine Militärpräsenz in Libanon, die es zur Unterdrückung der patriotischen Kräfte des Landes und der palästinensischen Bewegung sowie zur Vorbereitung einer Aggression gegen die anderen arabischen Länder, vor allem gegen Syrien, ausnützt, gleichsam "legalisiert". Das ist kein Friedensabkommen, sondern ein weiterer Ansporn für den Aggressor.

D. SWEREW

"NEUE ZEIT"

22.83

NZ

STANDPUNKT

PRÄSIDENTENPÄDAGOGIK

Kinder darf man nicht anlügen, das weiß jeder Erwachsene. Wer ein Kind anlügt, lehrt es lügen. Ein für eine außenpolitische Wochenschrift doch etwas ungewöhnliches Aperçu, nicht wahr?

Einmal beschloß Präsident Reagan, die Politik seiner Administration den jungen Amerikanern zu erläutern. Vor einer Gruppe von Schulkindern legte er ein bis zum äußersten versimpeltes ("selbst Kindern verständliches") Programm seiner Außenpolitik dar.

"...Was die Verteidigung angeht, so haben wir in den 70er Jahren zugelassen, daß unsere Streitkräfte, wie ich schon sagte, schwächer geworden sind, und zwar soweit, daß ein gefährliches Fenster der Verwundbarkeit entstand. In den beiden letzten Jahren waren wir bemüht, dieses Fenster zu schließen, und außerdem haben wir drei Delegationen in Europa: zwei in Genf und eine in Wien. Eine arbeitet daran, daß sich die UdSSR uns bei der Reduzierung der nichtkernaren Waffen anschließt, die beiden anderen Delegationen versuchen, die Russen soweit zu bringen, daß sie sich uns bei der Reduzierung und hoffentlich völligen Vernichtung der Kernraketen anschließen. Es wollte erreicht werden, daß sie sich an den Verhandlungstisch setzten... Sie sind stur, aber immerhin dabei und verhandeln."

So einfach ist das, liebe Kinder! Die guten USA, die so naiv waren, abzurüsten; die böse UdSSR, die zum Fenster der Verwundbarkeit hereinbricht und erst "soweit gebracht werden" muß, "sich an den Verhandlungstisch zu setzen", wo sie "stur" ist und keinen Wunsch zeigt, sich den Amerikanern "anzuschließen."

Dabei ist das Gegenteil der Fall. Gerade in den 70er Jahren entwickelten die USA enorme Rüstungs- und Umrüstungsprogramme, die sie in den 80er Jahren fortsetzen. Gerade sie untergruben die Verhandlungen, indem sie sich weigerten, den SALT-2-Vertrag zu ratifizieren. Nicht dank den USA, sondern dank der Sowjetunion wurden die Verhandlungen wiederaufgenommen. Die Hartnäckigkeit Präsident Reagans in puncto "Null-Option" aber ruft Befremden und Proteste selbst bei den US-Bündnispartnern hervor.

Anders ausgedrückt, sagte der Präsident Unwahrheit. Da er weiß, daß er schon wiederholt — auch in den USA — wegen seiner Politik kritisiert wurde, fügte er noch hinzu, gleichsam den Kindern die Methode seiner Polemik gegen Opponenten vorführend:

"Ich muß euch aber sagen, daß es mir egal ist, ob sie auf uns hören oder nicht. Sie reden Unsinn und verstehen nicht, wovon sie reden..."

Ich weiß nicht, ob ein US-College Mr. Reagan als Lehrer nehmen würde. Für die sowjetische Pädagogik bin ich jedenfalls ruhig: Wir lehren unsere Kinder anders. Wir bringen ihnen nicht nur Höflichkeit bei, sondern auch die Fähigkeit, ihren Standpunkt zu beweisen und die Wahrheit zu achten.

"Die Russen zu überzeugen", damit sie sich den USA bei der Reduzierung und völligen Vernichtung der Kernraketen anschließen, ist nicht nötig. Die Argumente wurden von der erschöpfenden Hand Tanja Sawitschewas geschrieben, als sie in dem von den Nazis blockierten Leningrad den Tod eines Familienangehörigen nach dem anderen notierte. Ihr Tagebuch ist jetzt ein Dokument jener Zeit — einer Zeit, da die einen US-Politiker dazu aufforderten, dem ruhig zuzuschauen, wie "sich die Deutschen und die Russen gegenseitig vernichteten", und die anderen (wie die Zeitung "Herald" im Juni 1941) ihre Landsleute aufriefen, "sich einem Kreuzzug gegen die UdSSR anzuschließen". Weiß die junge Generation der Amerikaner davon? Wohl kaum, bedenkt man, daß auch sie schon in einen neuen Kreuzzug gegen die UdSSR eingespannt werden.

Sich "anschließen" — aber welcher Sache? Der Produktion neuer Massenvernichtungsmittel? Der MX-Raketen und Laserwaffen? Nein, das würde selbst ein Kind, wenn man es fragt, der Sowjetregierung nicht empfehlen. Wenn wir aber den USA vorschlagen, daß sie sich dem feierlichen Verzicht auf den Ersteinsatz der Kernwaffen anschließen, schweigt Präsident Reagan und ist dann "stur", um einmal mit ihm zu sprechen.

Über die Quelle seiner Hartnäckigkeit klärte Mr. Reagan die Schulkinder bei einem anderen Gespräch mit ihnen auf. Man höre: Die USA warfen 1945 die Atombombe aus dem einfachen Grund ab, weil — kein anderer sie hatte. Somit gibt der Präsident den Schulkindern zu verstehen: Jawohl, die USA setzen auf die militärische Überlegenheit. Nur — wozu dann die heuchlerischen Worte von einem Streben nach der "Reduzierung und Vernichtung der Kernraketen"?

Wir wollen weder Erwachsenen noch Kindern etwas vorlügen. Den Kindern eine friedliche Zukunft zu sichern, ist eine heilige Pflicht der Erwachsenen, eine Pflicht sich selbst und kommenden Generationen gegenüber. Daran mahnt der Internationale Kindertag.

LEW BESYMENSKI

AUF DEM ALTEN KURS

Frankreichs Afrika-Politik

Der Zusammenbruch des Kolonialsystems war ein Debakel für das französische Kapital. Auf den Ruinen des französischen Kolonialreiches, des größten in Afrika, entstanden 20 unabhängige Staaten. Die Frage der Beziehungen zwischen Frankreich und den afrikanischen Ländern ist in den politischen Plattformen der politischen Parteien ständig präsent. Der Wahlkampf 1981 war da keine Ausnahme. Damals verurteilten die Leiter der Sozialistischen Partei scharf die militärische Einmischung in Zaïre, Mauretanien und Zentralafrika als

verbessert, die Verbindungen zu einigen ehemaligen portugiesischen und britischen Kolonien erweitert. Aber viele alte Prinzipien und neokolonialistische Orientierungspunkte der Pariser Politik haben keine wesentliche Veränderung erfahren.

Fangen wir bei der militärischen Politik an. Frankreich hat auch heute die "Eingreifkräfte", die vor allem für kolonialistische Operationen auf dem schwarzen Kontinent bestimmt sind. Wie die französische Wochenschrift "Jeune Afrique" schrieb, hat die zahlenmäßige Stärke der französischen Verbände, die solche Operationen durchführen können, nach den Wahlen von 1981 nicht ab-, sondern zugenommen. In Frankreich selbst liegen solche Verbände (13 000 Mann) in der Bretagne, auf Korsika und im Landessüd. Ebenso wie früher befinden sie sich in ständiger Bereitschaft, auf dem Luftwege in jedes afrikanische Land hinübergeworfen zu werden, in dem ein "Krisenherd" entstehen würde oder, genauer, die Interessen des ehemaligen "Mutterlandes" gefährdet wären.

Frankreich ist das einzige westliche Land, das auch in Afrika selbst reguläre Truppen hat. Nach Angaben der Zeitung "Wall Street Journal" (USA) zählen sie zusammen mit Militärberatern über 14 000 Mann. Auf den französischen Militärstützpunkten, die sich von Djibouti bis nach Dakar ziehen, befinden sich spezielle Verbände der Boden-, See- und Luftstreitkräfte. Mit 5 Ländern (Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Djibouti und ZAR) bestehen noch immer "Verteidigungsverträge" und Abkommen über militärisch-technische Zusammenarbeit. Auch dort liegen Militärstützpunkte und werden regelmäßig gemeinsame Übungen unter Einsatz zusätzlicher Verbände der französischen Boden-, Flieger- und Seestreitkräfte durchgeführt.

In Togo und Kamerun gibt es offiziell keine Militärstützpunkte. Aber die militärische Zusammenarbeit mit diesen Ländern geht auf Grund der früheren "Verteidigungsverträge" und Militärabkommen weiter, die die französischen Truppen berechtigen, die dortigen Flugplätze und Stützpunkte zu benutzen. Frankreich erweist Niger und Obervolta militärisch-technische Hilfe.

In den zwei Jahren wurde kein einziger der von den Vorgängern des heutigen

Präsidenten geschlossenen bilateralen Verteidigungsverträge gekündigt. Würde sich morgen, schrieb "Jeune Afrique", erneut eine Situation ergeben, ähnlich wie 1978 in der Provinz Shaba von Zaïre, so würde der Aktionsplan, der zur Intervention führte, in groben Zügen wieder realisiert werden, da Frankreich trotz der "Veränderungen", die am 10. Mai 1981 eintraten, in diesem Bereich der Afrika-Politik "Kontinuität wahr".

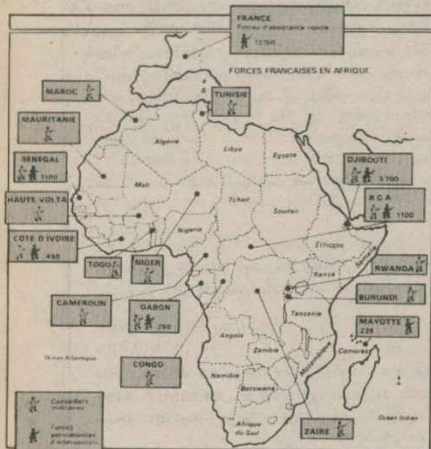
Ebenso wie früher ermöglicht die militärische Zusammenarbeit die Unterwanderung der nationalen Armeen der afrikanischen Staaten und die Beeinflussung ihrer Offiziere durch die Franzosen. Mit dieser Mission sind vor allem 600 französische Militärberater und ein weitverzweigtes Agentennetz betraut. Auch in diesem Bereich besteht eine Kontinuität, und zwar auf weite Sicht.

Es fällt auf, daß das amtliche Washington, das sonst vielen Aspekten der französischen Außenpolitik mißtraut, mit Paris konform geht, wenn es die reaktionären Regimes in ehemaligen französischen Kolonien und mehreren anderen Ländern unterstützt. Ein Beispiel wäre Zaïre. In den USA glaubt man, eine solche Position festige die gemeinsame Front des Westens gegen die afrika-

Der Hirtenbrief verurteilt die von der gegenwärtigen Administration betriebene Politik zur Stationierung von MX-, Pershing- und Flügelraketen, was das Wehrrüstungs noch beschleunigen werde. Sie sind für ein bilaterales Einfrieren der Tests, der Produktion und Stationierung der Kernwaffen als Auftakt zu den Abrüstungsverhandlungen. Die Abschreckung "ist dem Abrüstungsprozeß nicht förderlich", schreiben die Bischöfe. "Im Gegenteil, unter ihrer Einwirkung kommt es zu einer unbegrenzten Aufrüstung."

Dieses Dokument ist eine offene Herausforderung der heutigen Administration. Die Haltung der Bischöfe widerspricht so kraß der offiziellen Politik, daß Reagans Sicherheitsberater William Clark sich schon im November gezwungen sah, den Veranstalter der Konferenz ein Schreiben zu schicken, worin er ihren Teilnehmern versicherte, die Position der Regierung zur nuklearen Abrüstung sei "durch moralische Erwägungen" eingegeben. Viele Bischöfe erklärten, daß Clarks Schreiben sie "in ihrem Wunsch bestärkt" hat, die eigene negative Einstellung zu den Kernwaffen noch resoluter zu demonstrieren.

Warum wendet sich die katholische Kirche so entschlossen gegen Kernwaffen



Afrikanische Länder, in denen sich französische Truppen und Militärberater befinden

Karte aus: "Jeune Afrique" (Frankreich)

Aktionen, die Frankreichs internationales Prestige untergruben. Sie setzten sich für eine Revision der mit afrikanischen Ländern unterzeichneten "Verteidigungsverträge" ein. Damals kritisierte Francois Mitterrand heftig die neokolonialistische Politik seiner Vorgänger sowie der USA. Wie verkündet wurde, müsse Frankreich eine "große Afrika-Politik" durchführen — als Sachwalter der Entwicklungsländer angesichts der "industriellen Nationen".

Zwei Jahre sind vergangen. Was hat sich in Frankreichs Afrika-Politik verändert?

Die Beziehungen z. B. zu Benin, Madagaskar und Kongo haben sich etwas

nischen Entwicklungsländer. Das hindert Washington keineswegs daran, seinen französischen Partner zu bedrängen. Paris seinerseits ist ernstlich darüber besorgt, daß sich die Amerikaner das Recht ausbedungen haben, die marokkanischen Militärstützpunkte zu benutzen, und daß US-Monopole reges Interesse für die Bauxite von Guinea, das Kupfer und Kobalt von Zaire, die Uranerze von Gabun, Niger und Namibia zeigen.

In den letzten Jahren geben sich die französischen Spitzenpolitiker gern als "Verteidiger der armen Länder gegen den Neokolonialismus", gegen jene, "die auf den Rohstoffmärkten spekulieren und über das Los der Staaten entscheiden, die auf den Export einer oder zwei Waren" (Kaffee, Kakao, Bauxite, Kupfer usw.) angewiesen sind. Doch steht es auf dem kapitalistischen Weltmarkt so, daß sich Afrika gegen die ungebeten "Verteidiger" — die hochentwickelten kapitalistischen Staaten, darunter auch Frankreich — wehren muß. Frankreichs Gewinne aus dem Handel mit afrikanischen Staaten sind so hoch, daß sich seine Investitionen mehr als rentieren.

Das Eindringen der französischen Firmen in Afrika hat beispiellose Ausmaße angenommen. In der Elfenbeinküste le-

ben jetzt 60 000 Franzosen (6mal soviel wie vor der Unabhängigkeit), in Gabun sind es 25 000 (ein Mehr von 3000 gegenüber 1963), in Senegal 20 000. Frankreich gewährt seinen ehemaligen Kolonien Darlehen und Kredite. Doch sind sie meistens an den Ankauf von Waren geknüpft, die Frankreich verkaufen will, bzw. an die Produktion von Waren, die Frankreich kaufen möchte. Kann es sich als ein Verdienst anrechnen, daß es verspricht, 1983 zu "Entwicklungszwecken" 0,52% und ab 1988 sogar 0,7% seines Brutto sozialproduktes bereitzustellen? Die Profite der französischen Monopole auf jeden in den ehemaligen Kolonien investierten Franc steigen, ebenso wie die der Konzerne aller anderen westlichen Länder.

Paris wird nicht müde, die anderen kapitalistischen Länder (und selbst die nichtkapitalistischen Länder, obwohl sie an der Ausbeutung der Kolonien nicht beteiligt waren) aufzurufen, die Ausgaben für die Hilfe an die Entwicklungsländer zu erhöhen. Sind diese Aufrufe nicht von dem Wunsch eingegeben, einen Teil der eigenen — ohnehin nicht allzu schweren — Last auf andere Staaten abzuwälzen? Wie sonst ist zu erklären, daß Paris nicht daran denkt, die Plünderungsprakti-

ken der französischen Gesellschaften im Hinblick auf die Rohstoffe und die Arbeitskräfte der Entwicklungsländer zu begrenzen?

Die amtlichen Sprecher Frankreichs beanstanden heute nicht selten den "Egoismus" der USA, die eine "untragbare Situation" in der Weltwirtschaft herbeiführen, was sich auf die Länder der Entwicklungswelt stark auswirke. Doch gehen solche Äußerungen offenbar weniger auf die Sorge um die "armen Länder" als auf Befürchtungen zurück, die mit der Erweiterung der US-Wirtschaftsexpansion in Afrika und anderen Teilen der Welt, wo das französische Kapital Fuß fassen will, zusammenhängen.

Vor zwei Jahren versprach man in Paris fest, sich für Wirtschaftssanktionen gegen die rassistische RSA einzusetzen sowie die "Frontstaaten" und die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika zu unterstützen. Es wurde ferner versprochen, Frankreich würde, sollte die "Kontaktgruppe", zu der neben ihm die USA, Großbritannien, die BRD und Kanada gehören, ihre Tätigkeit zwecks Befreiung Namibias nicht wieder aufnehmen, in Übereinstimmung mit der UNO und gemeinsam mit anderen Ländern in der Namibia-Frage neue Initiativ-

BISCHÖFE GEGEN DEN KERNKRIEG

Anfang Mai fand in Chicago eine Ratssitzung der Landeskonferenz der katholischen Bischöfe der USA statt. Die Teilnehmer riefen dazu auf, die Tests, die Produktion und Stationierung neuer Arten von Kernwaffen einzustellen. In ihrem Hirtenbrief erklärten 238 Bischöfe einmütig: "Jeder Versuch, einen Nuklearkrieg, in welcher Form auch immer, auszulösen, ist moralisch unvertretbar."

und Kernkrieg? In der Wochenschrift "New Republic" lesen wir: "Hinter der kühnen neuen Haltung zur Abrüstungsfrage stecken mehrere sich andeutende Veränderungen, die in den letzten 15 Jahren die Politik immer eindeutiger in den Mittelpunkt des Lebens der katholischen Kirche rücken." Um immer mehr enttäuschte Katholiken zurückzugewinnen, sieht sich die Kirche genötigt, sich mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Abrüstung zu beschäftigen. Außerdem sind sehr viele arme Menschen Katholiken, und sie klopfen immer beharrlicher an die Türen der katholischen Wohltätigkeitsvereine.

Über die Stimmungen der einfachen Katholiken geben die Äußerungen von Schwester Joan Chittister, der Äbtissin des benediktinischen Frauenklosters in Erie, Aufschluß. Wie die "New York Times" schrieb, sieht sie im nuklearen Wettrüsten "den Zusammenbruch aller Werte der Gesellschaft". In einem Beitrag für die Zeitschrift "Commonweal" vom August 1982 forderte Schwester Joan die Bischöfe auf, "moralische Integrität" an den Tag zu legen. In einem Interview für die "New York Times" sagte sie: "Wenn Bischöfe Bomben segnen, der Flagge die Ehre bezeigen und Steuern zahlen, sagt niemand, die Kirche dürfe sich nicht in die

Politik verwickeln lassen. Wenn aber die Kirche von der Gefahr der Vernichtung unseres Planeten zu sprechen anfängt, dann wird Bischöfen und Geistlichen empfohlen, zu knien, zu beten, an Barmherzigkeit zu denken, an Hindernisse auf dem Wege zur Gerechtigkeit aber nicht."

Bischof Roger Mahoney aus Stockton, Kalifornien, schrieb in einem anderen Heft von "Commonweal": "Die jetzige Rüstungspolitik zwingt uns nicht nur dazu, unsere armen Leute zu vergessen. Alles spricht für die Annahme, daß sie unsere Wirtschaft zerstören wird."

"Wem nützt die gegenwärtige Militarisierung der Wirtschaft?" fragt Bischof Mahoney. "Doch nicht im Interesse der Millionen Männer, Frauen und Kinder in unserem Land und in der UdSSR, jener Leute, gegen deren Häuser und Städte diese entsetzliche Waffe gerichtet ist. Die potentielle Möglichkeit eines verhängnisvollen Einsatzes der unangebrachten Stärke ist da und wird da sein. Wir dürfen nichts als selbstverständlich hinnehmen."

Jack STONE

San Rafael, Kalifornien

ven ergreifen. Die "Kontaktgruppe" ist nach wie vor untätig, von neuen Initiativen von Paris aus hat man aber bisher nichts gehört.

Das gilt auch für den Wirtschaftsboykott gegen die RSA. Was für ein Boykott ist es, wenn Frankreich weiterhin mit dem Rassistensregime in Pretoria handelt und in die Milliarden gehende Verträge ausführt — wie etwa über den Bau eines Kernreaktors (übrigens ohne jegliche Garantien, daß die Rassisten ihn nicht zu militärischen Zwecken benutzen)?

Ein Jahr nach Mitterrands Amtsantritt erklärte RSA-Botschafter in Frankreich du Plooy, er habe in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen seinem Land und Frankreich keine Veränderungen bemerkt und diese Beziehungen seien "sehr gut". Frankreich importiere auch mehr südafrikanische Kohle und namibisches Uran; fälschlich bedeute das, daß "25% der in Frankreich verbrauchten Elektroenergie durch die RSA gesichert werden". Die Abschlüsse über die Lieferung von Titan, Chrom und anderen strategischen Rohstoffen nach Frankreich bleiben in Kraft. Die RSA ihrerseits führt große Parteien der französischen schweren und elektronischen Ausrüstungen und Chemikalien ein. Wie die Zeitschrift "Africa" (Senegal) feststellte, kümmert sich die französische Regierung überhaupt nicht darum, daß einige der exportierten Waren für militärische Zwecke bestimmt sind. Und dies trotz des Embargos, das vom Vorgänger des heutigen Präsidenten bereits 1977 verhängt wurde.

Freilich sind die direkten Waffenlieferungen Frankreichs an die RSA jetzt, scheint es, eingestellt worden. Aber schon vor Verhängung des Embargos lieferte Frankreich den südafrikanischen Rassisten etwa 80 "Mirage-III"- und "Mirage F1"-Jäger, 9 große Transportflugzeuge, über 120 Hubschrauber, drei U-Boote und sonstige Rüstungen und Militärtechnik. Zugleich erhielten weder die "Frontstaaten" noch die nationalen Befreiungsbewegungen nennenswerte Hilfe von Frankreich, denn seine Politik in Südafrika bewegt sich alles in allem in der Bahn der neokolonialistischen Manöver Washingtons und der anderen westlichen Gönner des südafrikanischen Rassismus.

Mitterrand hat schon drei Reisen nach Afrika unternommen. "Le Monde": "Die französische Regierung — vorgestern gaullistisch, gestern liberal, heute sozialistisch — ist bemüht, mit den ehemaligen Kolonien in Afrika südlich der Sahara in Kontakt zu bleiben." Das stimmt. Aber werden diejenigen, denen die neokolonialistischen Ziele und Ambitionen von Frankreichs Afrika-Politik gelten, damit einverstanden sein?

W. MIDZEW

WO WIRD'S LANGGEHEN?

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Er fing mit einem Ruck an: Margaret Thatcher hat für den Wahlkampf die kürzeste Zeit, die er dort jemals gedauert hat, nämlich nur einen Monat, angesetzt. Nachdem sie die Chancen erwogen hatte, ließ sie ihre früheren Erklärungen fallen, daß sie sich wegen einer politischen Konjunktur niemals zu vorfristigen Wahlen verstehen werde. Zwar ist die Konjunktur mit bloßem Auge zu erkennen, man hat aber eine "plausible" Erklärung gefunden: Eine Ungewißheit des Wahltermins sei für Auslandsinvestitionen in der Wirtschaft ungünstig.

Der vorfristigen Auflösung des Parlaments und Festsetzung der Wahlen gingen lange Beratungen der Kabinettsmitglieder voraus. Die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen von Anfang Mai, Meinungsumfragen und die Wirtschaftslage brachten sie zu dem einstimmigen Schluß, daß die Tories jetzt noch Chancen hätten, daß das aber in einigen Monaten nicht mehr der Fall sein dürfte.

Was hat die vierjährige Amtsdauer der konservativen Regierung dem Lande gebracht? Die treffende Antwort des Labourführers Michael Foot auf diese Frage lautete, daß die Tories mit ihrer Wirtschaftspolitik der britischen Industrie mehr als die Bombenangriffe von Hitlers Luftwaffe im zweiten Weltkrieg geschadet haben.

In der Tat steckt die britische Wirtschaft in einer schweren Krise. Die "Financial Times", das Blatt der Geschäftskreise, kommentiert die Ergebnisse der Amtsdauer der Konservativen wie folgt: "Das Dienstregister der Regierung sieht in puncto Wirtschaft trist aus: Die Arbeitslosigkeit, besonders die unter der Jugend, ist angewachsen, die Produktion zurückgegangen, und die Industrie läßt jeden Zuwachs vermissen." Die Regierung könne nicht endlos der Weltwirtschaftslage oder aber strukturellen Veränderungen die Schuld für die Arbeitslosigkeit geben, fährt das Blatt fort.

Das Big Busineß steift den Tories jedoch nach wie vor den Rücken. Anders als bei den anderen Parteien fließen diesen reichlich Gelder zu. Nach gewissen Angaben planen

die Tories, für den Wahlkampf zwischen 10 und 20 Mio Pfund Sterling auszugeben. Sie haben beizeiten dafür gesorgt, daß die finanzielle Unterstützung der Labourpartei, ihrer stärksten Wahlrivalin, durch die Gewerkschaften gesetzlich limitiert worden ist. Und nicht nur das. Die Wahlkreise sind schleunigst umgemodelt worden, u. zw. so, daß die Industriegebiete, die traditionsgemäß für die Labourpartei stimmen, im Parlament weniger Sitze bekommen, während den gewöhnlich konservativ stimmenden Vororten mehr Sitze zufallen sollen. Mit dieser verwaltungspolitischen Umstrukturierung glaubt die Regierung, ihren Kandidaten etwa 30 zusätzliche Plätze sichern zu können.

Auch im Hinblick auf das akute Problem Nordirlands können sich die Tories keiner Erfolge rühmen. In Ulster dröhnen weiter Explosionen und lodern Brände. Die britische Militärmaschinerie übt gemeinsam mit der Königlichen Polizei von Ulster Methoden des "Antipartisanenkriegs" und der Erstickung von "Unruhen" ein. Fast täglich finden in den direkt von London aus verwalteten Provinzen Erwachsene und Kinder, Männer und Frauen den Tod. Nachdem die Polizei die Wirkung von Plastkugeln an den Iren ausprobiert hatte, nahm sie sie auch in England selbst in ihr Rüstzeug auf. Das konservative Kabinett hat nicht die Absicht, nach einer politischen Lösung für das Problem Ulsters zu suchen.

Wenn die Tories etwas "geleistet" haben, so im Verschachern staatlicher Betriebe an Privatpersonen und im Kürzen der Sozialprogramme, deren Annahme die britischen Werk tätigen in langjährigen hartnäckigen Kämpfen durchgesetzt hatten. In den vier Jahren des Torykabinetts brachte es zwei Gesetze gegen die Gewerkschaften durch. Die arbeiterfeindliche Politik hat weitreichende Ziele: Die Regierung hat ein Grünbuch mit Plänen für eine weitere Einschränkung der Rechte der britischen Trade Unions herausgebracht. Die Befugnisse der Polizei sind wesentlich ausgedehnt worden. Die Bobbies dürfen jetzt auf der Straße einen beliebigen "verdächtigen" Passanten durchsuchen und ohne eine Anschuldigung ins Revier abführen.

ren. Auch das hat man zuerst in Ulster ausprobiert.

Auch auf höherer Ebene werden die Daumenschrauben fester angezogen. Wiederholt hat die Premierministerin Kabinettsmitglieder angepöffen, deren Aussprüche ihrem harten außen- und innerpolitischen Kurs widersprachen, und hat solche sogar aus dem Kabinett entfernt.

So konnte sie allmählich ein fügsames Team aufstellen und die poli-

wollen es allmählich aufheben und in private Hände legen. In öffentlichen Reden ist bereits durchsichtig darauf angespielt worden.

Die Tories suchen die Briten mit den sattem bekannten Methoden aus dem kalten Krieg von den akuten sozialen Problemen abzulenken. Ihre Führer zetern wieder einmal von einer "sowjetischen Bedrohung", sie schüren die Spionomanie und den



Studenten des Londoner Colleges Chelsea stoppten den Wagen von Bildungsminister Joseph aus Protest gegen die Kürzung der Bildungsausgaben

Foto aus:

"Morning Star" (Großbritannien)

tische Macht in ihren eigenen Händen zusammenfassen. Eins der Opfer ist sogar das früher so mächtige Foreign Office: Jetzt werden viele außenpolitische Entscheidungen im Amtssitz der Ministerpräsidentin, Downing Street 10, getroffen.

Während ihrer Amtsdauer haben die Tories schwere Schläge gegen das Bildungs- und das Gesundheitswesen geführt. Die starke Kürzung dieser Etatposten hat bewirkt, daß viele Schulen nicht genug Schulbücher und Anschauungsmittel haben. Die Schulleitungen müssen viele für die Bildung unerläßliche Fächer, z. B. Fremdsprachen, vom Lehrplan streichen. Den Abiturienten solcher Schulen ist damit der Weg an die Universitäten und Colleges versperrt. Ihr einziger Weg führt zur Stempelstelle.

Das britische Volk müsse erkennen, daß seine eigene Regierung mit ihrer Wirtschafts- und Unterrichtspolitik die Zukunft seiner Kinder sabotiert — das schrieb im "Daily Mirror" der namhafte Labourabgeordnete Neil Kinnock. Auch im Hinblick auf das staatliche Bildungs- und Gesundheitswesen tragen sich die Tories mit weitreichenden Plänen. Sie

Antikommunismus. Ganz im Sinne der Regierung Reagan, schaukeln die Torypolitiker das nukleare Wettrüsten auf und treffen in Eile Vorbereitungen zur Aufstellung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Großbritannien.

Ungeachtet der antisowjetischen Hetze werden die Probleme der US-Raketen ebenso wie die der nuklearen Abrüstung bei den bevorstehenden Wahlen zu den Schwerpunkten gehören. Die Labourpartei bietet in ihrem Wahlmanifest eine Alternative zum nuklearen Irrsinn an. Sie schlägt vor, keine neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen in Großbritannien und in den anderen Ländern Westeuropas aufzustellen und die britische U-Boot-Flotte nicht mit den Kernraketen-Systemen Trident 2 bestücken zu lassen. Die Labourpartei tritt gegen neue US-Stützpunkte in Großbritannien auf und fordert eine sukzessive Auflöser der bestehenden.

Politisch pendelt Großbritannien schon immer zwischen den Labouristen und den Konservativen hin und her. So war es aber bis vor kurzem. Jetzt ist eine dritte Kraft auf den politischen Schauplatz getreten: eine Allianz der Liberalen und der Sozialdemokraten. Nach welcher Seite wird das politische Pendel dieses Mal ausschlagen? Das wird sich erst nach dem 9. Juni zeigen. Vorläufig werden die höchsten Werten darauf abgeschlossen, daß keine der Parteien im Parlament eine absolute Mehrheit bekommen wird.

I. TITOW

NZ

KOMMENTAR

DIE WELT STEHT AUF

"Frieden ist Leben." Diese Worte standen auf einer Tafel bei einer neulich abgehaltenen Moskauer Massenkundgebung. Bestimmt könnten sie die Menschen ganz verschiedener Länder, Berufe und Weltanschauungen wiederholen. Beispielsweise sagten das kürzlich auf einer Moskauer Konferenz sowjetische und andere Wissenschaftler. Für energische Friedensaktionen wurde auch in Genf Stellung genommen, wo Meteorologen aus vielen Ländern zu dem Schluß kamen, daß ein Kernkrieg für das Klima auf Erden vernichtend wäre. Ähnlich äußerte sich eine turnusmäßige Tagung der Weltgesundheitsorganisation.

Die letzten zehn Maitage brachten in aller Welt zahlreiche Massenaktionen für Frieden. Auf Initiative der Christlichen Vereinigung der italienischen Werktätigen wurde mit Unterstützung mehrerer Parteien, Jugend- und Pazifistenorganisationen ein Friedensmarsch aus Palermo (Sizilien) veranstaltet, wo ein Stützpunkt für US-Flügelraketen angelegt wird. Der Marsch führt 2000 km weit über Rom, Florenz, Mailand, Turin usw. Dieser Tage hat in Portugal ein Landesfriedentreffen stattgefunden und Delegierte zu dem im Juni in Prag bevorstehenden Weltforum "Für Frieden und Leben, gegen einen Kernkrieg" gewählt.

Aus Florennes (Belgien), in dessen Nähe sich ein großer Luftstützpunkt der NATO befindet, werden Massenkundgebungen und Demonstrationen gemeldet. In Japan stehen vor dem Militärflugplatz Shimoda bei Tokio ständig Einwohner der nahen Ortschaften Posten. In Finnland wird eine Kampagne "Frühling des Friedens und der Hoffnung" mit den Losungen durchgeführt: "Keine US-Raketen! Abrüstung!". In der DDR haben große Jugendmanifestationen stattgefunden.

Dem Aufruf des Weltfriedensrates folgend, halten die sowjetischen Friedenskämpfer jetzt Massenaktionen ab, u. zw. in Form von Umzügen, Kundgebungen, Friedensschritten, öffentlichen Vorträgen, Ausstellungen, Filmfestspielen und Treffen mit anderen Kämpfern für Frieden und Abrüstung an der Grenze zu Ungarn, Polen und der CSSR.

Der Friedensgedanke hat die Massen erfaßt und ist so zu einer materiellen Gewalt geworden.

N. SCHMELIOW

DER TAGEBUCHTRICK

50 Jahre sind genug, dachten sich gewisse Leute — nun sei die Zeit gekommen, auch Adolf Hitler, den Chef der Mörderbande, die Europa terrorisiert hatte, zu "rehabilitieren".

Im Grunde dachten die Herrschaften ganz logisch: Die Blutrichter des deutschen Faschismus sind längst wieder in Amt und Würden, oder aus Altersgründen in Pension für ihre "wohlerworbenen Rechte" (das ist die amtliche Formel in der BRD!). Desgleichen die Generale, die Deutschlands Nachbarländer mit Feuer und Schwert verwüsteten und bei der Ausrottung von Millionen Zivilisten halfen. Die SS-Führer, die Frauen, Kinder, Greise bestialisch umbringen ließen (ausschließlich niedere SS-Chargen wurden von BRD-Gerichten angeklagt oder gar verurteilt). Die Industriellen der Rüstungsindustrie, die an Raub und Plünderung, an Ausbeutung der versklavten Zwangsarbeiter Milliarden wurden — sie sind alle wieder da, sind "ehrenwerte Männer", gar "Christen und Demokraten", paradien in Ministerien und Bundestag, in Gerichten, Presse und Wirtschaft. Warum also nicht auch endlich dem Häuptling der Bande zu "seinem Recht verhelfen", demselben Recht, das seinen Mittätern doch schon lange gewährt wird...

Gesagt, getan: Der Coup wurde gestartet — "Hitlers Tagebücher" tauchten auf, und nun las die Öffentlichkeit "einen ganz anderen Hitler", einen weichen, sensiblen

Mann, geradezu liebenswert in seiner "Menschlichkeit"! Die Geschichte der Jahre von 1933 bis 1945 müsse "umgeschrieben werden", posaunten die "Entdecker" dieses Machwerks in die Welt.

Jetzt sollte alles keine Rolle mehr spielen: Die Folterkeller der SA, die Konzentrationslager, die Raubkriege, die bestialische Ausrottung von Millionen Wehrlosen in Polen, der Ukraine, Belorussland, die Gaskammern und Krematorien, in denen Ungezählte verbrannt und vergast wurden.

Die Stimmung war schon lange vorbereitet: Nazi-Verlage publizieren ungestört (wir haben doch "Presse- und Meinungsfreiheit", sagt die Bundesregierung dazu) die "Erinnerungen" von Ribbentrop, Heß, Speer und anderen abgeurteilten Kriegsverbrechern. Das Publikationsorgan der Alt- und Neonazis, die "Nationalzeitung", gegründet bei Beginn der Wiederaufrüstung Westdeutschlands mit regelmäßigem Geldzuschuß der Regierung Adenauer (!), erscheint wöchentlich mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren. Zusätzliches Propagandamaterial wird aus den USA eingeflogen. Es fehlte nur noch Hitlers "eigene" Rechtfertigung. Und siehe da: Sie kam.

Sie kam pünktlich, kaum daß "die Wende nach rechts" in Bonn vollzogen war, kaum daß der ehemalige "nationalsozialistische Führungsoffizier" Franz Josef Strauß (z.Zt. Ministerpräsident von Bay-

ern) die "Wende" auch in der Entspannungspolitik gefordert hatte. Kaum daß aus der Regierung Kohl der erneute Anspruch auf die "Grenzen von 1937" erhoben worden war.

Es fehlte nur noch der Punkt auf i. Und siehe da: Die "Vorsehung", bereits von Hitler immer wieder bemüht, griff ein: Der Stern "entdeckte" die "Weltsensation", die "Tagebücher" des Adolf Hitler.

Es paßte so schön: Das Blatt hatte sich in den Jahren der Entspannungspolitik den Anschein einer "linksliberalen" Wochenschrift gegeben. So erfolgreich, daß viele vergaßen, daß der Herausgeber Nannen nicht nur bundesdeutscher Millionär, sondern zuvor ein Mann aus dem Propagandastall der Nazis war, der in der Zeit des kalten Krieges sich bemühte, zu "beweisen", nicht die SS-Schergen, sondern die kommunistischen Gefangenen hätten die Morde an Wehrlosen in den KZ begangen (!).

Die Sensation konnte also steigen. Die "Tagebücher" wurden "entdeckt", die Auflage des Stern stieg sprunghaft. Der Preis pro Ausgabe wurde gleich um 20% erhöht. Die Nachdruckrechte wurden für Riesensummen nach England, Japan, Amerika verkauft — die Lüge sollte sich ja auch rentieren.

Aber der Schuß ging nach hinten los. Die Herrschaften hatten die Auswirkungen ihrer jahrelangen Verdummungspolitik nun doch überschätzt. Ein Schrei der Empörung folgte der Ankündigung des Stern. Die Öffentlichkeit verlangte und erzwang eine Echtheitsprüfung und gab sich nicht mit den "Expertengutachten" zufrieden, die Nannen vorsorglich "besorgte" hatte. Das Ergebnis ist katastrophal: In wenigen Tagen wurde festgestellt: Das

UdSSR--FRANKREICH

DIALOG VON PARTNERN

Über 15 Jahre besteht die Französisch-Sowjetische Handelskammer und hat innerhalb dieser relativ kurzen Zeit beträchtlich zum Ausbau der geschäftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern beigetragen.

Am 19. Mai tagte im Moskauer Zentrum für internationalen Handel und wissenschaftlich-technische Beziehungen ihre 17. Vollversammlung mit rund 350 Firmenvertretern aus beiden Ländern. Der sowjetisch-französische Warenaustausch erreichte 1980-1982 11,5 Md. Rubel, womit er die Kennziffer der ersten drei Jahre des vorangegangenen Planjahrhüfnts um das 2,5fache übertraf. 1981/82 unterzeichneten sowjetische

Außenhandelsorganisationen mehrere bedeutende Verträge mit französischen Firmen. Im Januar 1982 wurde ein 25-Jahres-Abkommen über jährliche Lieferungen von 8 Md. Kubikmeter Erdgas aus der UdSSR gegen französische Ausrüstungen für den Bau der Erdgasleitung Urengoi--Ushgorod getroffen. Ein Großvertrag mit der französischen Technip sieht Lieferungen von Anlagen für ein Entschwefelungswerk beim Gaskondensatvorkommen in Astrachan vor.

Die Sowjetunion wurde zum Großlieferanten vieler Rohstoffarten an Frankreich. Auf sowjetische Lieferungen entfallen gegenwärtig 20 bis 30% des französischen Erdöl- und Petrochemieimports,

14% der Erdgas- und 20% der Kohleeinfuhr. Auf der Vollversammlung wurde betont, die jüngsten Verträge trügen wesentlich zur Verringerung des in den letzten Jahren entstandenen französischen Handelsdefizits mit der Sowjetunion bei. Jetzt sind neue bedeutende Verträge im Gespräch.

Die Vollversammlung konstatierte auch negative Momente, die den Ausbau des Handels zwischen unseren Ländern hemmen. So wurden die französischen Mitglieder auf die von Paris praktizierte diskriminierende Importbeschränkung für sowjetische Güter hingewiesen. Auch die unfreundlichen Akte der französischen Behörden gegen Mitarbeiter sowjetischer Einrichtungen in Frankreich sind selbstverständlich wenig geeignet, das Geschäftsklima zu fördern.

O. MORGATSCHOW

Material der "Tagebücher" (Papier, Bindemittel u. dgl.) stammt zum Teil aus den Jahren nach 1945, als der "Führer" schon längst tot war. Daten sind falsch angegeben. Andere "Fakten" sind zum Teil wörtlich Büchern aus der Nachkriegszeit entnommen — kurz, eine frech zusammengeschluderte Fälschung.

Panik im Stern-Verlag, Panik in Bonn. Was tut man in der BRD, wenn eine Lumperei sich nicht vertuschen läßt? Man gibt "den Kommunisten" die Schuld, man bezichtigt die DDR! Das Bundeskriminalamt erhielt den regierungsamtlichen Auftrag, zu erforschen, ob die Fälschung aus der DDR stammt! Warum nicht wiederum ein kleiner "Reichstagsbrand"?

Aber auch das klappte nicht. Bevor noch das Bundeskriminalamt (seinerzeit geschaffen mit alten SS-"Fachleuten") solche Wünsche erfüllen konnte, hatte die öffentliche Empörung diesen Plan vom Tisch gewischt.

Nun ergriff Nannen die Flucht nach vorn. Er stellte sich "an die Spitze der Säuberungsaktion": Die beiden Chefredakteure des Stern mußten gehen. Statt



"Und wann muß ich die Romane Görings und Himmlers Gedichte abliefern!"

Aus "Tageszeitung" (BRD)

ihrer wurden zwei Erzreaktionäre und eingefleischte Entspannungsfeinde umworben. Seinen zuvor als "weltbesten Reporter" hochgejubelten Mitarbeiter Heidemann, der die Fälskate beschafft hatte, verklagte Nannen nun bei Gericht, und er "enthüllte": Heidemann hat allerengste Kontakte zu den alten Nazi-Verbrechern in aller Welt. Er stand z. B. im Briefwechsel mit dem Gestapo-Mörder Barbie, mit dem SS-Obergruppenführer Karl Friedrich Wolff, der für seine in Italien begangenen Mordtaten nur deshalb nicht gehängt wurde, weil er sich rechtzeitig dem US-Geheimdienst unter Allen Dulles anbot. Heidemann besitzt die Yacht des "Reichsmarschalls" Hermann

Göring und dessen Marschallsuniform! Das alles gibt Herr Nannen jetzt zum besten — als ob er das erst jetzt erfahren hätte...

Mehr noch: Heidemann hat die "Tagebücher" über Jahre hinweg angekauft — von dem großen Unbekannten natürlich. Der sollte nun in der DDR gesucht werden. Aber es stellte sich schnell heraus, daß der Verkäufer Fischer alias Kujau hieß und in Stuttgart wohnte. Aber noch etwas wurde bekannt: Herr Nannen hat über Heidemann nicht weniger als 8 Mio Mark (!) an den Fälscher bezahlt! Natürlich mit der Erwartung, daß die Veröffentlichung diese Millionen mit Zins und Zinseszins wieder hereinbringen werde.

Wer soll Herrn Nannen glauben, er habe nicht gewußt, daß es Fälschungen sind? In zwei bis drei Tagen haben jetzt die Sachverständigen festgestellt, wie primitiv die Fälscher gearbeitet haben — und das hätte der Stern-Verlag in Jahren nicht feststellen lassen können? Bei einem Objekt, für das Millionen gezahlt wurden.

Es kam schon einiges heraus beim Nachforschen über die Vorgeschichte dieses politischen Gaunerstücks:

Die "Tagebücher" befanden sich zeitweise in den USA, dem Land des Geheimdienstes CIA;

während der Jahre, da der Coup vorbereitet wurde, war auch der englische "Forscher" Irving mit im Spiel, einer der "Kronzeugen" der Nazis für Hitlers "Unschuld";

die SS-Führer, die im KZ Sachsenhausen bei Berlin eine Werkstatt eingerichtet hatten, wo Dollar- und Pfundnoten fabrikmäßig gefälscht wurden, sind auf freiem Fuß. Ihre Wohnsitze sind den Beteiligten bekannt.

Was wird jetzt geschehen? Werden die Fälscher zur Rechenschaft gezogen werden? Werden sie bestraft werden? Keine Sorge! Schon wird bekanntgegeben: An diesen Skandal wird sich nun ein "jahrelanger Rechtsstreit anschließen". Mit anderen Worten: Die Sache wird so lange hin und her geschoben, bis Gras darüber gewachsen ist. Bei der "Aufklärung" von Nazi-Verbrechen ist diese Praxis bekanntlich in der BRD zu einmaliger Vollkommenheit entwickelt worden.

Inzwischen gibt eine andere Wochenschrift bekannt: Sie beginnt mit der Veröffentlichung einer "Dokumentations-Serie" über "Kriegsverbrechen der Alliierten an Deutschen". Diesmal wird man die Echtheit der "Zeugenaussagen" wohl nicht nachprüfen lassen. Es sei denn, die Öffentlichkeit erzwingt dies.

Emil CARLEBACH
bundesdeutscher Publizist
Worowski-Preisträger

Frankfurt am Main

NZ

KOMMENTAR

ERPRESSUNG ZIEHT NICHT

Am 17. Mai wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklearrüstungen in Europa wieder aufgenommen. Kürzlich unterbreitete die Sowjetunion neue Vorschläge, die die Verhandlungen aus der Sackgasse, in die sie Washington gebracht hat, herausführen könnten. Die westeuropäische Presse fragt besorgt, ob sich denn auch dieses Mal keine Fortschritte einstellen werden.

Unterdes geht die US-Administration, die die Proteste demonstrativ ignoriert, an die Verwirklichung des Planes zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Bald kommt US-Verteidigungsminister Weinberger nach Bonn — mit dem "detaillierten Zeitplan für die Stationierung der Nuklearraketen" in der BRD — der ersten 18 Pershing 2. Auf den britischen Stützpunkten treffen bereits US-Kontingente zur Wartung der Cruise Missiles ein. Derartige Handlungen Washingtons sind reine Erpressung — ein Mittel, wovon die Reagan-Administration off Gebrauch macht, um ihre militaristischen Ziele zu erreichen.

Wen will Washington erpressen! Die Völker der sozialistischen Gemeinschaft haben ihre guten Nerven vielfach bewiesen. Ihre Zuversicht gründet sich auf das beeindruckende Wirtschafts- und Verteidigungspotential. Nicht aus Schwäche heraus meint die Sowjetunion, es sei noch nicht zu spät für eine vernünftige Vereinbarung. Doch die Verwirklichung der US- und NATO-Pläne kann die sozialistischen Länder zu Gegenmaßnahmen zwingen. Dieser Gedanke wurde in der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, am 19. Mai besonders deutlich: "Sollten wider jede Vernunft neue amerikanische Mittelstreckenraketen auf dem Territorium der BRD und anderer westeuropäischer NATO-Länder auftauchen, dann wird die DDR, getreu ihrer Bündnisverpflichtung in der sozialistischen Militärkoalition, die für sie erforderlichen Maßnahmen ... ergreifen."

Die sozialistischen Länder lassen sich nicht erpressen. Das sollte man sowohl in Washington als auch in den westeuropäischen Staaten wissen, die der Stationierung von US-Nuklearraketen auf ihrem Territorium zustimmen.

L. MIRONOW

SPIONAGETRIO

Die australischen Geheimdienste legen Geheimakten über jeden Parlamentsabgeordneten des Bundesstaates Queensland an, meldete kürzlich die "Australian Financial Review". Selbst das Telefon des Premiers des Bundesstaates wird abgehört. Und die Zeitung "Age" brachte kürzlich eine Liste von Fragen, die Offiziere des australischen Sicherheitsdienstes und der Spionageorganisation ASIO Bewerbern für den Staatsdienst stellen: "Wie verbringen Sie Ihre Freizeit?", "Gehören Sie irgendwelchen Organisationen an?" und "Würden Sie eine Touristenreise in sozialistische Länder unternehmen, und wer reist ihrer Meinung nach dorthin?" Nach den Antworten werden dann Schlüsse über die Zuverlässigkeit des Befragten gezogen. Kürzlich versuchten zwei Laborabgeordnete des Bundesstaates Victoria, den Geheimnisschleier über dem Spionageapparat zu lüften. Ihrer Meinung nach "wurden Hunderttausende australische Bürger durch die ASIO seit deren Gründung eingeschüchtert".

Diese Eingeständnisse sowie Publikationen über die Tätigkeit der australischen Geheimdienste lösten besondere Beunruhigung in ... Washington und London aus. Und nicht ohne Grund. Einem Geheimbericht zufolge, der einem Journalisten der "National Times" in die Hände geriet, versorgte die ASIO die CIA mit kompromittierenden Angaben über namhafte australische Politiker und hochgestellte Staatsbedienstete, deren politische Ansichten Washington mißfielen. Diese Politiker suchte die CIA mit Informationen der ASIO zu

erpressen, um ihnen die Karriere zu verderben.

Nicht wenige "Gefälligkeiten" erwies die australische Spionage auch dem britischen Secret Intelligence Service (SIS). Letzterer übergab den australischen "Kollegen" seine Fernost-Karte mit Angaben über "potentielle Agenten".

So übernahmen die Australier für die Briten die Durchführung aller Spionageoperationen auf den Philippinen, nachdem 1966 die SIS-Filiale in Manila geschlossen worden war. Die britische und die australische Spionage benutzen gemeinsam die geheime Funkstation in Darwin, über die die Geheimdienste beider Länder ihre "Sonderoperationen" koordinieren.

Offenbar nicht ohne Washingtons und Londons "Ratschläge" haben die australischen Rechtskreise jetzt eine Hexenjagd auf Laboranhänger entfesselt, denen sie fast die Verletzung von Staatsheimnissen vorwerfen. Ist ja das saubere Spionagetrico gefährdet.

N. ALEXANDROW



Die Reagan-Administration, die dem Westen eine Beschränkung der Geschäftsverbindungen mit den sozialistischen Ländern aufzuzwingen sucht, beerdigt den internationalen Handel

Zeichnung: W. Tschakiridis

WAS DER „OF FORTUNE“

Was sucht der "Soldier of Fortune" (wie diejenigen, auf einem Reklamefoto für gleichnamige Zeitschrift porren) in Laos? Wie es heißt: "Lager kriegsgefangener Amerikaner". Ein Lager, das es gibt. Doch diese fixe verfolgt gewisse Leute in USA.

Doch nicht die Angehörigen amerikanischer Soldaten, nach Beendigung der Indochina-Aggression nicht rückkehrten. Die Regierung VDR Laos unterstützt

„HARMLOSER“ AUSSCHLAG

An einem Märzorgen des Jahres 1965 empfing der US-Konzern Dow Chemical Konkurrenten von der Hooker Chemical, der Diamond Alkali und der Hercules Powder. Nach einer höflich-kühlen Begrüßung erklärten die Dow-Vertreter: Im Konzernwerk von Midland

(Bundesstaat Michigan) seien Dioxin-Vergiftungen festgestellt worden. Bei 64 Arbeitern sei ein Ausschlag aufgetreten. Die Konkurrenten waren also gewarnt. Doch keineswegs, um die Produktion einzustellen oder etwas für die Sicherheit der Arbeiter zu tun. Die Dow wollte nur einen Skandal vermeiden, und dafür war es am sinnvollsten, sich gemeinsam mit den interessierten Konzernen auszuschweigen.

GESTRIGE, HEUTIGE

Die BRD-Zeitschrift "Weltbild" druckt gewöhnlich Ratschläge für Hausfrauen, Diätrezepte, Krimis, Stories über populäre Sänger und Schauspieler. Und nur selten — zudem äußerst primitiv — etwas Politisches. Doch in einer der letzten Nummern stürzte sich das Blatt plötzlich in die Politik, zudem in die große: Es brachte eine Meldung über eine "Dokumentation" zu angeblichen Verbrechen gegen Deutsche.

Worum es geht! Vielleicht um die Verbrechen der Nazis an deutschen Antifaschisten! Keineswegs. Gemeint sind

"Verbrechen der Russen, Polen, Tschechen", d. h. von Völkern, die durch die faschistische Aggression Millionen ihrer Söhne und Töchter verloren. Angeblich trügen die anderen Völker die gleiche Schuld an den Verbrechen im zweiten Weltkrieg und deshalb dürften Hitler und seine Spießgesellen nicht als die Hauptverbrecher des 20. Jh. angesehen werden.

Die Hetzschrift füllt 7 Bände. Jeder enthält "Erinnerungen" ehemaliger Massenmörder, dubiose Fotos, "Augenzeugenberichte" und andere "unwiderlegliche" Beweise. Das Ziel ist klar: die Sowjetunion zu ver-

leumden, nationalistische Stimmung und Haß auf die "Nachbarn im Osten" zu schüren.

Die "Ewiggestrigen" in der BRD wollten ihr Opus schon seit langem veröffentlichen. Doch in den 70er Jahren wurde daraus nichts. Damals erklärte Gerhard-Rudolf Baum, parlamentarischer Staatssekretär im BRD-Innenministerium, in Beantwortung einer Bundestagsanfrage des CDU/CSU-Oberbundes Windelen, der die Veröffentlichung dieser Schmähschrift zu erreichen suchte: Nach Meinung der Bundesregierung entspreche die Veröffentlichung dieser Dokumentation nicht den Zielen der bundesdeutschen Außenpolitik, die auf die Ver-

SOLDIER "SUCHT

US-Mission, die im Lande eintraf, um nach den sterblichen Überresten amerikanischer Militärangehöriger zu suchen. Nein, gemeint sind die US-Sonderdienste, die unter diesem Vorwand Laos zu einem Objekt von Diversions- und Spionageoperationen machten. Kürzlich wurde eine derartige Geheimoperation unter dem Codenamen "Lazarus" skandalös berühmt. Sie wurde von James Grietz, einem "Veteran" und Anführer von Geheimoperationen in Laos, einem Ex-

Oberstleutnant der Green Berets geplant. Grietz und Co. imitierten im Dschungel von Laos den Einsatz von Giftstoffen durch die Sowjetunion und Vietnam. Doch welch Pech: Das "Beweis"-Unterfangen wurde entlarvt. Und auch das er-

wähnte "Lager" kann nicht aufgespürt werden. Wie die "Washington Post" schrieb, "hat niemand bislang irgendwelche Beweise dafür vorgelegt, daß sich US-Kriegsgefangene nach wie vor in Indochina befinden".

Bekanntlich überstellte die Regierung von Laos alle überlebenden US-Kriegsgefangenen an die USA, zudem noch bevor Washington eine entsprechende Bitte an Vientiane geäußert hatte. Die Abenteuer in CIA-Diensten aber können es einfach nicht lassen.

W. GRISCHIN

Foto aus:
"Telegraph Sunday Magazine"
(Großbritannien)



s wußten die hafter noch wenig über lichen Folgen des Dioxin. ie Jahre später setzten die en in Vietnam das Entlau- tel Agent Orange ein, das athält.

ow sollte sich, was das en ihrer Konkurrenten an- icht geirrt haben. Die g ging weiter. Ende der waren ganz Midland Fische in 10 Flüssen des

mit anderen Völkern sei.

m hat sich in Bonn der chsel vollzogen. Win- urde in der Rechtsre- "Bundesminister für tsche Beziehungen" an die Verwirklichung angehegten Absicht. alf ihm BRD-Innenmi- riedrich Zimmermann, Veröffentlichung der ente" absignete.

EWiggestrigen" regen von der neuen Regie- rsprochene "geistige Wende" der BRD von ihnen eindeutig t: die Vergangenheit Kopf zu stellen. Offen- en ihnen dabei auch tigen in Bonn helfen.

N. SHOLKWER

Bundesstaates Michigan von Dioxin verseucht. Bei den Einwohnern sind Schilddrüsenerkrankungen nicht selten.

Die Dokumente von vor 15 Jahren kamen erst bei der Vorbereitung auf einen Prozeß zutage, den Vietnamkriegsveteranen und ihre Familien gegen die Erzeuger des "Agent Orange" anstrebten. Da beeilten sich die Konkurrenten einzugestehen: Die Dow fürchte vor allem eine Kongreßunter- suchung.

Und die Dow selbst? "Es gibt absolut keinerlei Beweise dafür, daß Dioxin die Menschen schädigt — außer einem harmlosen Ausschlag", versicherte kürzlich der Konzernvorsitzende Paul F. Orefice in einem TV-Interview. Als hätte es das internationale wissenschaftliche Symposium in Ho-chi-Minh-Stadt nicht gegeben, wo 70 Wissenschaftler aus 20 Ländern zu dem Schluß kamen: "Agent Orange" und seine Komponenten fügen den Menschen schwerste Schäden zu. Als könne man die Ergebnisse der medizinischen Untersuchungen der Einwohner der dioxinvergifteten Stadt Times Beach beiseite schaffen: Bei vielen von ihnen wurden Störungen des Blutbildes, der Nieren- und Leberfunktionen konstatiert...

L. JELIN

FIGURA NON GRATA

Eduardo Almiron, ein 47jähriger Argentinier, der seit 1975 in Spanien lebt, leitete in den vergangenen 6 Jahren den Sicherheits- und Leibwächterdienst des Vorsitzenden der rechtsradikalen "Volksallianz", Manuel Fraga Iribarne. Almiron's dienstlicher Eifer wurde vereinbarungsgemäß bezahlt, doch Popularität hatte er wirklich nicht erwartet. Deshalb war er nicht gerade begeistert, als die spanische Wochenschrift "Cambio 16" ihn vorstellte.

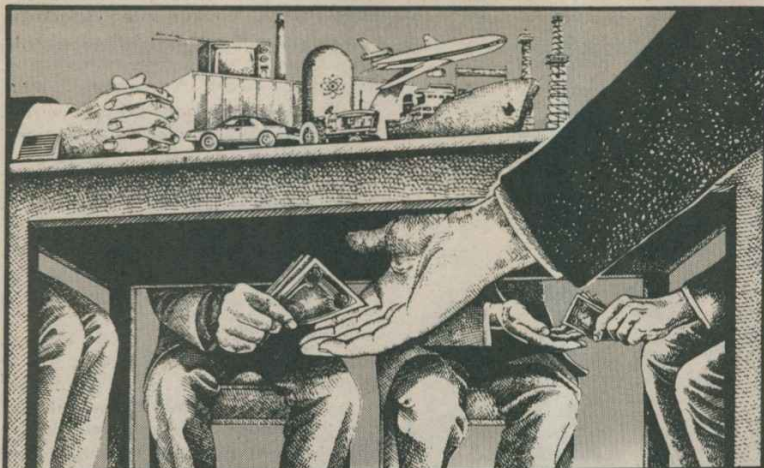
Die Zeitschrift widmete Almiron's Biographie, weitgehend dokumentarisch belegt, ganze drei Nummern. Sie bekräftigten Almiron's Mitwirkung im "Todeschwadron AAA" ("Antikommunistische Allianz Argentinens"), die Folterungen, Morde und Entführungen von über 2000 Menschen verübt hat. Die Dokumente belegten Almiron's Kollaboration, bereits von Spanien aus, mit

der "Portugiesischen Befreiungsarmee", die Mitte der 70er Jahre einen konterrevolutionären Umsturz in Portugal plante, sowie dessen Komplizenschaft bei dem versuchten Militärputsch in Spanien vom Februar 1981.

Almiron ging zum Angriff über: Er verklagte die Zeitschrift wegen "Verleumdung". Daraufhin wurden die beiden letzten Hefte beschlagnahmt.

Iribarne aber zog diese dubiose Gestalt zurück, weil er meinte, sie werde kaum Sympathien für die Rechtsopposition wecken. Bei den kürzlichen Gemeindewahlen hat das den Rechten keine zusätzlichen Stimmen gebracht, doch im Wahlkampfummel wurde der "arme" A. irgendwie vergessen. Die bürgerliche Presse befaßte sich lieber mit einer anderen Frage: Gelten die "bürgerlichen Freiheiten" für sie im gleichen Maße wie für die Rechtsradikalen!

N. JERSCHOWA



SPIEL OHNE REGELN

- EDVA IM KOPPLUNGSGESCHÄFT
- LADENHÜTER ABSETZEN
- SCHMIEREN Hilft
- DIE MULTIS UNTER SICH

"Verbrechen, die in Firmenbüros begangen werden, erregen heute ebensoviel Aufsehen wie früher Morde." So eröffnete das US-Magazin "Fortune" einen Artikel über die spezifischen Umgangsformen amerikanischer Konzerne.

Der Konkurrenzkampf wurde noch nie mit ausschließlich legalen Mitteln geführt. Als die Hauptrolle im Welthandel an die transnationalen Konzerne (Multis) überging, machten sich gesetzwidrige Praktiken besonders breit. In den letzten 10 Jahren wurden 115 von den 500 größten US-Konzernen zumindest wegen eines schweren Verbrechens abgeurteilt oder aber für verschiedene Machenschaften mit Bußen belegt. Unter den 25 Riesen mit einem Jahresumsatz von 15 Md. bis 108 Md. Dollar wurden noch mehr solche Praktiken registriert.

Durch Preis abwürgen

Die "Preiskriege" sind schon aus der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus bekannt. Indem die Gesellschaften den Preis für ihre Waren überhöhen, erhalten sie den Monopolprofit, und wenn sie den Preis künstlich niedrig halten, verdrängen sie die Konkurrenz vom Markt.

Heute ist besonders letztere Methode im Schwange. Die größten japanischen elektrotechnischen Firmen, die auf die Beherrschung des

Weltmarkts für Speicheranlagen reflektieren, lieferten im März 1980 das Gerät 64 K RAM zu 28 Dollar pro Stück, Ende des folgenden Jahres aber zu je 8 Dollar. Mit diesem Preissturz wollten die Japaner die US-Firmen um ihre Profite beim Absatz einer ähnlichen Anlage bringen und sie niederkonkurrieren. Das ist bei weitem kein Einzelfall. Anfang 1981 verklagte die EG-Kommission zahlreiche US-amerikanische, kanadische und skandinavische Zellstoffexporteure auf einmal. Sie hatten im Laufe von 10 Jahren die Preisgestaltung für ihre Erzeugnisse in den EG-Ländern unterboten und so die dortigen Firmen an die Wand gespielt.

Die gemanagte Preisbildung durch die Monopole hat in einigen westlichen Ländern das Mißtrauen gegen das Handelsdumping verstärkt und zu einer Verhärtung der entsprechenden Gesetze geführt, die bisweilen auf beliebige Billigimporte angewendet werden. So wurden in den USA 1975-1978 insgesamt 86 Untersuchungen gegen das Dumping eingeleitet, während es in den vorangegangenen drei Jahren nur 47 waren; in den EG-Ländern, einschließlich Großbritanniens, betrugen die entsprechenden Zahlen 71 und 19.

Doch mit Preisen allein ist es im Konkurrenzkampf nicht immer getan. Deshalb greifen die Monopole auch zu drastischeren Mitteln. So liefern

sie die Ware manchmal nur dann, wenn der Importeur bestimmte Bedingungen einhält.

Die IBM, Elektronikgigant der USA, wurde von EG-Stellen 1981 verklagt; es ging um 2,3 Md. Dollar. Beim Absatz elektronischer Anlagen zwang die IBM ihre Kunden zu einer Art Kopplungsgeschäft: zum Ankauf von Mitteln zur Programmierung der Anlagen, und zwar zu einem gepfefferten Preis. Andernfalls würde sie, hieß es, die technische Wartung ihrer EDV-Anlagen nicht übernehmen.

Kein Mittel zu schlecht

Nicht selten weigern sich die Multis, den Firmen in anderen Ländern die für eine Produktion notwendigen Werkstoffe zu liefern, oder sie verzögern die Lieferungen absichtlich. In Brasilien z. B. mimten US-amerikanische und italienische Monopole Störungen bei der Versorgung der dortigen elektrotechnischen Firmen mit Kupferdraht. Die Firmen machten Pleite und wurden von ausländischen Gesellschaften geschluckt.

Besonders oft wird den Multis vorgeworfen, daß sie bei ihrer Profitjagd notorisch unbrauchbare, ja sogar schädliche Waren ausführen. Im Herbst 1981 veröffentlichte der Ausschuß "Public Advocates" (eine Organisation der Öffentlichkeit zum Schutz der Verbraucher) in den USA einen Bericht mit zahlreichen Beispielen dafür, wie US-Firmen jahraus, jahrein in die Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Tausende Tonnen Chemikalien, Pharmaka und Agrarzeugnisse exportieren, deren Verkauf in den USA selbst verboten ist. Im Bericht werden 350 Artikel für insgesamt eine Md. Dollar genannt. Ferner ist darin die Rede von dramatischen Folgen der Anwendung von importierten Präparaten, die Massenvergiftungen bei Menschen sowie Tierseuchen in mehreren afrikanischen Ländern verursachten. 1978 wurden in den USA Fertigung und Absatz von Kinderpyjamas, die mit einem kanzerogenhaltigen Präparat behandelt waren, verboten. Über 2,4 Mio solcher Schlafanzüge hätten vernichtet werden sollen, doch wußten clevere Geschäftsmacher sie aus dem Lande auszuführen und in Entwicklungsländern an den Mann zu bringen.

Weit verbreitet hat sich in den letzten Jahren die Wirtschaftsspionage. Nicht von ungefähr stieg die Nachfrage nach Chiffriermaschinen zum Kodieren der Geschäftspapiere, des internationalen Briefwechsels und der Angaben über das Geschäftsgebahren. Immer häufiger werden Unternehmer bestochen,

desgleichen Angestellte staatlicher Einrichtungen, die als Auftraggeber auftreten.

Zahlreiche Skandalaffären aus den 70er Jahren in den USA, westeuropäischen Ländern und in Japan zeugen davon, daß die Verbrechermethoden im Welthandel unter den Großunternehmern eher schon Norm als Ausnahme sind. In Italien wurde 1980 sogar ein Gesetz verabschiedet, das die Prämie seitens der Firma legalisiert, wenn ihr im Ausland ein Auftrag vermittelt wird. Die mit dem Big Business liierten US-Kongreßmitglieder ihrerseits wirken darauf hin, daß zum Gesetz über das Verbot der Bestechung ausländischer Amtspersonen Zusatzanträge angenommen werden, die das Gesetz faktisch aufheben.

Besonders große Möglichkeiten für allerlei Machenschaften gibt die Beteiligung von Firmen an Monopolvereinigungen. Ein bewährtes Mittel sind Kartellabkommen, die viele internationale Märkte der einen oder anderen Ware kontrollieren. In den meisten kapitalistischen Ländern bestehen mehrere Dutzende, in einigen Ländern über 100 Kartelle (130 in Großbritannien, über 220 in der BRD, rd. 500 in Japan). Diesen Weg des Konkurrenzkampfes gehen hauptsächlich internationale und Exportkartelle, weil ihre Tätigkeit nicht unter die gegen Kartelle gerichteten Regierungsmaßnahmen fällt und im Rahmen der Exportstimulierung sogar gefördert wird. Die Kartellteilnehmer koordinieren ihr Vorgehen auf dem Markt meist durch Abstimmung von Exportpreisen, Verteilung der Lieferungen unter sich und Anlegung eines gemeinsamen Fonds zur Bekämpfung der Konkurrenz.

Ein typischer Fall solcher Vereinigungen ist der Internationale Verband der Betriebe für elektrische Ausrüstungen, dem Ende der 70er Jahre ca. 40 Mammutgesellschaften der westeuropäischen Länder und (als assoziierte Mitglieder) einige japanische Firmen angehörten. Die Kartellmitglieder verpflichteten sich, einander über alle Angebote von Warenlieferungen zu informieren, um ihre Handels-, insbesondere aber ihre Preispolitik abzustimmen.

Nicht selten haben die Kartelle keinen rechtsgültigen Status. In Brasilien werden seit mehr als einem Vierteljahrhundert 50% aller Glühbirnen durch die US-Gesellschaft General Electric, 30% durch die Philips und der Rest durch die OSRAM und die Sylvania Electric Products realisiert. Vertreter dieser ausländischen Firmen kommen alle drei Monate zusammen, um Informationen auszutauschen und die Absatzquoten abzustimmen. Ein Ergeb-

nis ist das ständige Wachstum des Glühbirnenimports in Brasilien, obwohl diese Erzeugnisse auch im Lande selbst produziert werden könnten.

Immer wichtiger sind im Welthandel auch die internationalen Messen, auf denen etwa ein Drittel der Lieferungen an Maschinen und Ausrüstungen der ganzen Welt realisiert wird. Beim heutigen Grad der Marktmonopolisierung treffen die Gesellschaften ohne weiteres Abmachungen hinter dem Rücken der Messeveranstalter, um die Preise von Abschlüssen zu überhöhen oder die entsprechenden Aufträge einem bestimmten Lieferanten zuzuspielen.

Potenziierter Raub

Das Bild der geschäftlichen Kriminalität wäre unvollständig, hätten wir die von den Multis praktizierten Methoden des Spiels ohne Regeln nicht erwähnt.

Ihnen genügen die "herkömmlichen" Mißbräuche nicht, und so suchen sie nach neuen, profitableren Tricks, die vom Standpunkt der geltenden Normen des Zivil- und Kriminalrechts nicht so anfällig sind. Da die Multis ein eigenes Netz von Unternehmen haben, die Produktion, Absatz und Dienstleistungen praktisch in der ganzen kapitalistischen Welt betreiben, sind ihre Möglichkeiten schier unbegrenzt. Die breite Öffentlichkeit erfährt von den gesetzwidrigen Praktiken der Multis kaum etwas — nicht nur, weil die Leitung der Monopole ihre internen Angelegenheiten sorgfältig geheimhält. Informationen, die die Behörden des einen oder anderen kapitalistischen Landes erhalten können, werden selten publiziert. Häufiger dienen sie als Vorlage für vertrauliche Abmachungen mit den Monopolen, um im Rahmen eines Kompromisses langwierige und kostspielige Gerichtsuntersuchungen zu vermeiden. Aber selbst das wenige, das in die Presse sickert, zeugt von den ungeheuren Rechtsverstößen der Multis.

Hierzu gehört vor allem das Manipulieren der Preise für Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse beim firmeninternen Umsatz. Hier fungieren die Multis als internationale Kartelle: Ihre Hauptquartiere setzen auf administrativem Wege die Preise fest, so daß sie systematisch die Steuerbehörde hintergehen können. Sie liefern die Halbfabrikate einer Filiale zu überhöhten Preisen an eine andere und verringern so deren Gewinne in einem Lande mit hohen Steuern; wenn sie bei solchen Lieferungen für eine Filiale in einem Lande mit niedrigen Steuern die Preise drücken, speichern sie dort die

Gewinne. Das schädigt empfindlich nicht nur die Konkurrenten, sondern auch die nationalen Interessen des jeweiligen Staates, weil dadurch der Exportwert verringert, der Importwert dagegen erhöht wird. Nicht selten verursacht das eine Erhöhung des Außenhandelsdefizits des Landes und den Devisenschwund.

Anfang der 70er Jahre untersuchte die britische Kommission für Monopole, wie die Roche Products, eine Tochtergesellschaft der Schweizer Firma Hoffmann-La Roche (Pharmaka), ihre Preise festsetzte. Die Untersuchung ergab, daß die Muttergesellschaft für den nach Großbritannien importierten Tranquilizer Valium überhöhte Preise festsetzte und jahrelang recht beträchtliche Summen in die Schweiz überwies. Wie festgestellt wurde, hätte der Valium-Preis, wenn bei einem autonomen Lieferanten, z. B. in Italien, gekauft, in Großbritannien 20 Pfund Sterling je Kilogramm betragen, während die Roche Products es zu 922 Pfund verkaufte. Somit erhielt sie 1966–1972 etwa 22 Mio Pfund Sterling Profit, die Steuerbehörde aber erfuhr von nur 3 Mio.

Anfang der 80er Jahre gab es neue Affären in den westeuropäischen Ländern, den USA und in Kanada um die Tätigkeit der Konzerne. Im März 1981 berichtete die kanadische Presse über die erst nach 8 Jahren abgeschlossene Untersuchung der Tätigkeit von Filialen der Erdölfirmen Imperial Oil, Shell, Texaco und Gulf. Gemäß einem Bericht des Sonderausschusses überhöhten diese Firmen 1958–1973 künstlich die Preise für das Erdöl, das in Kanada gewonnen sowie aus den lateinamerikanischen und nahöstlichen Ländern importiert wird. Die Verbraucher zahlten somit einen Überschuß von etwa 12 Md. Dollar.

Ein Monat später gab es eine weitere Sensation. Die US-Zeitschrift "Business Week" berichtete, daß 40 Zollbeamte abkommandiert wurden, um 499 Kisten mit Dokumenten der japanischen Mitsui (die zweitgrößte transnationale Handelsfirma Japans) zu untersuchen. In ihren Zolldeklarationen wies die Firma japanische Stahlzeugnisse als Produktion eines US-Werks in Houston aus und umging somit die hohen Steuern. Außerdem wurde die Firma beschuldigt, fingierte Dokumente über die Schädigung unterwegs befindlicher Waren aufgesetzt (das drückte den Preis besagter Waren und somit auch ihre Besteuerung nach unten) sowie Machenschaften beim Umrechnen des Devisenkurses betrieben zu haben.

Von ihren egoistischen Motiven ausgehend, führen die Multis immer neue Handelsrestriktionen ein. Sie

haben es leichter, den von ihnen kontrollierten Firmen verschiedene Verbote bzw. bestimmte Absatzgebiete, Ankaufs- und Absatzbedingungen vorzuschreiben. Die Multis schließen gern Abmachungen unter sich, um den Markt noch mehr zu monopolisieren, sie stimmen nicht nur den Absatz, sondern auch Produktion und Kapitalanlagen in anderen Ländern untereinander ab. Sie werfen ihr ganzes wirtschaftliches und politisches Gewicht in die Waagschale, um den Regierungen die eigenen Handelsbedingungen, die oft den allgemein anerkannten Normen widersprechen, zu diktieren. Es kommt vor, daß die Multis sich rücksichtslos in den Handel zwischen den Wirtschaftspartnern der Länder unterschiedlicher sozialer Systeme einmischen und Schritte einer Regierung gegen den Ausbau des Ost-West-Handels inspirieren. Man braucht nur daran zu erinnern, wie die sogenannten "Sieben Schwestern" — die Mitglieder des Internationalen Erdölkonzerntums — dagegen kämpften, daß Indien sowjetisches Erdöl importiert; wie auf Anregung der Exxon, einer der "Schwestern", eine schwarze Liste der Schiffe, die Kuba anliefen, aufgestellt wurde und wie die Caltex britische Schiffe nicht bunkern ließ, wenn sie für den Transport kubanischen Zuckers in die UdSSR gechartert waren.

* * *

Auf Initiative der sozialistischen Staaten und Entwicklungsländer wird das Problem des Kampfes gegen die Mißbräuche im Welthandel von UNO-Organen untersucht. Sie haben mehrere Dokumente vorbereitet, darunter einen "Komplex multilateral vereinbarter Prinzipien und Normen der Kontrolle über die Restriktionspolitik im Handel" und Entwürfe von Verhaltensregeln für transnationale Konzerne. Aber die Regierungsverhandlungen über Fragen der Bekämpfung der "Wirtschaftskriminalität" stoßen im Westen auf Widerstand. Eine Verbesserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen würde ja das unkontrollierte Vorgehen ihrer Monopole auf dem Weltmarkt stören. Die imperialistischen Staaten ziehen die Ausarbeitung der entsprechenden Dokumente in die Länge und versteifen sich auf unzählige Klauseln, die den Multis ein Hintertürchen lassen.

Nur konsequente und gemeinsame Aktionen der fortschrittlichen Kräfte, denen es um die Demokratisierung der internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen geht, können wirksame Mittel zum Kampf gegen die rechtswidrigen Praktiken der Multis ausarbeiten.

L. SABELNIKOW

MONROE-DOKTRIN, ABGEWANDELT

Alexander BARYSCHEW

Im letzten Vierteljahrhundert griffen die US-Präsidenten nur 9mal zu ihrem in der Verfassung fixierten Recht, sich an eine außerordentliche gemeinsame Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat zu wenden. Bisher tat das Präsident Reagan nicht — bis er vor einem Monat seine Mittelamerika-Rede hielt.

Viele Beobachter erklärten diesen Schritt aus Verwicklungen in den Beziehungen zwischen Präsident und Kongreß. Ja, die Handlungsweise der Administration ruft dort eine starke Unzufriedenheit hervor. Die "Washington Post" schrieb Ende April: "Amtliche Sprecher der Reagan-Administration geben zu, daß die Öffentlichkeit des Landes kategorisch gegen eine gesteigerte US-Einmischung in Mittelamerika ist." Die Zeitung zitierte einen hochgestellten Mitarbeiter des Weißen Hauses: "Unsere Beziehungen zum Kongreß befinden sich jetzt auf einer abschüssigen Bahn. Nach Ansicht des Präsidenten ist die Öffentlichkeit verwirrt und ohne Verständnis dafür, was in dieser Region vor sich geht; also braucht er eine Tribüne, um sich an die Nation zu wenden."

Diese Tribüne wurde denn auch benutzt. Doch signalisierte Reagans Rede nicht ein erneutes innenpolitisches Zickzack des Weißen Hauses, sondern ein langfristiges Programm für Mittelamerika mit Projektion auf den ganzen südamerikanischen Subkontinent. Mehr noch, das Programm enthält Orientierungspunkte für Washingtons Politik gegenüber allen Entwicklungsländern.

In Mittelamerika gehe es um die nationale Sicherheit aller Länder Amerikas, erklärte der US-Präsident. "Wenn wir uns dort nicht verteidigen können, dürfen wir nicht hoffen, woanders in der Welt die Oberhand zu gewinnen. Das Vertrauen zu uns wäre hin, unsere Bündnisse wären zusammengebrochen, die Sicherheit unseres Vaterlandes wäre gefährdet."

Auffällig ist die absichtliche Schwarzmalerei: Der US-Öffentlichkeit wird partout mit einer nichtexistenten Gefahr angst gemacht. Wichtiger ist jedoch etwas anderes: Der Wunsch, "die Oberhand zu gewinnen", und zwar in jeder Region der Welt, wird zu einer Doktrin erhoben, während das Vorgehen in Mittelamerika als Muster von Washingtons globalem Kurs dienen soll.

Was war der konkrete Anlaß für die vom Reagan-Team im April einberufene gemeinsame Sitzung auf dem Kapitol? Viele

US-Gesetzgeber waren zu dem Schluß gelangt, daß die CIA und das Pentagon durch ihr Vorgehen in Mittelamerika grob gegen die in den USA geltenden Gesetze verstoßen, die die Finanzierung von Operationen zum Sturz rechtmäßiger Regierungen im Ausland verbieten. Die Kongreßmitglieder begannen einzusehen: Wenn sie jetzt nicht auf der Einhaltung dieser Gesetze bestanden, so erhielten der Spionagedienst und das Militäramt die völlige Handlungsfreiheit bei der Führung von Geheimkriegen gegen andere Staaten auch in Zukunft. Die Folgen aber könnten den USA schweren Schaden zufügen.

Der Kongreß war da auch kein unschuldiges Lamm. Seinerzeit nahm er Reagan unbescholen die Erfindung ab, die salvadorianischen Partisanen erhielten Waffen aus Nicaragua, und billigte die Unterstützung der nikaraguanischen Emigranten, wenn auch unter der Bedingung, daß sie lediglich der Einstellung solcher Waffenlieferungen und nicht dem Sturz der nikaraguanischen Regierung dienen solle. Schon im vorigen Dezember wurde ein entsprechender Zusatzantrag Senator Bolands angenommen und dann zum Gesetz erhoben.

Dieses Gesetz ist bisher der Stein des Anstoßes zwischen dem Kongreß und dem Weißen Haus. Die Ereignisse an der nikaraguanisch-honduranischen Grenze mußten ja den Kongreßmitgliedern vor Augen führen, daß die von ihnen gutgeheißenen Bewilligungen ausgerechnet für das ausgegeben werden, was das Gesetz verbietet: für die Finanzierung und Organisation der Versuche, die sandinistische Regierung Nikaraguas zu stürzen.

Ähnlich ist es mit El Salvador. Reagan drückt jedes Jahr neue Gelder für die militärische Unterstützung des salvadorianischen Unterdrückungsregimes durch und erklärt, daß dieses am Tod von Tausenden Menschen schuldige Regime ein Muster an Demokratie in der Region sei und daß die patriotischen Kräfte El Salvadors, die gegen die Tyrannei kämpfen, lauter Terroristen seien. Offenbar vermag er jedoch die US-Gesetzgeber nicht davon zu überzeugen. Sie bestehen auf einer Kürzung der Militärhilfe für El Salvador.

Um also seine Strategie — Unterstützung der Rechtsregimes in El Salvador, Honduras und Guatemala, zugleich aber Destabilisierung der sandinistischen Regierung in Nicaragua — zu untermauern,

erging sich Reagan vor dem Kongreß in haltlosen Vorwürfen gegen Nicaragua, die von den für ihn typischen antisowjetischen und antikubanischen Beschuldigungen begleitet wurden. Er drohte Kuba, Nicaragua, Grenada und der Befreiungsbewegung in El Salvador und forderte im Grunde zu einem Kreuzzug gegen sie auf, darauf hoffend, den revolutionären Prozeß in Mittelamerika und der Karibik zurückdrehen zu können.

Reagan berief sich auf die sattem bekannten "vitalen Interessen", um die imperialen US-Prätentionen zu rechtfertigen: Über diese Region verliefen vom Panamakanal bis Mexiko die lebenswichtigen strategischen und kommerziellen Pulsadern der USA. Ganz deutlich gab er zu verstehen, daß es ihm Grund genug ist, souveränen Staaten ihr Verhalten zu diktieren. Besonders eifrig erläuterte Reagan, warum er das neue Nicaragua ablehnt: Dieses sei "der destabilisierende Faktor" in der Region. Wohlgernekt: trotz des Umstands, daß die nikaraguanische Regierung ein realistisches Programm für die Beilegung der mittelamerikanischen Krise vorgeschlagen hat.

Was mißfiel dem US-Präsidenten an diesem Programm? Nun, darin werden sofortiger und vorbehaltloser Abzug der Somozistas aus Nicaragua, Respektierung der territorialen Integrität und der Souveränität Nicaraguas, Einstellung der US-Spionage mit Hilfe von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen, Verzicht auf die Finanzierung und Organisation offener und geheimer Wühlaktionen gegen die sandinistische Revolution gefordert. Unter Berufung auf die "sowjetische und kubanische Bedrohung" versuchte Reagan wieder einmal, die Wurzeln der akuten Probleme in Mittelamerika und der Karibik zu verbergen und brachte absichtlich Ursachen und Folgen der Konflikte in der Region durcheinander.

Die Rede des US-Präsidenten im Kongreß läßt an die antikommunistische Doktrin von Truman denken, die zur Rechtfertigung der imperialistischen Interventionen in Korea, Guatemala, Santo-Domingo und Vietnam diente. Reagans hysterische Aufrufe, keine Einmischung von außen, konkret: keine "Einmischung der UdSSR", zuzulassen, die zusammen mit Kuba "die Sicherheit Mittelamerikas und der USA bedroht", erinnern uns an die politische Vergangenheit der USA, an den Anfang des 19. Jahrhunderts, als anstelle der kolonialen Besitzungen der spanischen Krone in Südamerika nach dem Unabhängigkeitskrieg lateinamerikanische Republiken entstanden. Im Jahre 1823 formulierte Präsident James Monroe in einer Botschaft an den Kongreß seine Doktrin, die unter dem Motto "Amerika für die Amerikaner" die Unzulässigkeit einer Einmischung der europäischen Mächte in

die Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre verkündete.

Damals spielten sich die USA als deren Verteidiger auf. Sie spekulierten auf die Idee der Vereinigung der amerikanischen Nord- und Südstaaten angesichts der von Europa ausgehenden Gefahr: Der spanische König und seine Verbündeten, die europäischen Monarchen, drohten, gemeinsam die früheren Zustände wiederherzustellen. Der Zweck der Übung war es, die Situation auszunutzen, um allein, ohne Konkurrenten, in Lateinamerika vorzugehen.

Im weiteren hatte Washington immer wieder das Feigenblatt der Monroe-Doktrin parat, um gegenüber seinen südamerikanischen Nachbarn energisch Expansion zu betreiben. Fast jede außenpolitische Aktion, die die Souveränität des einen oder anderen lateinamerikanischen Staates verletzte und eine grobe Einmischung in seine inneren Angelegenheiten darstellte, fand in besagter Doktrin ihre direkte oder indirekte Begründung.

Die Doktrin wandelte sich je nach konkreter historischer Situation leicht um, aber ihr Wesen — Begründung der Ansprüche der US-Imperialisten auf die uneingeschränkte Herrschaft in Lateinamerika — blieb unverändert. Das gilt auch heute. Nur daß die Urheber der US-Politik, ohne erst an Monroe zu denken, seine Doktrin der Zeit angepaßt und ihr ein neues propagandistisches Kleid umgehängt haben.

Früher "warnte" Washington die Mächte der europäischen Heiligen Allianz streng davor, sich in die Angelegenheiten Lateinamerikas einzumischen. Jetzt richtet es solche Warnungen an die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder; es tut sie vollends in Acht und Bann als die auch die Lateinamerikaner ernst bedrohende "Quelle des Bösen" in der heutigen Welt.

Damit verbunden ist ein anderer, wohl der wichtigste Unterschied der Postulate James Monroes von Ronald Reagans Monroismus. Zur Zeit Monroes sahen die USA in Lateinamerika ein Konglomerat schwacher, lediglich formell unabhängiger Staaten, die sich um so leichter unterwerfen ließen. Damals unterstützten sie, wenn auch rein verbal, den lateinamerikanischen Unabhängigkeitskampf. Jetzt dagegen, da die Völker Lateinamerikas einen zweiten Krieg für Unabhängigkeit führen, um sich von der finanziellen und wirtschaftlichen Knechtschaft zu befreien und dem politischen Diktat die Stirn zu bieten, stellt sich Reagan ihnen in den Weg. Mittelamerika ist ein markantes Beispiel dafür.

Übrigens erwies sich die Monroe-Doktrin jedesmal, wenn die Lateinamerikaner wirklich von außen gefährdet waren, als leere Phrase. Dann vergaß Washington die Doktrin vollständig: 1845,

als Argentinien von der britischen und französischen Flotte blockiert wurde, als Peru 1864 zusammen mit Chile, Bolivien und Ekuador in den Krieg gegen Spanien eintrat, als 1861 Frankreichs, Englands und Spaniens Truppen in Mexiko einfielen, usw.

In dieser Hinsicht hat sich auch heute nichts geändert. Denken wir an die Ereignisse im Südatlantik im April und Mai v. J., als Argentinien, ein Bündnispartner der USA aus dem Interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe, von Großbritannien überfallen wurde. Der Vertrag war für Washington damals nur ein Fetzen Papier. Dabei hatten die US-Vertreter bei seiner Unterzeichnung 1947 betont: "In der Monroe-Doktrin erklärten wir, daß jeder Überfall auf jeden amerikanischen Staat südlich von uns als eine den USA feindliche Handlung betrachtet wird. Im Rio-Pakt wurde das zu einer Doktrin der westlichen Hemisphäre entwickelt, worin wir und alle lateinamerikanischen Länder uns übereingekommen sind, jeden Überfall auf einen der Unterzeichner als Überfall auf alle anzusehen."

Wie das Weiße Haus das vor einem Jahr "angesehen" hat, ist bekannt. Die USA hatten den Argentinern keineswegs, ja sie blieben nicht einmal neutral. Washington gab dem Schutz der Interessen seines Hauptverbündeten aus der aggressiven NATO den Vorrang und unterstützte den Aggressor, dessen Streitkräfte in den Wirkungsbereich des Rio-Paktes eindringen, politisch, wirtschaftlich und militärisch.

Vor 160 Jahren, bei der Verkündung der Monroe-Doktrin, erklärte der damalige US-Außenminister John Adams: "Daß die Heilige Allianz auf dem amerikanischen Kontinent einen spanischen Staat wiederherstellt, glaube ich nicht mehr als daran, daß der Chimborazo vom Ozean überflutet wird."

Reagan und sein Team würden wohl nicht fehlgehen, wenn sie die Aussichten ihres Plans zur Abwürfung der Befreiungsbewegung in Lateinamerika ungefähr auf die gleiche Weise einschätzten. Um ihren Plan zu rechtfertigen, kolportieren sie das Lügenmärchen von der sowjetischen und kubanischen Gefahr für die ganze westliche Hemisphäre.

Wozu diese politische Rhetorik? Doch wohl dazu, von der eigenen, offensichtlichen und immer gröberen Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten abzulenken. Mit solcher Einmischung hoffen sie sich Bündnispartner zu sichern, um in Mittelamerika einen aggressiven Kurs zu steuern und den Amerikanern noch einmal mit der angeblichen sowjetischen Gefahr angst zu machen.

JUGOSLAWISCHE WIRTSCHAFTSPROBLEME

Im Referat auf dem April-Plenum des ZK des BdKJ sagte Dragoslav Markovic, Mitglied des Präsidiums des ZK, daß die Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft gewisse Resultate gezeitigt haben. Trotz der äußerst schwierigen Verhältnisse konnte der Export gesteigert und der Fehlbetrag in der Handels- und Zahlungsbilanz verringert werden. In wichtigen Branchen wie Kohlenförderung, Ölverarbeitung, Chemie, Eisenmetallurgie und Kraftwirtschaft hat die Produktion zugenommen.

Andererseits sprach er von ernststen Unzulänglichkeiten der Belieferung von Industrie und Landwirtschaft mit Roh- und Werkstoffen, von der Notwendigkeit enger wirtschaftlicher Verbindungen zwischen den extraktiven und den verarbeitenden Betrieben im Rahmen des gesamtjugoslawischen Marktes und über andere Probleme.

Schwieriger Start

Die Ursachen der Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Stabilisierungsprogramms sieht die jugoslawische

Führung darin, daß auf der Volkswirtschaft ungelöste alte Probleme lasten.

Als die Vorsitzende des Bundesexekutivrats, Milka Planinc, das Fazit für 1982 zog, stellte sie ein Stocken der industriellen Produktion, ein Sinken des Lebensstandards und ein Schrumpfen der Valutarücklagen fest. Sie wies auf die minimalen Warenressourcen auf dem Binnenmarkt hin.

Wie die jugoslawische Statistik ausweist, hatte die Industrie voriges Jahr einen Zuwachs von 0,1% (geplant waren 3,5%). Seit 15 Jahren ist er nie so gering gewesen. Der Export sollte um 8,5% zunehmen, ist aber nur um 0,7% angewachsen, real aber — wenn man das Steigen der Preise berücksichtigt — sogar um 6,7% zurückgegangen. Der Hochinflation konnte nicht gesteuert werden, sie belief sich voriges Jahr auf 30,7%. Die Einzelhandelspreise sollten höchstens um 15% steigen, sind aber um 30% hinaufgeklüffert. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen macht bereits 13,6% der im gesellschaftlichen Sektor Beschäftigten aus und beläuft sich auf mehr als 860 000.



Belgrad. Die Gazela-Brücke

Natürlich konnten auf dem Plenum auch gute Resultate der wirtschaftlichen Entwicklung gemeldet werden. Das Außenhandelsdefizit ist im vergangenen Jahr auf 3 Md. Dollar gesunken (1981 betrug es 4,8 Md.). Allerdings wurde das durch eine wesentliche Drosselung des Imports erreicht, was wiederum die Belieferung der Industrie mit Roh- und Werkstoffen erschwerte. In einigen Industriezweigen ist die Produktion angewachsen, in der Landwirtschaft um 6,9%. Bei günstiger Witterung konnte ein Rekordertrag an Mais — 11,1 Mio t — eingebracht werden. Auch die Ernte anderer Getreidearten, besonders Weizen, war gut. Ebenso die von Obst und Gemüse.

DAS POLITISCHE BUCH

UNVERGESSENES

Warum wird in unserem Land der Sieg, der fast 40 Jahre zurückliegt, noch jetzt jedes Jahr gefeiert? In der ideologischen und psychologischen Atmosphäre des Westens wird diese Frage nicht ohne bösen Hintergedanken gestellt. Da heißt es, die Sowjetbürger hätten kein besseres Gedächtnis als alle anderen Menschen auch, es werde jedoch immer wieder künstlich aufgefrischt.

Vor einigen Jahren gab der Moskauer Korrespondent der "Washington Post" Robert Kaiser dem US-amerikanischen Publikum diese Erklärung. Der junge Mr. Kaiser, für den der zweite Weltkrieg eine in den amerikanischen Schulbüchern nur dürftig behandelte geschichtliche Begebenheit ist, und der ältere Hedrick Smith, Moskauer Korrespondent der "New York Times", kamen damals dem Eilauftrag nach, ein Buch zu schreiben, das den Amerikanern Mißtrauen zur UdSSR und zur Entspannungspolitik einflößen sollte. Bald darauf hatte Kaiser in der Washingtoner Georgetown University eine Diskussion, und da kam wieder die Frage natürlicher und künstlicher Ei-

genheiten des Gedächtnisses zur Sprache. Die Diskussion wurde über einen TV-Kanal ins ganze Land ausgestrahlt, und Millionen Amerikaner sahen, wie peinlich es Kaiser war, als einer der drei sowjetischen Diskussionsteilnehmer, der Schriftsteller Genrich Borowik, nebenbei bemerkte, daß nicht irgendwelche Mittel, sondern die schmerzenden Wunden viele sowjetische Menschen den Krieg nicht vergessen lassen.

Das Gedächtnis der sowjetischen Menschen braucht nicht aufgefrischt zu werden. Es ist wach, und auf ihm beruht unerschütterlich unsere Friedensliebe. Zum Teil daher rührt auch das lebhafteste Interesse für Filme über den Krieg und für Tage- und andere Bücher von Zeugen und Teilnehmern der damaligen Geschehnisse. So ein Buch ist neuerdings im Moskauer Verlag Mysl mit dem Titel "Steile Stufen" erschienen. Der Verfasser ist der bekannte sowjetische Schriftsteller, Politiker und Teilnehmer am öffentlichen Leben Juri Shukow.

Das Buch, das etwas von einer Chronik, einer Reportage, von Erinnerungen an Erlebtes und von einem durch heutige

Betrachtungen über den zeitlichen Zusammenhang ergänzten Tagebuch an sich hat, enthält eine ausführliche und plausible Antwort auf unsere eingangs gestellte Frage.

Für den Aufbau des Buches war ein subtiles Gefühl für die Verbundenheit der Zeiten bestimmend: Der erste Teil — "Vor dem Gewitter" — schildert die Zeit bis zum Einfall der Nazis in der UdSSR am 22. Juni 1941; der zweite — "Das Gewitter" — den Krieg. Menschen, denen ein Krieg aufgezwungen worden ist, können ihn nur als Gewitter und die Zeit vorher als Vorahnung des Gewitters empfinden.

Der Krieg unterbrach die friedliche Arbeit, die gerade erst anfang, die ersehnten schönen Früchte zu tragen. Shukows Buch beginnt mit Erinnerungen daran, wie sich im Mai 1929 Bergleute aus dem Donezbecken mit dem damaligen Leiter der sowjetischen Wirtschaft, Valerian Kuibyschew, trafen. Es war eins der ersten fünf Planjahre. Kuibyschew schilderte den Bergleuten das Entwicklungstempo der UdSSR, ein Tempo, wie es noch kein Land der Welt erlebt hatte. Er sagte: "Wir alle haben keinen anderen Ausweg. Wir müssen uns beeilen, die internationale Lage ist jetzt so..."

Aber selbst in diesem wie nur selten guten Erntejahr mußte die SFRJ rund 500 000 t Weizen importieren. Die Agrar-Industrie-Kombinate und die genossenschaftliche Landwirtschaft haben zuwenig Viehfutter. Wie mir jugoslawische Genossen erklärten, passen die staatlichen Ankaufpreise den Einzelbauern nicht (das sind 2,6 Mio Anwesen mit 83 % des Nutzlandes). Auf dem Lande sieht man öfter leichte Bauten mit Wänden aus Holzgittern. Darin werden ganze Berge Maiskolben aufbewahrt. Die Einzelbauern halten Getreide und Milch zurück, um die Regierung zur Erhöhung der Ankaufpreise zu veranlassen. Manche Wirtschaftsexperten halten diese Forderung für gerechtfertigt, weil Kunstdünger, Landmaschinen, Treibstoff und Schmieröle teuer geworden seien.

Inzwischen mangelt es auf dem Binnenmarkt an Fleisch, Milch, Pflanzenöl und Butter. In den Geschäften sind manchmal Mehl, Zucker und einige andere Lebensmittel nicht zu haben. Deshalb mußte ungefähr die Hälfte der Gemeinden Jugoslawiens die mangelnden Nahrungsmittel und einige Industrieerzeugnisse rationieren.

In Jugoslawien meinen viele, auch Milka Planinc, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämen hauptsächlich von den

übermäßigen Auslandsschulden des Landes. "Unsere diesbezüglichen Zahlungsverpflichtungen haben etwa 10 % des gesellschaftlichen Produkts erreicht. Wir sind selbst schuld daran, daß sie so groß sind." Am 8. Mai erklärte die Regierungschefin Journalisten gegenüber, daß die Jugoslawen "einige Jahre mehr ausgegeben als produziert haben". Nach amtlichen Angaben betragen Jugoslawiens Auslandsschulden rund 20 Md. Dollar, wovon ca. 5 Md. schon im laufenden Jahr fällig werden.

Die Zeitschrift "Danas" (Zagreb) schreibt, daß das Damoklesschwert der Schulden noch immer über Jugoslawien hängt. Nach einer Bemerkung des bekannten jugoslawischen Wirtschaftsexperten Zoran Pjanic haben die Schulden an den Westen "unsere wirtschaftspolitische Manövrierfähigkeit sehr eingeengt".

Nach Ansicht jugoslawischer Genossen ist infolge der alten Hinterlassenschaft auf eine schnelle Sanierung der Wirtschaft, auf ein wesentliches Anwachsen des Exports und auf einen Zustrom der nötigen konvertiblen Valuta nicht zu hoffen. Das bestätigen auch die Tatsachen, die die hiesige Presse anführt. Wegen mangelnder Importrohstoffe sind etwa 10 % der Industriekapazitäten stillgelegt. Viele Fleischwaren- und Butterfabriken

wie auch Heilmittelbetriebe sind nur zur Hälfte ausgelastet. Der Verband jugoslawischer Banken sowie die Banken in Titograd, Kosovo und der Vojvodina haben die ausländischen Gläubiger in Kenntnis gesetzt, daß sie außerstande sind, nicht bloß die Schulden, sondern auch nur die Kreditzinsen termingemäß zu entrichten.

Die Einzelhandelspreise für Fleisch und Fisch sind seit dem 3. Februar um 28--33 % heraufgesetzt. Um den Fehlbetrag von 21,8 Md. Dinar in der Staatskasse auszugleichen, hat die Bundesskupschtina beschlossen, viele Gebrauchsartikel, die im Einzelhandel abgesetzt werden, und einige kommunale Dienstleistungen seit dem 2. April mit einer Abgabe zu belegen. Infolgedessen sind Zucker um 10, Gas um 15, alkoholfreie Getränke und Sportartikel um 17,4 % teurer geworden. Auch die Preise für Textilien, kleine landwirtschaftliche Geräte, Zigaretten, Kaffee und einige andere Waren sind gestiegen. In einem Kommentar zur anwachsenden Teuerung fragte ein Moderator des Belgrader Fernsehens, wie man unter solchen Umständen gegen die Inflation ankämpfen und den Export steigern könne, wo doch die Preise für viele jugoslawische Waren auf dem Binnenmarkt bedeutend höher als die

"Wir gingen sozusagen ungewogene Wege", schreibt Shukow. "Alles war neu: die Traktoren, Autos, Radioröhren, Flugzeuge, Turbinen... Es fehlte an Erfahrungen, an die Maschinen traten kaum des Lesens und Schreibens kundige Menschen in Bastisohlen, und in ungeübten Händen zerbrach Werkzeug. Es gab keine Unterkünfte, mit der Verpflegung stand es sehr schlecht... Uns umgab aber eine wunderbare, geistig ungewöhnlich reine Atmosphäre absoluter Siegesgewißheit."

Der Buchverfasser neigt nicht dazu, jene Zeit schönzufärben. "Nein, es kam alles Mögliche vor, Freudiges und Tragisches, Frohes und unendlich Schweres. Alles in allem aber war das damals eine prächtige Generation. Sie zeichnete sich durch Engagiertheit bei jeder großen und kleineren Staatsangelegenheit aus." Ergriffenheit spricht aus den Aufzeichnungen des jungen Berichterstatters der "Komsomolskaja Prawda" über damals Erlebtes: die Eröffnung der ersten Moskauer U-Bahn-Stationen, den Beginn der Stachanow-Bewegung, die Vorbereitungen zu den für damalige Verhältnisse weltbewegenden Fernflug Tschkalows und Gromows über den Nordpol nach Amerika, die Beteiligung sowjetischer Flieger an der Abwehr der japanischen

Aggression in China, über die Drift des Eisbrechers "Georgi Sedow" in der Arktis, über Begegnungen mit Schriftstellern und Künstlern.

Die damalige Kriegsahnung ist in Tagebuchaufzeichnungen Shukows, in die damalige Zeitungsnachrichten eingestreut sind, bildhaft veranschaulicht.

Die Wahrheit über den Krieg — wie ist sie? Manchmal kann man sie nicht gleich wissen. Das vorliegende Buch enthält aufschlußreiche Beispiele dafür. So wurde die Meldung über die Niederwerfung der deutschen Truppen vor Moskau im Winter 1941/42 nicht gleich veröffentlicht, weil man das OKW nicht merken lassen wollte, wie groß die geplante Operation war. Damals wäre es auch fehl am Platze gewesen, manche Beobachtungen zu veröffentlichen, die führende Militärs Reportern mitteilten. So war es, als der Kommandeur einer Panzerbrigade, Michail Katukow, dem Berichterstatter der "Komsomolskaja Prawda" die Schlußfolgerung mitteilte, daß sich in der Mentalität des Gegners eine Wendung andeute.

Näher zum Kriegsende hin verschwanden aus den Massenmedien Meldungen über das Vorrücken von Einheiten der 1. Belorussischen Front in Richtung Berlin, bis sich die Kämpfe im April

1945 in den Außenbezirken Berlins entspannen. Was die Reporter schon wußten oder ahnten, schrieben sie nur in ihre Tagebücher.

In diesen Tagebüchern widerspiegeln sich erste Betrachtungen Shukows über Tatsachen, die erst nach einiger Zeit ihre Erklärung finden sollten: "Eine vage Information liegt vor, daß die Nazis ihr Gold faktisch den westlichen Alliierten in die Hände gespielt haben: In Salinen sind 100 t Gold und viele Devisen entdeckt worden... In dem von den Alliierten besetzten Gebiet sind die Gestapoleute Leiter der Lager geblieben, in denen sich noch immer russische Kriegsgefangene befinden. Was mag das bedeuten?"

Und nun ein Brief, der das Buch abschließt. Er ist von Generaloberst der Panzertruppen und zweifachem Helden der Sowjetunion Michail Katukow aus Berlin an die Redaktion der "Komsomolskaja Prawda" gerichtet. "Wir haben jetzt hier viele Korrespondenten... Sie haben was zu erzählen und den Leuten zu zeigen und es als Lehre für unsere Nachfahren für die Geschichte aufzubewahren."

Juri Shukow ist mit seinem Buch dieser hochsinnigen Mission nachgegangen.

W. RUBZOW

Weltmarktpreise seien, und wie man da dem Sinken des Lebensstandards der Werktätigen Einhalt gebieten könne.

Neue Anleihen!

Fünfzehn kapitalistische Staaten, der Internationale Währungsfonds, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und einige westliche Privatbanken haben sich bereit erklärt, der SFRJ insgesamt 4,5 Md. Dollar neue Kredite einzuräumen. Manche jugoslawische Wirtschaftsexperten hoffen, daß das der Wirtschaft eine gewisse Atempause verschaffen wird. Ein Teil der Valuta soll für die Stabilisierung des Binnenmarkts, namentlich für die Behebung des Mangels an einigen Nahrungsmitteln und notwendigsten Gebrauchsartikeln, verwendet werden. Vor allem aber sollen die neuen Darlehen die Valutarücklagen der SFRJ auffüllen und, wie jugoslawische Wirtschaftsexperten erwarten, Voraussetzungen für eine bedeutende Steigerung des Exports schaffen.

In Belgrad hat man aufgeatmet, als einige westliche Banken die Zahlungen für Anleihen, deren Zahlungstermin demnächst abläuft, stundeten. Bis zum 27. Juni wird die SFRJ nur die Zinsen zu zahlen brauchen.

Viel erhofft man in Jugoslawien von einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit EG-Ländern. Ausländischen Reportern hat Janko Smole, Mitglied des Bundesexekutivrats, mitgeteilt, daß die Ausführung von 140 gemeinsamen Projekten in jugoslawischen Wirtschaftsbranchen wie Landwirtschaft, Elektronik, Maschinenbau, Nahrungsmittelindustrie und einigen anderen mit EG-Ländern vereinbart worden ist. Nach Ansicht der Experten hat die Mitte März in Belgrad abgehaltene sogenannte Arbeitskonferenz von Geschäftskreisen der EG-Länder und Jugoslawiens einiges zur Ausweitung der Handels- und Wirtschaftsverbindungen mit dem Westen beigetragen.

Über die Auslandskredite wird in Jugoslawien viel diskutiert. Die Presse fragt, ob es sinnvoll sei, alle vom Westen angebotenen Darlehen anzunehmen oder sich mit wenigen zu begnügen. Die oft unzweckmäßige Verwendung von Anleihen in früheren Jahren, die Tatsache, daß man das fremde Geld einfach aufaß, bringt viele auf den Gedanken, daß man sich nach der Decke strecken, sich mehr auf die eigenen Kräfte verlassen und sich nicht übermäßig von ausländischen Gläubigern abhängig machen soll.

L. CHARKOW
Eigenbericht

Belgrad

DAS VOLK UND DIE SÖLDNER

- "MILDTÄTIGE BRÜDER" MIT KRIMINELLER VERGANGENHEIT
- DIE "WILDE KÜSTE" WIRD ZUR REPUBLIK
- DIE NEUE MACHT ERSTARKT

Vor kurzem gab es in der Westpresse eine Meldung, die besagte, der holländische Offizier a. D. Melini stelle eine Expedition in die Tropenwälder von Suriname auf. Das tut er im Auftrag der Organisation "Andes Medical Aid", wie die Amsterdamer "Volkskrant" schreibt. Dem Namen nach sollte sich diese Organisation um das Gesundheitswesen kümmern, beachtet man jedoch die Dienstliste der Werber und der von ihnen rekrutierten Söldner, will sie sich mit dem genauen Gegenteil beschäftigen. Im April hat "Andes Medical Aid" bereits die ersten 100 "mildtätigen Brüder" mit Verbrecherbiografie nach Südamerika verfrachtet.

In Holland gibt es noch weitere ähnliche Organisationen: "Der Rat zur Rettung Surinames", "Das Komitee zum Schutz der Demokratie in Suriname" und weitere, deren Bezeichnung ebenso wenig mit ihrer echten Bestimmung übereinstimmt. Sie gedeihen hier, weil Suriname eine ehemalige niederländische Kolonie ist und bis heute rd. 180 000 Surinamer in dem ehemaligen Mutterland leben. Unter ihnen finden sich immer Leute, die gerne jedes Abenteuer mitmachen. Der gleiche Melini übrigens nimmt auch Profisöldner europäischer Abstammung und amerikanische Veteranen aus dem Vietnamkrieg auf, die für ein



Der einstige Präsidentenpalast in der Hauptstadt, heute Regierungssitz

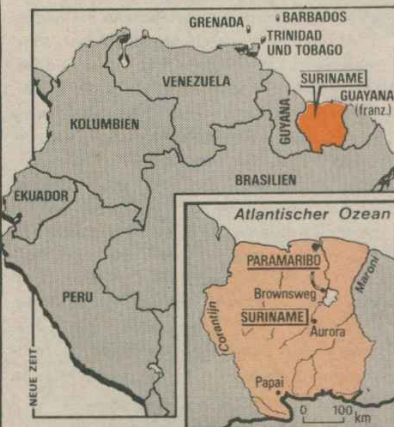
Foto aus der Zeitschrift: "Soberania" (Nikaragua)

anständiges Sümmchen ihre Erfahrungen zur Verfügung stellen.

Die Amerikaner allerdings spielen hierbei weniger die Rolle der Ausführungsgehilfen als vielmehr der Auftraggeber. Hinter diesen ganzen Emigrantenräten und -komitees steht, ohne das besonders zu verbergen, die CIA.

Für die Suriname-Einsätze hat die Reagan-Administration bereits 12 Mio Dollar ausgeworfen. Für diese Summe hofft sie, das Land mit einer vierfach größeren Fläche als Holland und einer Bevölkerung von etwa 400 000 samt seinen reichen Bauxitvorkommen (es ist dabei unter den weltersten), aber auch mit seinem Eisenerz, Nickel, Mangan, Gold und — wie vermutet wird — Erdöl, nicht zu reden von den riesigen Holzvorräten, für sich zu gewinnen.

Die Washingtoner politischen Geschäftemacher wollen jetzt offenbar in noch größerem Umfang den sagenhaft vorteilhaften Betrug wiederholen, den ihre holländischen Vorgänger vor einigen Jahrhunderten begangen hatten. Das war folgendermaßen geschehen. Als erster erreichte der spanische Konquistador Alonso de Ojeda 1499 die Küste Surinames. Doch wußten die Holländer eher als andere die Aussichten der "wilden Küste", wie diese Gegend einst genannt wurde, richtig



einzuschätzen. 50 Jahre nach Ojeda gründeten sie eine Faktorei an der Mündung des Suriname, der dem ganzen Land dann den Namen gab. Aber die "wilde Küste" wurde nicht gleich Niederländisch-Guayana. Das Land wechselte mehrmals den Herrscher, bevor es zur Domäne der "Westindischen Company" wurde. Erst 1667 übergab England mit einem Vertrag das jetzige Suriname gegen die Insel Manhattan an Holland, die vorher Indianern abgehandelt worden war, und zwar, wie ein amerikanischer Journalist meinte, für "einen Haufen Krimskrams mit einem Wert von 24 Dollar".

Allerdings war es für die holländische Krone und ihre wendigen Kaufherren nicht so einfach, die Reichtümer Surinames zu heben. Die indianische Ureinwohnerschaft ging lieber in den Tod, als daß sie sich auf den Plantagen von Zuckerrohr, Mais, Kaffee oder Kakao krumm machte. Die aus Afrika herangebrachten Neger flüchteten massenhaft in die Selvas, wo sie Siedlungen gründeten, und die Kolonialherren mußten so viel daran wenden, sie zu unterwerfen, daß sie gezwungen waren, die Flüchtigen, die "Urwaldneger", noch im 18. Jahrhundert zu Freien zu deklarieren.

Die Arbeitskräftekrise veranlaßte die "Westindische Company" sich um Hilfe an die "Ostindische" zu wenden und Inder, Indonesier und sogar Chinesen nach Guayana zu holen. So kam es, daß die Kolonialherren Suriname, das 1975 nach hartem Kampf die Unabhängigkeit erlangte, nicht nur die Herrschaft der amerikanischen und holländischen Konzerne, vor allem in den wichtigsten Wirtschaftszweigen — Bergbau und Plantagen —, nicht nur Arbeitslosigkeit, Wohnraumkrise und Inflation hinterließen, sondern auch Probleme, die sich aus der ethnischen Vielfalt der Bevölkerung und der daher rührenden nationalen Zwietracht ergaben.

Wie auch in anderen Ländern verließen die Kolonialisten Suriname, um zu bleiben. Die Töchter der zwei Multis ALCOA und Royal Dutch Shell hielten weiter die Bauxitgewinnung und -verarbeitung, 31% des Bruttoprodukts des Landes und 91% seines Warenexports in ihrer Hand. Für die Staatsgeschäfte setzten sie ihren Mann Henk Arron ein, der, wie auch seine Minister und Beamten, vor allem darauf aus war, die "Brosamen" vom Tisch der Multis zu essen.

Am 25. Februar 1980 wurde die Regierung Arron gestürzt. Die rebellierenden Soldaten und Sergeanten bildeten einen Nationalen Militärrat, und seither "lösen die in Paramaribo getroffenen Entscheidungen in den Vereinigten Staaten Beunruhigung

aus, und zwar nicht nur bei den Aluminium-Magnaten Pittsburghs, sondern auch bei den Kuba-Beobachtern des State Department und des Weißen Hauses", wie US-Blätter bemerken.

Der Hinweis auf Kuba ist hier offenbar als Augenauswischerei gedacht. Tatsächlich beunruhigt Washington etwas anderes. Im April v. J. haben die Behörden Surinames offiziell bekanntgegeben, sie wollten eine sozialistische Gesellschaft errichten, und im Dezember erklärte der Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzende des Nationalen Militärrates, der 34jährige Oberstleutnant Daysi Bouterse: "Die Zeit ist reif, eine wirklich revolutionäre Regierung zu bilden, in der die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten ihren Platz finden."

Das eben alarmierte die Regierungskreise der USA und Hollands. In beiden Ländern entstanden konterrevolutionäre Organisationen unter Tarnbezeichnungen.

Danach folgten innerhalb von drei Jahren mehrere von außen inspirierte Putschversuche, und die CIA beruhigt sich noch immer nicht. Die Gründe für das Mißlingen sieht sie offenbar in dem ausgemachten Pech der Konterrevolutionäre. Eine Verschwörung brach zusammen, weil die jungen Offiziere, die von den "mildtätigen Brüdern" angeworben werden sollten, diese bloßstellten. Eine andere wurde von Sicherheitsorganen der Republik aufgedeckt. Eine dritte geriet zwar in das Stadium einer bewaffneten Aktion, jedoch wurden die Söldner von regierungstreuen Einheiten aufgerieben. Dabei hat die Surinamer Armee nur ganze 2000 Soldaten. Den Herrschaften in Washington scheint, es brauche nur noch ein paar Millionen Dollar, noch 200 bis 300 Killerprofis, dann wäre die Sache geritzt.

Die CIA handelte auch innerhalb des Landes, genauso wie einst in Chile. Ihre Agenten aus US-Botschaftspersonal nahmen Kontakte zu etlichen einheimischen Politikern und Gewerkschaftsführern auf. Zwei ganz und gar rücksichtslos vorgehende US-Diplomaten wurden "wegen grober Einnischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, wegen Kontakten mit reaktionären Kreisen, Mithilfe bei der Vorbereitung provokatorischer Streiks" und ähnlichen Aktivitäten ausgewiesen.

In Verletzung höchstselbst unterzeichneter Abkommen stellten die USA und Holland die Lebensmittellieferungen an Suriname ein, weil sie wußten, daß der Republik, obwohl der größte Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt ist, keine vollständige Ei-

genversorgung mit Nahrungsmitteln gelingt.

Die kubanische "Granma" schrieb, die USA versuchten im Einvernehmen mit den Niederlanden die Wirtschaftsbeziehungen Surinames zu anderen Ländern zu blockieren, den Ankauf von Aluminium aus Suriname zu boykottieren, indem sie die versprochene Finanzhilfe einstellen. Suriname konnte jedoch dank seiner Beziehungen zu den lateinamerikanischen Ländern, darunter zu Kuba, aber auch zu anderen sozialistischen Staaten, die Blockade durchbrechen.

Washington gelang es also nicht, die von den Werktätigen unterstützte neue Regierung zu unterwandern, die sich in kurzer Zeit als deren Interessenvertreterin bewiesen hatte. Das Gesetz über die Agrarreform hat bereits 4000 Bauern Boden verschafft. Jährlich werden über 1000 Wohnungen gebaut; nach dem Februar 1980 sehr viel mehr als unter der Regierung Arron. Eine Rentenversorgung wurde organisiert, und für ein geringes Entgelt wird medizinische Hilfe geleistet.

Das Volk Surinames begrüßt die unabhängige Haltung der Regierung auf dem Weltchauplatz sowie deren Bemühen, den nationalen Reichtum zu schützen und das Auslandskapital zu beschneiden. Die soziale Basis der neuen Regierung dehnt sich aus, und ihre Anhänger konsolidieren sich. Schon im November 1981 wurden in einer Revolutionsfront 11 Organisationen vereint: drei Parteien (Revolutionäre Volkspartei, Nationalistische und Revolutionärdemokratische Partei), die Jugendbewegung, die Organisation fortschrittlicher Geisteswissenschaftler sowie alle Gewerkschaften. Vorsitzender der Revolutionsfront wurde Daysi Bouterse.

Als in den Niederlanden und den USA die Söldnerwerbung für die "Suriname-Expedition" anließ, verkündete Bouterse eine landesweite Kampagne, mit der in allen Ministerien und Dienststellen, in den Betrieben und an Lehranstalten "Komitees zur Söldnerbekämpfung" gebildet werden sollten.

Oberstleutnant Bouterse weist die provokatorischen Behauptungen Washingtons bezüglich des Charakters der internationalen Kontakte Surinames zurück und erklärt, seine Regierung stehe fest zur Nichtpaktgebundenheit. Bei der Abreise zur VII. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Delhi verlautbarte er: "Suriname unterstützt den Kampf der Nichtpaktgebundenen gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus und Apartheid, für Frieden und internationale Sicherheit."

LEBENDIG BEGRABEN

Sergej KUSMIN

Vertreter der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Verbrechen der faschistischen deutschen Eindringlinge auf dem Nürnberger Prozeß

Wenn man schon über 70 ist, meint man, keine Grausamkeit in der Welt von heute wird dich mehr in Erstaunen setzen, nahm man doch an der Untersuchung der Verbrechen des Faschismus, dieses Erzfeindes der Menschheit, teil. Aber da versetzt die Wirklichkeit dich erneut in eine Zeit zurück, die man für immer vergangen glaubte. Man liest über die massenhafte Vergiftung palästinensischer Schülerrinnen in Libanon — und sieht im Geiste erneut Lena Dubowa vor sich, ein kleines Mädchen aus dem Getto von Lwow, ein Kind mit graugewordenen Zöpfen, in einem dunkelblauen Tupfenkleid und mit ewiger Trauer in den Augen.

Ich lernte sie 1944 kennen, als Vertreter der Außerordentlichen Staatlichen Kommission zur Ermittlung und Untersuchung der Verbrechen der faschistischen deutschen Eindringlinge. Mit Lena hatte es folgende Bewandnis.

Zusammen mit ihrer Mutter war sie in das Getto von Lwow geraten, aus dem die Faschisten die Einwohner in großen Partien in den Wald zur Erschießung transportierten. Im Wald wurden sie vor einer riesigen Grube aufgestellt und vor den Augen der anderen erschossen. Lena und ihre Mutter kamen an jenem Tag in die letzte Gruppe der Opfer. Die Schüsse versengten und betäubten sie, an weiteres konnte sich Lena nicht erinnern.

Sie kam unter dem Leichnam ihrer Mutter zu sich: Dunkel, die Kälte der Körper, aus denen das Leben schon gewichen war. Überall eine klebrige, blutige Masse. Der Schrecken verlieh dem Mädel eine übermenschliche Kraft, sie arbeitete sich aus dem Massengrab an die Oberfläche. Eine Schulter tat weh, das Kleid starrte vor Blut. Es war schon Nacht, weit vorne schimmerte ein schwaches Licht, und Lena kroch auf sie zu, hoffend, daß es sich dort gute Menschen finden würden. Nach der Befreiung Lwows durch die Sowjetarmee wurde sie von einem Onkel aus Solotschew gefunden. So war sie in diese Stadt gekommen, und nun stand sie vor mir.

Das war vor 40 Jahren. Neue Generationen wurden inzwischen geboren. Aber immer wieder erfährt man: Dort, wo Kriege im Gange sind, werden die Kinder

erneut von den Kriegsschrecken heimgesucht. In Vietnam wurden Kinder zur Zielscheibe strategischer US-Bomber B-52. Bisher leiden die Kinder dort an den Folgen dessen, daß ihre Eltern durch das in den USA hergestellte Gift "Agent orange" und durch Entlaubungsmittel vergiftet worden waren. In El Salvador, wo sich die Diktatur mit US-Waffen zu wehren versucht, werden Kinder zu Waisen und Krüppeln. Überall, wo die Ausbeuterklasse zu einer faschistoiden Diktatur, zu Militärabenteuern, zur Eroberung eines neuen "Lebensraumes" Zuflucht nimmt, sind die Kinder von physischer Vernichtung und von Verkrüppelung bedroht.

Vergilbte Dokumente, die die Verbrechen des Kapitalismus in seiner äußersten, der faschistischen Form fixieren, versetzen mich in die Vergangenheit zurück.

Kinder in Auschwitz

Ich werde die Ansprache der polnischen Schriftstellerin Seweryna Szmagewska auf dem Nürnberger Prozeß im Februar 1946 nie vergessen. Von Oktober 1942 bis Januar 1945 war sie Häftling des entsetzlichen Konzentrationslagers Birkenau, einer Niederlassung von Auschwitz, gewesen. Bei der Verhandlung antwortete sie als Zeugin auf die Fragen Lew Smirnows, damals Gehilfe des Hauptanklägers der UdSSR (heute ist er der Vorsitzende des Obersten Gerichts der UdSSR). Szmagewska betrat den Zeugenstand, schwor, die Wahrheit und nur die Wahrheit zu sprechen, und berichtete über die methodische Vernichtung von Kindern in Birkenau, und zwar nicht nur in den Gaskammern und den Öfen seiner schwarzen Krematorien, sondern auch schon im Mutterschoß.

Sie erzählte, wie die Kinder Arbeiten leisten mußten, die über ihre Kräfte gingen, wie sie diversen medizinischen Experimenten ausgesetzt waren. Aber das war das Los nur eines Teils der eintreffenden Kinder. Die meisten wurden direkt von den Transportzügen, die sie ins Lager brachten, in die Gaskammern geführt. Wenn die SS-Leute sich überlastet fühlten, wurden die Kinder lebendig in die brennenden Ofenschlünde geworfen.

Zur Anklagebank gewandt, auf der die faschistischen Hauptkriegsverbrecher saßen, schleuderte Szmagewska ihnen voller Schmerz und Haß die Worte ins Gesicht:

"Im Namen der Frauen ganz Europas, die in den Lagern Kinder zur Welt brachten, will ich fragen: Wo sind diese Kinder?"

Im Saal war es totenstill. Dieser Ausruf des blutenden Mutterherzens ließ die Anwesenden erstarren. Die Mörder senkten die Köpfe.

Auf derselben Sitzung legte der sowjetische Vertreter Smirnow dem Gericht kurze Auszüge aus einem Bericht der Regierung der Republik Polen als Indiz vor; darin hieß es: "Tausende polnische Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren wurden schonungslos ihren Eltern und Familien entrisen und nach Deutschland deportiert."

Lange vor dem Prozeß entdeckte die Außerordentliche Staatliche Kommission auf dem Territorium von Auschwitz 7 Waggons, die die Deutschen zur Abfertigung nach Deutschland vorbereitet hatten. In einem von Oberscharführer der SS Reichenbach gezeichneten Papier hieß es, daß allein in den 47 Tagen vom 1. Dezember 1944 bis zum 15. Januar 1945 im Lager 99 922 Sätze Kinderkleidung und -wäsche zum Transport nach Deutschland vorbereitet worden waren. Das bedeutete 100 000 getötete Kinder in anderthalb Monaten!

Wie die Untersuchung ermittelt hatte, wurden die Kinder aus den eintreffenden Zügen nach der Selektion kräftigerer Halbwüchsiger direkt in die Gaskammern geschickt. Die am Leben verbleibenden Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren mußten gemeinsam mit den Erwachsenen über alle Kräfte gehende Arbeiten ausfüh-

Kinder aus Auschwitz



ren, Schläge und Foltern ertragen. Sobald sie völlig erschöpft waren, wurden sie getötet. Der ehemalige Lagerhäftling Jakob Gordon, Arzt aus Vilnius, sagte aus: "...Anfang 1943 wurden im Lager Birkenau 164 Jungen ausgewählt und ins Krankenhaus überführt, wo sie durch Karbolinjektionen ins Herz sämtlich vernichtet wurden." Waltraut Bakasch aus Düsseldorf, ebenfalls ehemaliger Häftling, sagte ihrerseits aus: "Im Jahre 1943, als wir das Krematorium Nr. 5 umzäunten, sah ich mit meinen eigenen Augen, wie SS-Leute lebendige Kinder in brennende Lagerfeuer warfen."

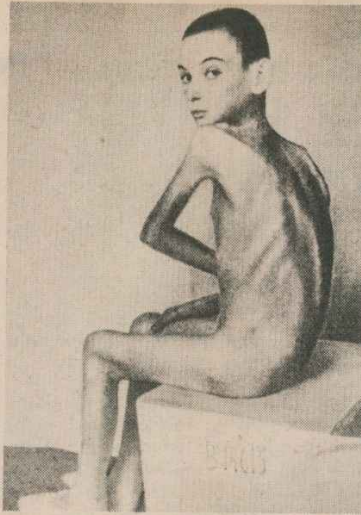
In Auschwitz entdeckte die Kommission unter den befreiten Häftlingen 180 Kinder bis zu 15 Jahren. Sie waren in der zweiten Hälfte 1944 herbefördert worden, hatten sich im Lager also nur 3–6 Monate befunden. Ihr Anblick war grauenregend: Sie waren schmutzig und ausgezehrt, die zu weite gestreifte Sträflingskleidung war zerlumpt. Nach ärztlicher Untersuchung aller 180 Kinder wurde festgestellt, daß 72 Kinder Lungen-Tbc, 49 Kinder Distrophie und 31 Kinder schwere Erfrierungen hatten.

Hier Aussagen von Kindern, die die Sowjetarmee rettete:

"Wir mußten in Gruppen von je 15–20 Mann mit verschiedenen Frachten beladenen Fuhrn statt Pferde ziehen. Am häufigsten transportierten wir Leichen zu einem Spezialblock, von wo sie ins Krematorium gebracht wurden. Wir arbeiteten von 4 Uhr früh bis zum Abend. Ende Oktober 1944 erlegte der deutsche Aufseher, der unseren Block kontrollierte, uns wegen Schmutz eine Strafe auf. Wir waren 150 Personen, die hatten uns draußen vor dem Block aufgestellt und dann in ein Bad geführt, bis auf den bloßen Körper entkleidet, mit kaltem Wasser übergossen und nackt zu unserem Block getrieben, wonach viele Kinder erkrankten."

"Als wir ins Lager, zum 22. Block getrieben wurden, schlug man auf uns ein; besonders grausam waren die deutschen Aufseherinnen."

Kinder, die im Lager zur Welt kamen, wurden von den SS-Leuten den Müttern weggenommen und getötet. Sobald die neuangekommenen Frauen als schwanger identifiziert wurden, provozierte man bei ihnen Frühgeburt. Wenn sie sich dagegen wehrten, mußten sie in die Gaskammer gehen. Zofia Flaks aus Krakow, ehemaliger Häftling, sagte aus: "...Viele Frauen, die ins Lager im August 1943 kamen, hatten Kinder von 5–12 Jahren. Zusammen mit ihren Müttern wurden sie im Krematorium verbrannt. Als ich eintraf, war ich im 7. Monat. Bei der Untersuchung stellte der Arzt König von der SS meine Schwangerschaft fest und schickte mich zur Baracke B-3(Birkenau). Dort befanden sich 65 andere schwangere Frauen. Drei Tage später und dann im Laufe der nachfolgenden vier Tage bekam ich Spritzen, am 5. Tag gebar ich ein Kind, das mir weggenommen wurde. In der Baracke sah ich während meines dortigen Auf-



Der 14jährige Stefan Blejer aus Ungarn im Jahr 1944

Fotos aus dem Archiv der Außerordentlichen Staatlichen Kommission

enthalt 14 ähnliche Fälle. Die Neugeborenen oder die Frühgeburten wurden in unbestimmter Richtung wegtransportiert."

Vor mir liegen Beschreibungen ähnlicher Verbrechen des Nazismus auch in anderen Städten und Dörfern, Verbrechen, die durch ihre Ausmaße, aber auch durch die raffinierten Methoden der Mörder das Blut gerinnen lassen. Kertsch, Kursk, Gebiet Stalingrad, Orjol, Smolensk, Riga...

Sie wußten, was sie taten

Die Nazis gingen mit Methode vor, was noch abstoßender wirkt. In einem Befehl Feldmarschall Keitel, Stabschef des OKW, hieß es: Um die Unzufriedenheit im Keim zu ersticken, müsse man daran denken, daß ein Menschenleben im Osten absolut nichts wert sei und daß man hart durchgreifen müsse, um abschrecken zu können; die Hinrichtungsmethoden müßten die einschreckende Wirkung noch verstärken.

Was das bedeutete, zeigt die Liste von Verbrechen, die von einem der 12 in die okkupierten Gebiete der UdSSR geschickten Polizeibataillone begangen wurden. Zuerst hatte es die Nummer 310, dann hieß es das 3. Bataillon des 15. Polizeiregiments. Im Januar 1943 erbeuteten Verbände der Sowjetarmee an der Woronesch-Front seine Dokumente, darunter das "Kriegstagebuch". Ich möchte hier einige Daten und Aufzeichnungen daraus zitieren:

"Bericht über Aufbau und Einsatz der 11. Kompanie des 15. Polizeiregiments vom 5.—11.10.1942 an das 3. Bataillon des 15. Polizeiregiments: Am 5.10.1942 11 Frauen und 15 Kinder erschossen, am 6.10.1942 30 Frauen und 49 Kinder erschossen. Am 7.10.1942 6 Frauen und 8 Kinder erschossen, am

9.10.1942 16 Frauen und 14 Kinder erschossen..."

"Bericht über Aufbau und Einsatz der 11. Kompanie des 15. Polizeiregiments vom 19.—25.10.1942. In gemeinsamem Vorgehen aller Kräfte wurde eine Operation im Dorf Chmelistschi und Lotusch-Lesnja durchgeführt... Insgesamt 40 Frauen und 60 Kinder erschossen, 21 Höfe verbrannt."

Ich betone: Das sind nur einige wenige Angaben über die Morde an Kindern und Frauen aus diesen Berichten. Alles in allem aber wurden als Ergebnis der "Einsätze" dieses Regiments auf sowjetischem Boden zwischen dem 6. September und dem 24. November 1942 — in nur zweieinhalb Monaten — 44 837 Personen vernichtet.

Un glaubliche Verbrechen wurden in den okkupierten sowjetischen Gebieten verübt. Wir konnten feststellen, daß im Dezember 1942 die Faschisten eine unerhörte grausame Tötung von Tbc-kranken Kindern in den Sanatorien des Kurortes Teberda veranstalteten. Sieben faschistische Soldaten schleppten 54 schwerkranke Kinder im Alter ab 3 Jahren aus dem Sanatorium, legten sie schichtweise in einen Kastenwagen, schlugen die Tür zu und ließen Kohlendioxid ein. Die Leichen wurden in eine Schlucht bei Gunatschgir geworfen.

Ein ebenso schreckliches Los ereilte 214 Kinder aus einem Kinderheim, das aus Simferopol nach Jejsk evakuiert wurde. Wie Zeugen bestätigten, fuhr am 9. und 10. Oktober 1942 mit Planen gedeckte Kastenautos mit hermetisch schließenden Türen am Kinderheim vor. Die eingetroffenen deutschen Soldaten trieben die Kinder gewaltsam in die Lastautos. Die erschrockenen Kinder liefen weinend durch die Straßen der Stadt und riefen um Hilfe. Die Soldaten holten sie ein und schleppten sie zu den Autos. All das geschah vor den Augen von Stadteinwohnern. Die Mörder behaupteten, die Kinder "zur Kur nach Krasnodar" transportieren zu wollen. In Wirklichkeit wurden sie vergast, zum Teil auch lebendig vergraben. Als dieses Grab geöffnet wurde, bot sich der Kommission ein grauenhafter Anblick an. Viele Kinder lagen umarmt, so, wie sie Abschied voneinander genommen hatten.

Nachdem die Sowjetarmee die faschistischen Okkupanten aus Litauen vertrieben hatte, wurden in einem Todeslager in Kaunas folgende Zeilen weiblicher Häftlinge an einer Wand entdeckt:

"Rächt uns! Die Welt muß wissen und verstehen, wie bestialisch unsere Kinder vernichtet wurden... Die ganze Welt muß es wissen und unsere unschuldigen Kinder rächen. Frauen der ganzen Welt! Vergeßt diese Bestialitäten nicht, die im 20. Jahrhundert an unseren unschuldigen Kindern begangen wurden!"

Diese Worte klingen auch heute als Mahnung.

LOTOS AUS NGHIA DO

Michail LJINSKI

To Hoai öffnete die Tür zur Loggia, zündete sich eine Zigarette an und machte es sich in einem Bambussessel bequem. Das Kinn in die Hand gestützt, blickte er auf die roten Ziegeldächer Hanois.

Der Schriftsteller schloß die Augen. Woran er wohl dachte? Vielleicht daran, daß, als Hanoi von den französischen Kolonialisten besetzt war, die Einwohner des Nachbarhauses den illegal arbeitenden Sekretär der Stadtparteiorganisation versteckt hielten. Oder er gedachte der vielen Tage und Nächte des Kampfes gegen die US-Aggression. Trotz der Angriffe unterbrach er seine Arbeit nicht, beendete ein Buch und fing sogleich das nächste an, denn sein Volk hatte Bücher dringend nötig.

Ich war schon früher oft bei ihm und sah, wie der rastlose Mann, ständige Wanderer und Kämpfer arbeitet. Wir sind fast 20 Jahre befreundet.

Der Krieg ist längst vorbei. Abends strahlt Hanoi im Glanz Tausender Leuchten. Die Einwohner der Stadt sehen in ihnen Sterne des erkämpften Friedens. Über sie schreibt To Hoai, Abgeordneter der vietnamesischen Nationalversammlung, Träger eines Nationalpreises und dreier internationaler Literaturpreise, einer von den Begründern des Vietnamesischen Schriftsteller- und Künstlerverbandes. Er hat schon über 70 Bücher herausgebracht: Romane, Erzählungen, Novellenbände, Reportagen, satirische Märchen und Bühnenstücke. Viele von ihnen besitze und schätze ich. Man erkennt aus ihnen, daß der Verfasser die Mentalität der nationalen Minderheiten Vietnams gründlich erforscht hat und ein geduldiger und begeisterter Sammler von Volkssagen, ein Kenner der Bräuche und Charaktere der Einwohner von Hanoi und Umgegend ist.

To Hoai hat natürlich sein ganz persönliches Geschick, es hat aber auch sehr viel mit dem Geschick anderer Revolutionäre und Schriftsteller Vietnams gemein: die Liebe zum Vaterland und seiner

Freiheit und Unabhängigkeit und die Treue zum Sozialismus.

Ich beginne mit einer Zeit, als es den Schriftsteller To Hoai noch nicht gab, sondern als in dem Dörfchen Nghia Do ein Junge namens Nguyen Sen aufwuchs. Als er am 16. August 1920 zur Welt kam, nannten ihn seine Eltern Sen, was Lotos bedeutet. Sie konnten nicht ahnen, daß er ein halbes Jahrhundert später zu den ersten Trägern des internationalen Lotos-Preises zählen würde, der Schriftstellern für Verdienste um die Literatur Asiens und Afrikas verliehen wird.

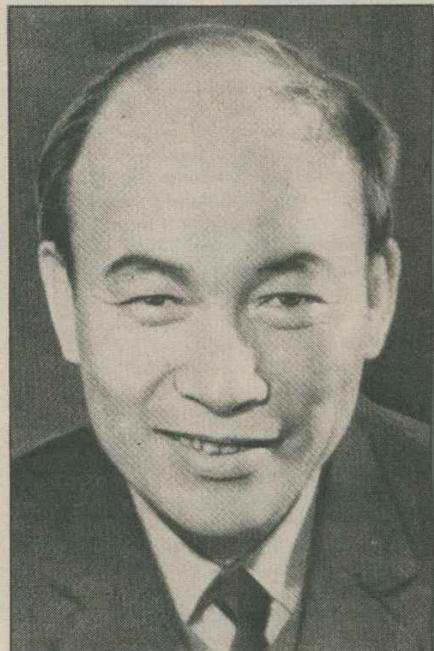
Mit dem Diplom überreichte man ihm 1970 in Delhi 5000 Pfund Sterling. Damals kämpfte Vietnam gegen die amerikanischen Aggressoren, und To Hoai spendete das Geld seinem Land, dessen Volk er sein Leben, seine Gabe und auch sein Pseudonym verdankt. Es besteht aus den ersten Silben der Namen des Flusses To Lich und des Landkreises Hoai Duc, in dem sein Heimatdorf liegt. Seine Freunde nennen es das Dorf To Hoais.

Jahrelang wollten wir immer in seine engere Heimat fahren, aber bald war Krieg, bald wieder war der Schriftsteller auf einer Dienstreise. Endlich konnten wir uns in Nghia Do verabreden, das nur 12 km von Hanoi und nicht weit von dem Deich am Roten Fluß entfernt liegt.

Bei einem kleinen Marktplatz hielt unser GAS-Geländewagen. Ins Dorf gelangt man durch ein steinernes Tor, über das hundertjährige Banyanbäume ihre Äste breiten, deren Blätter — so groß wie Pionierspaten — ein Junge zu sammeln pflegte.

Am Tor erwartete uns To Hoai, wie immer mit einem gütigen Lächeln, trotz des Nieselregens ohne Mütze, den grünen Regenmantel nur über die Schultern geworfen. Den Schriftsteller umringten kleine Jungen, wahrscheinlich seine Großneffen. Er schritt mit uns die reingefegte Dorfstraße entlang und blieb manchmal stehen, um mit Leuten Grüße zu tauschen. Er, für den nichts eine Lappalie ist, gab sich Mühe, mich in allen Feinheiten mit

den dörflichen Sitten und Bräuchen bekannt zu machen. Wir würdigten den vorzüglich gehaltenen Viehhof und die Hühnerställe und lachten über den alten Büffel, dem die Jungen eine Drachenmaske zwischen den Hörnern festgebunden hatten. Prächtigt gedieh das Gemüse in den Gärten, prächtig waren auch die Obstbäume, Bananenstauden und Kokospalmen. To Hoai verweilte an dem von grünbrauner Entengrütze überzogenen Teich und erzählte, er habe hier zu Neujahr nach dem Mondkalender (1983) Fische einiger Arten ausgesetzt.



Vor dem Haus des Ältesten Bruders (wie ihn To Hoai vorstellte und wie auch ich ihn nennen durfte) wurde mir ausführlich erzählt, wie man es baute, wie man die vier Pfähle aus Eisenholz, an denen die Wände befestigt sind, einrammte. Auf dem Dach, wo sich Balken kreuzen, wurde ein besonders starkes Bambusrohr befestigt. Nach altem Brauch geschah das an einem Festtag, und dabei wurde dem Haus und seinen Bewohnern ein zehn- oder sogar hunderttausendjähriges Leben gewünscht.

"Natürlich haben wir noch nicht alles in Hülle und Fülle", sagte To Hoai mit seiner leisen Stimme, "aber so schwer es der vietnamesische Bauer seit Generationen auch hat, er ist immer optimistisch und macht aus jeder kleinen Freude für sich und andere ein Fest. Im Februar z. B. reifen die Bohnen. Das ist ein Fest. Im März reifen

die Auberginen. Das ist auch eine Freude, man kann ja daraus eine Menge schmackhafter Gerichte zubereiten und die Nachbarn dazu einladen. Das Pflügen im April ist ein Fest der Arbeit. Im Mai, beim ersten Regen und beim Reispflanzen, feiern wir das Fest der Hoffnung auf eine gute Ernte. Im Juni reifen prächtige Vai-Früchte. Ist das etwa kein Fest? Im Juli... Im August..."

Im Haus des Ältesten Bruders erinnert den Schriftsteller alles an die Kindheit. Voll Ehrfurcht sprach er von seinen Eltern. Der Vater war Weber. Trotz der kargen Mittel schickten sie den kleinen Sen zur Schule, und dort lernte er Bücher lieben. Nicht von ungefähr nannten ihn die Dörfler, schon als er von der Grundschule abging, einen Schriftkundigen.

"Ende der 30er Jahre versuchte ich, Arbeit zu finden", erzählt To Hoai. "Das gelang mir aber nicht. Einmal wollte ich mich sogar für Schwerarbeit anwerben lassen und nach Frankreich gehen. Aber auch daraus wurde nichts. Der 'Herr Amtsarzt' strich mich als Dystrophiker verächtlich von der Liste.

Ich war zwar schwächlich", sagt er lachend, "aber die Feder konnte ich doch halten, und so fing ich an, für Zeitungen zu schreiben. Damals wurden allerdings nur einige meiner Reportagen und Gedichte gedruckt. Ich ließ mich aber nicht entmutigen. Mit 22 Jahren — 1942 — beendete ich das allegorische Märchen 'Leben, Abenteuer und Heldentaten des tapferen Grashüpfers Men'.

Ich schrieb es in den schweren Anfangsjahren des zweiten Weltkriegs. Die Kolonialzensur strich vieles, weil es ihr zu satirisch war und — wenn auch noch nicht ganz klar — das Streben nach sozialen Umgestaltungen erkennen ließ."

Als Indochina von den japanischen Militaristen besetzt war, schrieb To Hoai für die illegale Presse der Viet-Minh-Front und verbreitete im Delta des Roten Flusses Flugblätter und Zeitungen. 1944 wurde er verhaftet, in Ketten geschlagen und beim Geheimdienst in Nam Dinh verhört. Mangels direkter Beweise wurde er freigelassen, man drohte ihm aber, falls er wieder gefaßt werde, die Erschießung an.

"Wie hätte ich den Kampf einstellen sollen!" sagt er. "Ich sah auf Märkten, Straßen und Chaussees ausgemergelte Menschen und neben Garküchen, in denen japanische Besatzer schwelgten, Verhungerte liegen."

To Hoai hatte endgültig seine Wahl getroffen. In jedem neuen Werk feilte



Der Tempel der Literatur, ein vietnamesisches Baudenkmal aus dem Jahre 1070

Foto des Verfassers

er seine Sprache feiner aus, geißelte er die sozialen Mißstände, die Laster und feudalistischen Überbleibsel.

Im August 1945 siegte in Vietnam die Revolution, aber schon einige Monate darauf fingen die französischen Kolonialisten im Süden der jungen Republik Kampfhandlungen an. To Hoai unternahm eine Dienstreise an die Front, wo der Widerstandskrieg entflammte. Sein Reportagenband "Im Südlichen Trung Bo" war nicht nur das Reiseergebnis, sondern auch eine Beisteuer zum Sieg. To Hoai kehrte nach Hanoi zur Redaktion der Zeitung "Cuu Quoc" (Für Rettung der Heimat) zurück, die sich in der Stadt der "36 Straßen", in der Trommelgasse befand. Dort wurde er in dem unheilvollen Jahr 1946, kurz vor dem allgemeinen Widerstandskrieg, in die Kommunistische Partei aufgenommen.

Im Dezember 1946 verließ der nunmehr kommunistische Schriftsteller mit den letzten Soldaten des Hanoier Regiments, das die Hauptstadt verteidigt hatte, die Barrikaden an der Seidenstraße, ging in den Dschungel und kämpfte bis zum Sieg. In den befreiten Gebieten sammelten sich die besten Repräsentanten der vietnamesischen Intelligenz, Freunde To Hoais: die Schriftsteller Nguyen Tuan, Nam Cao und Nguyen Dinh Thi, der jetzt Generalsekretär des Vietnamesischen Schriftstellerverbandes ist. Ferner Maler und Schauspieler. Mit ihnen trat er weite Fahrten an. Die Front war überall, und überall wurde das Wort der Partei gebraucht.

Er erkrankte an Malaria. Um die Redaktion zu erreichen, mußte er eine Linie im Hinterhalt liegender

Straftrupps durchbrechen. Aber die "Cuú Quoc" erschien ohne Unterbrechung. Für seine Tapferkeit als Frontberichterstatter wurde To Hoai die höchste militärische Auszeichnung, der Widerstandsorden 1. Klasse, verliehen.

Jetzt, über 30 Jahre später, erzählt To Hoai manchmal, wie er unter Geschützfeuer geriet und aus einem Kessel ausbrach, wie er in unmittelbarer Nähe des Feindes illegale Zeitungen und Flugblätter druckte und wie er von seinen Kampfgefährten Abschied nahm. Auch in den Jahren des Widerstandes gegen die US-Aggressoren blieb er der begeisterte Publizist. In Friedenszeiten fühlt er sich nach den Landesgebieten hingezogen, in denen er während des Krieges tätig war. Als er jetzt zu mir kam und auf meinem Tisch die Landkarte mit der eingezeichneten Route der Fahrt ins Landesinnere erblickte, strahlten seine Augen, und er rief aus:

"Ach, nach Nordwesten geht es! Wer dort gewesen ist, der gewinnt die Gegend bestimmt lieb: die Pfahlhütten, die kleinen Bambusbrücken über Schluchten, in denen Bäche rauschen, die Wasserfälle wie riesige Seidenstreifen, die türkisblauen Umrisse der Berge, die schwindelerregenden Gebirgspässe, von denen aus selbst jahrhundertalte Bäume zwergenhaft wirken, die Nebelschwaden, die wie Wellen an Ufer branden. Man fühlt sich da wie ein Vogel. Jede leichte Brise weckt Laute, die an das Rascheln alter Papyrusrollen erinnern. Jedes Dorf hat seine Musik und seine Stimmen, und aus dem Dschungel hallt unaufhörlich das vielstimmige Gezwitscher der Vögel und Zirpen der Zikaden."

Er zündet sich eine Zigarette an und fährt fort:

"Hat man einen Paß erklimmt, dann fühlt man sich als Sieger. Die alten Gebirgler halten es so: Je älter sie werden, desto öfter steigen sie

hinauf. Es heißt, daß sie damit ihr Leben verlängern."

Ich hörte ihm zu und erkannte, daß nur einer vom Nordwesten Vietnams so sprechen kann, der ihn kennt und liebt. To Hoai hat die Sprachen der Thai und der Meo erforscht, ihre Volkslieder, Sagen und Märchen, aber auch moderne Erzählungen gesammelt. Seine Liebe zu dem "weltfernen Gebiet" spricht auch aus dem Zyklus "Erzählungen über den Nordwesten Vietnams", für den ihm ein Literaturpreis zuerkannt wurde.

Aber kehren wir in To Hoais Dorf zurück. Im Haus des Ältesten Bruders steht ein selbstgebafter Schreibtisch. Daran arbeitet To Hoai seit Jahren im Urlaub, gekleidet in die dunkelbraune Tracht der Bauern. An diesem Tisch schrieb er den Roman "Ein Jahrzehnt" zu Ende, verfaßte er Kapitel seiner "Entlegenen Insel" und der "Fremde" und noch vieles andere.

Im Dorf arbeitet To Hoai auch in der Natur. Oft sitzt er auf einem Hocker, an einen alten Banyanbaum gelehnt, und trägt Aufzeichnungen in Hefte oder Notizblocks ein. Schreiben ist für ihn Arbeit und Erholung, es verschafft ihm Befriedigung. An den Abenden sitzt er lange unter Kindern, denn er versteht sie mit ihrem komplizierten, aber stets lustigen Erleben, ihrer Offenherzigkeit und Ehrlichkeit.

Die jungen Männer und Mädchen sehen in To Hoai ihren Mentor. Nach jeder Auslandsreise, die der stellvertretende Generalsekretär des Vietnamesischen Schriftstellerverbands nicht selten antritt, versammelt sich die Jugend im Gemeindehaus, hört ihm zu und betrachtet die mitgebrachten Fotos, Alben und Bücher. Besonders liebevoll erzählt To Hoai vom Lande Lenins.

Ein Bursche aus Nghia Do sagte mir Zeilen aus To Hoais Buch über Leningrad auf, die er besonders liebt: "An jenem Abend summt der Smolny nicht mehr wie ein Bienenstock, fein und still stand er da, und der Lichterglanz schien die Wellen der Nawa widerzuspiegeln. Die Ideale der Revolution sind Wirklichkeit geworden, und der Smolny steht jeden Abend im Lichterglanz, immer, als wäre dort noch jetzt Lenin bei der Arbeit."

Ich wanderte durch die Gäßchen des Dorfes und merkte plötzlich, daß To Hoai nicht mehr an meiner Seite war.

"Seien Sie unbesorgt", sagte jemand. "Sie kennen ihn doch. Er muß unbedingt in jedes Haus hineinschauen und sich erkundigen, wie es den Leuten geht und wem womit

geholfen werden kann. So ist er eben."

Er denkt an alle, auch in Hanoi, wo er in die Nationalversammlung der Republik und in den Volksrat der Stadt sowie zum Vorsitzenden des Volkskomitees seines Wohnviertels gewählt worden ist. Genauso tritt er in die Häuser oder empfängt bei sich Besucher, setzt ihnen Tee vor, hört aufmerksam zu und erteilt ihnen gute Ratschläge.

"Das Leben jeder Straße ist wie das menschliche Leben in Jahre und Monate eingeteilt, es hat seinen eigenen Kalender", sagte To Hoai einmal zu mir. "An den muß man sich halten und muß dafür sorgen, daß es der Straße und vor allem ihren Bewohnern an nichts gebricht."

To Hoai besitzt die wertvolle Eigenschaft, andere zu verstehen, mit ihnen zu fühlen und ihnen zu helfen. So ist er als Schriftsteller und als Mensch. Die bedeutendsten vietnamesischen Literaten schätzen an ihm außerdem das Feingefühl des Prosaiikers und Dichters, des Komponisten und Malers.

Der Kommunist To Hoai versteht es, seine reichen Erfahrungen anderen zu vermitteln. Ich habe es erlebt, wie er mit Nachwuchsschriftstellern und -journalisten arbeitet. Auf seinem Schreibtisch liegen immer Manuskripte solcher, die seinen Beistand und freundschaftlichen Rat brauchen. Für jeden ist der Schriftsteller da.

Jetzt kommen in Vietnam die Vorbereitungen zu einem Schriftstellerkongreß zum Abschluß. Wegen der Kriege und des Ruins konnten die Schriftsteller 20 Jahre lang nicht zusammenkommen, um ihre wichtigsten Probleme zu erörtern. Als führender Schriftsteller Vietnams hat sich To Hoai tatkräftig in die Vorbereitungen eingeschaltet und repräsentiert die Schriftsteller Hanois, der Hauptstadt des sozialistischen Vietnams.

Es ist Vorabend. Hier, in Nghia Do, ist mir nach jahrelanger Freundschaft mit To Hoai endgültig klargeworden, wieso seine Prosa seine vielen tausend Verehrer so sehr anspricht. Hier habe ich selbst die starke Wirkung seines Wortes empfunden, für das er seinen "zahlreichen namenlosen Lehrmeistern", allen, mit denen er täglich in Berührung kommt, dankbar ist.

Wir schlendern noch einmal durch das Dorf. Am Tor sammelt ein kleiner Junge Blätter eines Banyanbaums. To Hoai — der Lotos aus Nghia Do — stand da mit entblößtem Kopf und einem Notizblock in der Hand.

Hanoi

Die Automatisierung der Produktion ist zweifelsohne eines der wichtigsten Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution. Doch in den kapitalistischen Ländern wurde sie zu einem wahren Feind der Werktätigen. Die Bosse in ihrer Profitgier installieren Computer in den Betrieben und werfen die Arbeiter auf die Straße. Automatisierung und Arbeitslosigkeit im Kapitalismus sind miteinander verbundene Begriffe. Anders sieht es in den sozialistischen Ländern aus, wo die Roboter nur der Arbeitserleichterung dienen. Vergleichen Sie die beiden größten Länder des Kapitalismus und des Sozialismus: In den USA gibt es bereits 12 Millionen Arbeitslose; und ihre Zahl wächst ständig, in der UdSSR aber wurde die Arbeitslosigkeit bereits vor einem halben Jahrhundert überwunden. **Fernando CRUCITTI**

Turin, Italien

Mit großem Interesse las ich Wadim Sagladins Artikel "Die unsterbliche Lehre" (Heft 18/83). Die Gegner des Sozialismus schreien in die Welt, der Marxismus sei veraltet. Wo aber sind die Beweise dafür? Die gibt es nicht, und kann es auch nicht geben. Der Sozialismus in unserem Lande besteht bereits das 66. Jahr und überholt die kapitalistischen Länder in vielen Hauptkriterien. Der Sozialismus wurde zu einem Weltsystem. Daß die Lehre von Marx allmächtig ist, wird also von der Geschichte selbst bestätigt.

A. TSCHERNYSCHOW

Dnepropetrowsk, Ukr. SSR

Voll und ganz unterstütze ich die Antwort Nikolai Schimmels auf die Frage von Juan Alvarez aus Spanien (Heft 9/83). Wie kann die Menschheit, wie sich Alvarez ausdrückt, "ruhig schlafen", wenn der US-Imperialismus nicht aufhört, den Frieden um des Profits eines Häufleins von Industrie- und Finanzmagnaten, die am Wettrüsten profitieren, zu gefährden? Sind wir denn nicht alle in einem Boot? Unser Planet Erde ist nur ein Staubkörnchen im grenzenlosen All. Lassen wir nicht zu, daß unsere Erde im nuklearen Inferno untergeht! Allè Menschen guten Willens müssen sich in den Friedenskampf einreihen.

Nguyen BACH
Hanoi, SRV

Bei uns in Frankreich stoße ich öfter auf die Behauptung, der mit Hilfe sowjetischer Fachleute errichtete Assuan-Staudamm bedeute für Ägypten fast eine Katastrophe, insbesondere für die Nil-Region unterhalb von Assuan. Man sagt, das eingedämmte Staubecken versande und das Kraftwerk werde in absehbarer Zeit überhaupt keinen Strom mehr liefern können. Es heißt, der Damm verhindere das jährliche Hochwasser des Nils, wodurch die Uferstreifen zu unfruchtbaren Wüsten würden. Könnten Sie die Situation klarstellen!

John BROWNE
Vitrolles, Frankreich



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Dmitri

SGERSKI

Verehrter M. Browne! Ich habe es übernommen, Ihren Brief zu beantworten, da ich mich häufig in Ägypten aufgehalten habe, und zwar sowohl vor als auch nach Errichtung des Assuan-Damms. Ich konnte mich selbst davon überzeugen, was er für Land und Volk bedeutet. Außerdem war ich seinerzeit am Dammbau beteiligt.

Ich will nicht unkritisch sein, M. Browne. Schließlich ist jeder Staudamm an großen Strömen nicht frei von, sagen wir, ökologischen Sünden. Es kommt unbedingt zu negativen Nebenerscheinungen: Ein Staubecken kann Ortschaften verdrängen, oder der Damm wirkt sich auf die Fischmigration aus, kompliziert die Schifffahrt usw. Dennoch werden in der ganzen Welt Staudämme angelegt, da ihr positiver Effekt die negativen Nebenwirkungen wesentlich übertrifft. Auch Assuan macht da keine Ausnahme.

Lange bevor die ägyptische Regierung mit der Bitte an die Sowjetunion herantrat, beim Bau am Nil zu helfen, war völlig klar, daß das über dem künftigen Staubecken gelegene Altertumsdenkmal in Abu Simbel gerettet und ein Teil der anwohnenden Nubier umgesiedelt werden mußten. Das Hochdammprojekt machte auch deutlich, daß sich die Menge des auf Ackerboden gelangenden Schwemmschlammes verringern würde und durch Kunstdünger, vor allem Azot, ersetzt werden mußte. (Nach Voranschlägen des ARÄ-Landwirtschaftsministeriums werden dafür lediglich 13 000 t Azotdünger jährlich benötigt.) Wie Sie sehen, wurden die negativen Nebenwirkungen bereits vor der Entwicklung des Ar-

beitsprojekts geprüft. Die ägyptische Regierung hat sie zur Kenntnis genommen.

Eines Ihrer Argumente lautet, das Staubecken versande und das Kraftwerk werde mit der Zeit die Arbeit einstellen müssen. Es gibt noch eine zusätzliche Gefahr: die Verschlammung.

Tatsächlich ist nicht auszuschließen, daß der Sand der Sahara in hundert, möglicherweise auch erst in tausend Jahren in gewissem Maße die anliegende Nil-Niederung bedrohen könnte. Was die absehbare Zukunft betrifft, bestehen solche Befürchtungen nicht. Das beweisen die Erfahrungen.

In der Region Assuan gibt es einen alten, bereits 1902 errichteten Damm. Und es gab bisher keinerlei Probleme mit der Versandung des Staubeckens. Sie entstehen auch jetzt in dem neuen Becken nicht. Ernstliche Probleme dagegen ergaben sich infolge der Verschlammung des alten Damms, der in einem solchen Maße verstopft wurde, daß er unbrauchbar wurde. Zweimal mußte er erhöht werden. Expertenberechnungen, darunter der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, ergaben, daß nur ein Hochdamm mit diesem Problem fertig werden und das Nil-Hochwasser wirksam regulieren kann. So ist es auch. Der jetzige Hochdamm wurde auf eine Weise konstruiert, daß die Frage seiner Verschlammung nicht aktuell ist.

Zu der Behauptung, der Damm verhindere das jährliche Nil-Hochwasser und mache die Ufer unfruchtbar, kann ich nur sagen, daß daran kein wahres Wort ist. Ich möchte vor allem daran erinnern, daß der Damm außer für die Stromerzeugung auch zur Ausdehnung der Saafflächen angelegt wurde. Dieser Zweck wurde erreicht. Ägyptens Sorge im 20. Jahrhundert ist die ländliche Überbevölkerung. Während 1820 auf einen Landesbewohner 1,2 Feddan Boden kamen (1 Feddan = 0,42 ha), waren es 1947 infolge des Zuwachses der Bevölkerung (die sich übrigens seither mehr als verdoppelt hat) nur noch 0,31 Feddan.

Das Wasserkraftwerk Assuan hat seine volle Kapazität 1971 erreicht. Im fol-

genden die Resultate seiner bisherigen Leistung:

Erstens kam es zu einer beständigen und zuverlässigen Bewässerung großer Ackerflächen. Die Ägypter erinnern sich noch an das Dürrejahr 1972; wäre der Damm nicht gewesen, hätte das Land stark unter der Trockenheit zu leiden gehabt und die Verluste der Landwirtschaft hätten rund 140 Mio Ägyptische Pfund erreicht. Diese Verluste konnte Ägypten vermeiden. 1975 dagegen gab es eine Überschwemmung, die ebenfalls den Ortschaften im Nil-Tal großen Schaden zugefügt hätte, statt dessen aber nur das Nasser-Staubecken aufgefüllt hat.

Zweitens wurden die Saafflächen wesentlich erweitert. Man hat berechnet, daß die mit Hilfe des Damms gewonnene Wassermenge zur Bewässerung von zusätzlich 2,5 Mio Feddan im Nil-Tal ausreicht. Angaben von UNO-Experten zufolge können jetzt noch eine Million Feddan an den Ufern des Staubeckens erschlossen werden.

Was bedeutet das konkret für die ägyptische Landwirtschaft? Ich möchte Sie mit Zahlen nicht langweilen, M. Browne, aber ohne sie geht es nicht. Nach UNO-Berechnungen stieg der Gesamtindex der Agrarproduktion Ägyptens durch den Staudamm um ein Drittel. Die Erträge verschiedener Kulturen verdreifachten oder vervierfachten sich. In den Ernteerträgen von Getreide, Zuckerrohr und Baumwolle belegt Ägypten den ersten oder einen der ersten Plätze unter den Entwicklungsländern.

Zu beachten ist auch die Rolle des Assuan-Staudamms bei der Stromversorgung des Landes. Der Strom aus Assuan gab der ägyptischen Schwerindustrie einen starken Anstoß. Er ermöglichte den Bau des Hüttenkombinats Helwan, des größten Aluminiumwerks auf dem Kontinent, Nag Hammadi, sowie anderer Industriebetriebe. Das Kraftwerk gestattete auch, die vollständige Elektrifizierung der Dörfer in Angriff zu nehmen.

Die Elektroenergie der Kraftwerksanlage spart dem Land so viel flüssigen Brennstoff für Wärmekraftwerke, daß sich dadurch in kurzer Zeit alle Ausgaben für seinen Bau rentierten. Schließlich wurde während des Baus und der Arbeit des Komplexes ein ganzes Heer von dringend benötigten Fachkräften für die ägyptische Wirtschaft ausgebildet.

Beim Abwägen des Pro und Kontra bleibt, glaube ich, kein Zweifel: Der ökonomische Nutzeffekt des Staudamms und des Assuan-Kraftwerks überbietet alle negativen Nebenwirkungen wesentlich. Dem Assuan-Komplex selbst droht nichts. Er wurde mit einer Garantie für fünf Jahrhunderte angelegt.

PS

Verdünnisiert

Die Bundesrepublik hat durch den Aufenthalt von US-Truppen viel Unkosten. Laut "Frankfurter Rundschau" kommen zu den etatmäßigen noch unvorgesehene hinzu. Viele GIs lassen, wenn sie heimreisen, uneheliche Kinder zurück und kümmern sich gewöhnlich nicht weiter um sie. Auch die amerikanischen Befehlsstellen wollen keinen Pfennig dafür hergeben, so daß die bundesdeutschen Behörden die alleinstehenden Mütter unterstützen müssen. Im Bezirk Kitzingen haben sie voriges Jahr etwa 200 000 DM Beihilfe gezahlt (die Pappis haben aus Übersee nur 6000 DM überwiesen).

Origineller Freiheitsbegriff



In Frankreich ist der Bau, der Import und die Aufstellung von Spielautomaten, an denen es um Geldgewinn geht, verboten. Ihre Zahl wächst schwindelerregend, sie ist in den letzten zwei Jahren auf das Vierfache gestiegen, und die Besitzer haben einen Jahresgewinn von 13 Md. Franc erzielt. Der Konkurrenzkampf zwischen ihnen geht oft blutig aus. Natürlich sind sie gegen das

Verbot und führen gern das Argument ins Treffen, daß es "die Freiheit der Person", nämlich "das Recht des Kunden, sein Geld nach eigenem Gutdünken auszugeben", schmälere.

Ein verzaubertes Tor!



Wie "Diario de Noticias" mitteilt, wurde das Spiel um den Afrikapokal zwischen Fußballmannschaften Nigerias und der Elfenbeinküste unterbrochen, weil die Nigerianer auf keinen Fall weiterspielen wollten. Sie behaupteten, der gegnerische Torwart verzaubere sein Tor, damit kein Ball hineingeschossen werden könne. Er hatte neben seinem Tor zweimal einen unerkannten Gegenstand in Brand gesetzt und dabei Beschwörungen gemurmelt. Die Nigerianer haben bei der Afrikanischen Fußballvereinigung Beschwerde eingelegt.

Wunderbare Heilung

Die jetzt 20jährige Schwedin Mona Lundgren kam ohne Füße und Daumen zur Welt, weil ihre Mutter während der Schwangerschaft das ungeprüfte, aber nachdrücklich

empfohlene Medikament Thalidomide eingenommen hatte. Seit unlängst ist das junge Mädchen nicht mehr "invalid". Ein Wunder? Nein. Ihr ist behördlich mitgeteilt worden, da sie ein Studium aufgenommen habe, könne sie studieren und folglich auch arbeiten und habe deshalb das Anrecht auf Invalidenrente eingeübt.

Die Platze gekriegt

Das Wahrzeichen des Amerikanismus, das Washingtoner Kapitol, hat schweren Schaden genommen. Von der Fassade ist eine 5 Meter hohe Steinplatte abgeplatzt, u. zw. gleich nach einer Rede Präsident Reagans in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kongreßkammern. Böse Zungen behaupten, der Tortenaufsatz, wie das kuppelgekrönte Kongreßgebäude genannt wird, habe dabei die Platze gekriegt.

Sterngucker als Firmenberater



Wie die Zeitschrift der bundesdeutschen IG Metall, die ebenfalls "Metall" heißt, festgestellt hat, fassen viele Firmendirektionen ihre Entscheidungen über Einstellungen, Entlassungen usw. sowie über Fragen, die Investitionen betreffen, nach Ratschlägen von Astrologen. Die Unkosten dafür wurden bisher auf Spesenkonto verbucht, so daß darauf keine Steuern gezahlt zu werden brauchten. Jetzt sind die Firmenchefs ratlos, denn der Fiskus hat nach der Veröffentlichung in der Zeitschrift solche Praktiken verboten.

Heiß und kalt...

In einem Polizeirevier Ostjerusalems wurden 6 kg Gold entwendet, die zur Aufbereitung für eine Laboranalyse bereit gelegen hatten. Um die Diebe zu fassen, wurden etwa 100 israelische Ordnungshüter der Prozedur mit dem Lügendetektor unterzogen, und das Resultat: Ein Polizist gestand, in der Kleiderablage des Reviers einen elektrischen Rasierapparat und eine Kamera gestohlen zu haben. Das Gold? Es ist und bleibt verschwunden.

Ein genialer Ausweg

Der amerikanische Ingenieur Sol Levine sah besorgt, daß seine Kinder zuviel in die Röhre guckten und zahllose Gewalt- und Sexszenen mitbekamen. Da hatte er eine Idee: Er stellte sein Fernsehgerät von der Speisung aus dem Stromnetz auf eine mit Pedalen betätigte Kraftmaschine um, "und jetzt müssen die Jungens abwechselnd die Pedale treten, wenn sie etwas sehen wollen", sagt Levine. Zum Trampeln haben sie aber nicht immer Lust...

Rekorde, Rekorde...



Es wird berichtet, daß in Rom im Rahmen der Ausstellung Expo Tabakpfeife 83 eine WM im Pfeiferachen ausgetragen worden ist. Es beteiligten sich 250 Personen, darunter 19 Damen, von 38 Raucherklubs. Gesiegt hat die italienische Auswahl, ihre Mitglieder rauchten nacheinander je 2 Stunden 46 Minuten und 5 Sekunden Pfeife.

Zeichnungen: V. Rosanzew

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

"Aeroflot" bringt die "Neue Zeit" prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines